NSU: Hat der Staat etwas zu verbergen?, S. 4

Preußische Allgemeine Zeitung

Das Ostpreußenblatt

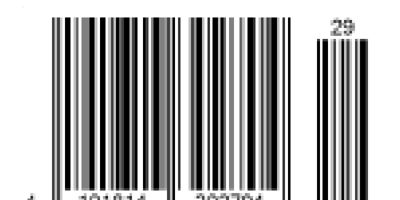
Unabhängige Wochenzeitung für Deutschland

Nr. 29 – 20. Juli 2018

Einzelverkaufspreis: 2,70 Euro

ZKZ 05524 - PVST. Gebühr bezahlt

DIESE WOCHE





Von der sicheren Passage mit „Flüchtlingsschiffen" gelockt: Immigranten warten vor der libyschen Küste auf Aufnahme Bild: Imago

Falsche Humanität

Aufregung: »Zeit«-Autorin entlarvt grünlinke Asylpolitik als unmenschlich

Mariam Lau spricht eine „fatale" Wahrheit aus und erntet dafür hysterische Reaktionen. Sie stach offenbar in ein Wespennest.

Der Satz schlug links der politischen Mitte wie eine Granate ein: „Je mehr gerettet werden, desto mehr Boote kommen – so einfach ist das, und so fatal", schrieb Autorin Mariam Lau ausgerechnet in einen „Pro und Contra"-Forum des linken Meinungsführer-Blattes „Zeit" zur Asylflut über das Mittelmeer.

Damit traf sie einen Nerv. SPD-Vize Ralf Stegner poltert von Barbarei, andere zeihen Lau einer „rechtsradikalen" Ausdruckweise. Dass ihre Zeilen in der „Zeit" überhaupt erscheinen durften, deutet auf eine tiefe Verunsicherung im linken Lager hin. Offenbar schwant einem Teil jenes politischen Spektrums, dass die seit Jahren angemaßte „Humanität", für die man in der „Flüchtlingsfrage" zu stehen behauptet hat, in Wahrheit fauler Zauber ist, gespeist entweder aus Unwissenheit, Selbstbetrug oder gar blankem Zynismus.

Wer das ganze Ausmaß der Fehlleistung ermessen will, muss nur die Positionen der Grünen in der Asylkrise betrachten. Diese bestehen aus zwei zentralen Forderungen: Erstens sollen die deutschen Grenzen für jedermann, der einzureisen wünscht, offengehalten werden. Zweites müsse Deutschland für sicheren Transfer sorgen, damit keine Menschen mehr auf der langen Reise umkommen oder von Schleppern ausgenommen werden.

> Grüne Politik würde eine Katastrophe in Afrika auslösen

Was, wenn diese Forderungen eins zu eins umgesetzt worden wären? Laut einer Studie von US-Demoskopen aus dem Jahre 2009 (die *PAZ* berichtete) wollen 38 Prozent der Afrikaner ihren Kontinent verlassen, das wären mehr als 450 Millionen Menschen. Selbst wenn nur jeder Zehnte bis Zwanzigste dem Wunsch die Auswanderung nach Europa folgen ließe, kämen mehrere zehn Millionen.

Die Schlepperpreise, die Gefahren der Reise sowie die Unsicherheit einer Aufnahme in Deutschland dürften die große Mehrheit jedoch zurückhalten. Was aber, wenn alle drei Hindernisse, wie die Grünen es wünschen, weggeräumt würden? Mit sehr großer Wahrscheinlichkeit würde sich binnen kurzer Zeit eine Millionenwelle aufbauen. Weder könnten sie auf dem Weg durch die Wüste ausreichend geschützt und versorgt werden, noch wären die Schiffskapazitäten vorhanden, sie überzusetzen. Spätestens an der libyschen Küste entstünden gewaltige Stauungen und entsetzliche Zustände.

Sprich: Selbst, wer die unabsehbaren Folgen einer solchen plötzlichen Masseneinwanderung für Deutschland komplett ausblendet, riskiert sehenden Auges eine humanitäre Katastrophe in Nordafrika. Diese apokalyptische Aussicht ist das düstere Loch in jener grünlinken „Humanität", welche Mariam Lau im linken Zentralorgan „Zeit" entzaubert hat. Die hysterischen Reaktionen belegen, dass die Autorin damit ins Schwarze getroffen hat.

Hans Heckel

Jan Heitmann:

Entlarvend

Es klingt uns noch deutlich in den Ohren: „Wir können nur gewinnen" (Angela Merkel). „Diese Menschen sind eine Bereicherung für unser Land" (Joachim Gauck). „Was diese Menschen uns bringen, ist wertvoller als Gold" (Martin Schulz). „Die Milliarden für die Integration wurden niemandem weggenommen" (Heiko Maas). Wer so etwas von sich gab, ist lange der Lüge überführt, wofür niemand Geringeres als die Bundesregierung selbst einen weiteren Beweis vorgelegt hat. Dabei handelt es sich um den „Bericht über Maßnahmen des Bundes zur Unterstützung von Ländern und Kommunen im Bereich der Flüchtlings- und Integrationskosten und der Mittelverwendung durch die Länder im Jahr 2017". Ein sperriger Titel, dafür ist die Aussage umso klarer: Die Immigranten kosten uns Abermilliarden. Allein im vergangenen Jahr hat der Bund 20,8 Milliarden Euro für sie ausgegeben.

Davon gingen 6,6 Milliarden Euro an Länder und Kommunen. Dabei schlug die Integrationskostenpauschale mit zwei Milliarden Euro zu Buche, 1,16 Milliarden Euro dienten der Beteiligung an Ausgaben für Asylsucher von der Registrierung bis zur Erteilung eines Bescheides und eine pauschale Zahlung in Höhe von 670 Euro je abgelehnten Immigranten. Die „Entlastungspauschale" für unbegleitete Minderjährige betrug 350 Millionen Euro. Die Verbesserung der Kinderbetreuung kostete 774 Millionen, das „Sondervermögen Kinderbetreuungsausbau" 226 Millionen und die Wohnungsbauförderung eine Milliarde Euro. Und das sind nur die Ausgaben des Bundes.

Noch einmal: Das sind keine Zahlen von „rechten Populisten", sondern Zahlen der Bundesregierung. Genau das macht sie so entlarvend.

Nur Tunesien kann es noch richten

Der Fall Sami A. entwickelt sich zur Verwaltungs- und Justizposse

Der nach Tunesien abgeschobene Sami A. soll nach einem deutschen Gerichtsentscheid mit Steuergeldern nach Deutschland zurückgebracht werden. Trotz der Änderungen der politischen Situation in Tunesien bestehe die Gefahr, dass dem ehemaligen Bin-Laden-Leibwächter bei einer Rückkehr eine unmenschliche Behandlung oder gar Folter drohe, entschied das Verwaltungsgericht Gelsenkirchen am Tag der Abschiebung. Doch da saß der Dschihadist bereits im Flugzeug. Worauf die Vermutungen des Gerichts basieren, sagte es nicht. Tunesien ist das einzige arabische Land, das durch den sogenannten Arabischen Frühling im Jahre 2011 zur Demokratie gefunden hat.

Sami A. war über die Planungen des 11. September 2001 informiert. Deshalb wurde er jetzt bei seiner Ankunft in Tunesien direkt als Terrorverdächtiger verhaftet. In Deutschland durfte er jahrelang als Gefährder frei herumlaufen, mit der Auflage, sich jeden Tag bei der Polizei zu melden und Terroraktivitäten zu unterlassen. Nach dem Eilurteil des Gelsenkirchener Verwaltungsgerichts ist die Abschiebung, nicht die Verhaftung in Tunesien, „grob rechtswidrig und verletzt grundlegende rechtsstaatliche Prinzipien". Deshalb sei Sami A. „unverzüglich auf Kosten der Ausländerbehörde in die Bundesrepublik Deutschland zurückzuholen". Gegen den Beschluss kann Beschwerde beim Oberverwaltungsgericht für das Land Nordrhein-Westfalen eingelegt werden, was die Ausländerbehörde auch prompt getan hat.

> Tunesien hat überzeugend zur Demokratie gefunden

Sami A. war in Begleitung von Bundespolizisten mit einer Chartermaschine von Düsseldorf aus nach Tunesien geflogen worden. Der Zeitpunkt war vorher nicht bekannt gegeben worden. Das zuständige nordrhein-westfälische Flüchtlingsministerium berief sich bei der Abschiebung des erstmals 1997 als Student nach Deutschland eigereisten Tunesiers auf eine dem Abschiebeverbot vorangegangene Entscheidung einer anderen Kammer des Verwaltungsgerichts. Darin sei die Abschiebungsandrohung des Ausländeramts der Stadt Bochum für rechtmäßig erachtet worden. Die Posse um den Ex-Leibwächter könnte kaum absurder sein. Nicht nur, dass Richter einer Kammer wohl nicht wussten, was die Kollegen einer anderen Kammer entschieden hatten. Dazu erhöhen sie mit einer widersprüchlichen Auslegung der Fakten nicht eben das Vertrauen in die deutsche Rechtsprechung, wie auch der Fall insgesamt das Potenzial hat, das Vertrauen in Justiz und Behörden zu erschüttern.

Der Sprecher der tunesischen Anti-Terror-Staatsanwaltschaft, Sofiène Sliti, bestätigte, dass der Ausgelieferte der frühere Leibwächter bin Ladens sei und ein Training in Afghanistan durchlaufen habe. Die tunesischen Behörden ermitteln jetzt nach eigenen Angaben, ob Sami A. an „extremistischen Aktivitäten" in Deutschland beteiligt gewesen ist.

Tunesien befindet sich seit seiner Rückkehr zur Demokratie in einem verstärkten Kampf gegen die islamischen Terroristen, denen die Demokratie als Staatsform nicht zusagt. Von daher arbeiten die Justizbehörden in Tunesien viel umsichtiger als die in Deutschland.

In Tunesien gibt es sogar einen Minister für Menschenrechte. Dieser hatte einer deutschen Zeitung erklärt, dass Folter gegen die Menschenrechte verstoße und dass es diese deshalb in Tunesien nicht gäbe. Das war für die Gelsenkirchener Richter wohl nicht ausreichend. Sollte die tunesische Justiz den Dschihadisten aburteilen, wäre seine Rückführung nach Deutschland nicht mehr möglich. Es gibt viele, die das für die beste Lösung halten. *Bodo Bost*

MELDUNGEN

Weitere Klagen gegen Monsanto

San Franzisco – Ein US-Bundesrichter in San Francisco hat mehrere hundert Klagen gegen ein glyphosathaltiges Unkrautvernichtungsmittel der Bayer-Tochter Monsanto zugelassen. Darin wird dem Unternehmen vorgeworfen, sein Produkt verursache das Non-Hodgkin-Lymphom (NHL). Die Klagen kommen von Landwirten und anderen Verwendern des Mittels beziehungsweise deren Hinterbliebenen. Parallel dazu befasste sich ein anderer Richter in der kalifornischen Metropole mit dem Antrag von Monsanto, mehr als 400 weitere Klagen wegen des Mittels abzuweisen. Der Richter schmetterte den Antrag des Unternehmens nun ab. Außerdem gibt es neben den Sammelklagen noch etliche Einzelverfahren. Die dabei verhandelte Klage des 46-jährigen Dewayne Johnson, bei dem 2014 Lymphdrüsenkrebs diagnostiziert wurde, wurde anderen Fällen vorgezogen, weil der Mann bereits im Sterben liegt. *D.J.*

Chinesen bei Visa weit vorn

Berlin – Die Bundesrepublik Deutschland hat im Jahre 2017 rund 2,2 Millionen Visa erteilt. Davon entfiel der größte Teil auf China mit knapp 420 000, Russland mit gut 300 000 sowie die Türkei mit knapp 262 000 erteilten Visa. Die Ablehnungsquote lag bei Anträgen aus Russland bei 2,4 Prozent, im Falle Chinas bei 3,4 Prozent und bei Anträgen aus der Türkei bei 11,9 Prozent. Der überwiegende Anteil der durch die deutschen Auslandsvertretungen erteilten Visa hatte eine Gültigkeitsdauer von unter einem Jahr. Insgesamt wurden 523 000 Visa mit ein- oder mehrjähriger Gültigkeitsdauer ausgestellt. Zugenommen hat die Zahl der Arbeitsvisa-Anträge in den Westbalkanstaaten. So wurden im zweiten Halbjahr 2017 knapp 18 000 Anträge auf Arbeitsvisa aus Albanien, Bosnien-Herzegowina, Kosovo, Mazedonien, Montenegro und Serbien gestellt. Zugleich ist die Zahl der Asylanträge aus diesen Ländern vor allem wegen deren Einstufung als sichere Herkunftsländer und konsequenter Abschiebung nach dorthin von monatlich durchschnittlich 9854 Erstanträgen im Jahr 2015 auf monatlich durchschnittlich 914 Asylerstanträge im Zeitraum Januar bis September 2017 zurückgegangen. *J.H.*

Puigdemont wird ausgeliefert

Schleswig – Das Schleswig-Holsteinische Oberlandesgericht hält die Auslieferung des früheren katalanischen Regionalpräsidenten Carles Puigdemont nach Spanien wegen des Vorwurfs der Veruntreuung öffentlicher Gelder für zulässig. Die spanischen Behörden würden ihm nachvollziehbar eine Mitverantwortung für die Eingehung von finanziellen Verpflichtungen zu Lasten der öffentlichen Kassen vorwerfen, heißt es zur Begründung. Eine Auslieferung Puigdemonts wegen des Vorwurfs der Rebellion lehnt das Gericht dagegen ab. Die ihm vorgeworfenen Handlungen erfüllten weder den deutschen Straftatbestand des Hochverrats noch den des Landfriedensbruchs. Ein Ausmaß an Gewalt, wie es die Vorschrift des Hochverrats vorsehe, sei nicht erreicht worden. Eine Strafbarkeit wegen Landfriedensbruchs scheide aus, weil es ihm lediglich um die Durchführung des Referendums gegangen sei. *J.H.*

Taktischer Rückzug statt Resignation

Warum der Brexit-Befürworter und Ex-Außenminister Boris Johnson Theresa Mays Kabinett verlassen hat

Die britische Premierministerin Theresa May hat ihr Kabinett nach den Rücktritten schnell wieder komplettiert. Doch Ex-Außenminister Boris Johnson dürfte keine Ruhe geben.

Ein EU-Austritt Großbritanniens zum 29. März 2019 ohne Abkommen aus der Zollunion und dem Binnenmarkt ist laut der Wochenzeitung „Die Zeit“ „das Schreckensszenario der Wirtschaft und damit zugleich die „Drohkulisse der Hardliner“. „Großbritannien wäre dann unabhängig, könnte EU-Vorschriften unterlaufen, mit niedrigen Steuersätzen international trumpfen, eigene Handelsabkommen mit der großen weiten Welt abschließen und als Singapur des Westens brillieren“, heißt es weiter. Es könnte das Gleichgewicht der Union aus den Fugen bringen.

Es ist kein Geheimnis, dass der ehemalige Außenminister Boris Johnson an der Spitze dieser Hardliner steht, während Premierministerin Theresa May einen Mittelweg finden möchte. Nun sind die Hardliner aus der Regierung ausgeschieden, und schon hoffen die Brexit-Gegner, der gesamte EU-Austritt Großbritanniens könne zur Disposition stehen. „Wir haben keine Politik seit zwei Jahren. Die größte Frage ist, was wir aus dem Brexit machen. Und seit zwei Jahren hat es keine Regierungspolitik dazu gegeben“, erklärt Anthony Glees, Englands bekanntester Politologe.

May hatte ihr Kabinett bei einem Treffen auf dem Landsitz der Regierung nach langen Verhandlungen ihre Vorstellungen eines milden Brexit beschließen lassen. Johnson nannte ihre Pläne nach einem Bericht des „Stern“ „a big turd“, einen Haufen Scheiße. Und alle kosmetischen Korrekturen daran „polish the turd“. Scheiße, meint das, könne niemand zum Glänzen bringen.

Johnson verließ 48 Stunden später die Regierungsbank, ließ seine weiteren politischen Ambitionen aber offen. Seinen Rücktritt bezeichnete die Zeitung „The Guardian“ als „Befreiung für die Nation“. Johnson sei der meistüberschätzte Politiker Großbritanniens – vor allem durch sich selbst. Als „peinlich nutzloser Außenminister“ habe er dem Ansehen Großbritanniens in aller Welt geschadet, giftete das Brexit-feindliche Blatt. Nichtsdestoweniger fühlt sich Johnson zu höheren Weihen berufen. „Der Brexit-Traum stirbt, erstickt von unnötigen Selbstzweifeln“, erklärte er in seinem Rücktrittsschreiben. Der Plan der Regierung May für eine enge Beziehung zwischen Großbritannien und der EU nach dem Brexit „läuft auf den Status einer Kolonie hinaus“.

Johnson war vor zwei Jahren der Kopf der Brexit-Bewegung, die sensationell die Abstimmung gewann. Als Bürgermeister von London war er populär, galt aber stets als sprunghaft. Da zuvor Brexit-Minister David Davis zurückgetreten war, dürfte sein eigener Rücktritt vor allem taktischer Natur sein. Denn Davis zählt ebenso wie er zu den Wortführern der Befürworter eines harten Brexit und hätte Johnson in der Popularität überflügeln können, wäre dieser im Amt geblieben.



Nach seinem Rücktritt als Außenminister: Boris Johnson Bild: ddp images

Johnson will Premierminister werden. Das hat er in den Vorwahlkämpfen 2010 und 2016 stets erklärt. Als David Cameron nach dem Brexit-Votum als Regierungschef zurückgetreten war, schien Johnson auf dem besten Weg, Premierminister zu werden. Aber es kam anders. Dass die Parteigremien der Konservativen May vorzogen, habe er ihr nie verziehen, schreiben britische Medien. Johnson sinne auf Rache. Doch aktuelle Umfragen unter den Anhängern der Tories zeigen, dass der ehemalige Londoner Bürgermeister in deren Gunst weit zurückgefallen ist. Sollte May tatsächlich stürzen, gibt es andere, die populärer sind als er. Der vor einigen Wochen zum Innenminister aufgestiegene Sajid Javid, der als Moslem den Tories neue Wählerschichten erschließen könnte, ist derzeit schwer im Kommen. Noch gilt der Ex-Vorstand der Deutschen Bank als unverbraucht.

Johnsons Renommee hat dagegen gelitten, er taucht nur noch an achter Stelle der möglichen May-Nachfolger auf. Manche vermuteten, seine Ernennung zum Außenminister sei eine bewusste Strategie Mays gewesen, ihn auf Distanz zu halten. Wer oft im Ausland unterwegs sei, mische sich nicht ins politische Tagesgeschäft ein. Doch das neue Amt lag dem hemdsärmeligen Johnson nicht, seine Auftritte im Ausland wirkten hölzern. Die Zeitschrift „New Statesman“ kam im April zu einem vernichtenden Urteil. „Boris Johnson hat das Unmögliche geschafft: Er war noch schlechter als erwartet.“

Nun liegt er in den internen Umfragen weit hinter Javid und Umweltminister Michael Gove. Selbst der Rechtsaußen der Fraktion, Jacob Rees-Mogg, würde mehr Unterstützer auf sich vereinen. Ob es zu einem offenen Putsch gegen May kommt, ist derzeit ungewiss.

Britische Medien spekulieren seit dem Rücktritt von Johnson und Davis darüber, ob die Unterhausabgeordneten der Tories die Premierministerin mit einem Misstrauensantrag herausfordern könnten. Die Befürworter eines harten Brexit würden zwar wohl genug Stimmen zusammenbringen, um eine Vertrauensabstimmung zu erzwingen: Etwa 60 Abgeordnete in der Fraktion werden diesem Flügel zugezählt. Voraussichtlich hätten sie allerdings nicht genug Stimmen für einen Erfolg ohne Unterstützung der anderen Tory-Abgeordneten. Für eine Mehrheit bräuchte die interne Opposition 159 Tory-Abgeordnete.

Würde der Misstrauensantrag misslingen, bliebe May für ein weiteres Jahr unangefochten im Amt. Laut der britischen Presse erhielt May bei einem Treffen der Tory-Fraktion hinter verschlossenen Türen Unterstützung für ihre Brexit-Pläne. Eine Mehrheit sei ihr sicher. Johnson bleibt derzeit nichts anderes übrig, als wie sein großes Vorbild Winston Churchill gelegentlich sehr geistreiche Sprüche abzusondern. So bezeichnet er seine Chancen, Premierminister zu werden, als „etwa gleich groß, wie dass man Elvis auf dem Mars findet“, und vergleicht den Brexit von Theresa May mit Toilettenpapier: weich und sehr lang. *Peter Entinger*

Bekehrung zur Not auch mit Gewalt

Erdogan, der Weltherrschaftsanspruch des Islam und die Einheit von Religion, Ideologie und Politik

Der türkische Autokrat Recep Tayyip Erdogan ist jetzt zeremonielles Staatsoberhaupt, Regierungschef, Oberbefehlshaber der Streitkräfte und Chef der Regierungspartei AKP in Personalunion. Er kann per Dekret regieren, Richterposten und Beamtenstellen besetzen sowie Minister ernennen und entlassen, ohne das Parlament fragen zu müssen. Er hat bereits angekündigt, diese Machtfülle unter anderem dazu zu nutzen, die eigentlich säkulare Türkei zur Speerspitze der Islamisierung Europas zu machen, mit dem Ziel, die westlichen Gesellschaften zu verändern. Damit handelt er ganz dem Weltherrschaftsanspruch des Islam entsprechend.

Denn die gläubigen Muslime haben dem Koran zufolge den missionarischen Auftrag, das Wort Allahs als den einzig richtigen Glauben überall in der Welt zu verbreiten. Die Ungläubigen, das sind die Andersgläubigen und die Nichtgläubigen, sollen mit allen, gegebenenfalls auch mit gewaltsamen, Mitteln dem Islam unterworfen werden. Nur einige von vielen möglichen Zitaten aus dem Koran sollen diesen Auftrag belegen:

„Und tötet sie (die heidnischen Gegner), wo ihr sie zu fassen bekommt, und vertreibt sie, von wo sie euch vertrieben haben.“ (Sure 2,191)

„Und kämpft gegen sie, bis niemand (mehr) versucht, (Gläubige zum Abfall vom Islam) zu verführen und bis nur noch Allah verehrt wird!“ (Sure 2, 193)

„Ihr Gläubigen! Fürchtet Allah und trachtet danach, ihm nahe zu kommen, und führet um seinetwillen Krieg.“ (Sure 5, 35)

„Euch ist vorgeschrieben, gegen die Ungläubigen zu kämpfen, obwohl es euch zuwider ist ... Allah weiß Bescheid, ihr aber nicht.“ (Sure 2,216)

„Haut ihnen (den Ungläubigen) mit dem Schwert auf den Nacken und schlagt zu auf jeden Finger von ihnen!“ (Sure 8, 12)

„Und wenn die heiligen Monate abgelaufen sind, dann tötet die Heiden, wo ihr sie findet, greift sie, umzingelt sie und lauert ihnen überall auf.“ (Sure 9, 5)

„Und wenn einer um Allahs Willen kämpft, und er wird getötet – oder er siegt –, werden wir ihm (im Jenseits) einen gewaltigen Lohn geben.“ (Sure 4, 74)

Diese wenigen Beispiele zeigen, dass der Islam keine friedliche Religion ist. Soweit der Koran Gebote zum friedlichen Handeln enthält, betreffen diese die Beziehungen zwischen den Gläubigen, also den Muslimen, untereinander, jedenfalls aber nicht die Beziehungen zu Abtrünnigen und Ungläubigen, den Nicht-Muslimen. Letztere sind zu bekämpfen, falls sie nicht zur Unterwerfung unter den Islam bereit sind. Ausgenommen vom Friedensgebot sind auch die Musliminnen, die sich dem Willen der Männer widersetzen.

Es ist erkennbar: Der im Koran festgelegte Auftrag der Muslime sieht vor, den Islam weltweit zu verbreiten. Dieser auch mit den Mitteln der Gewalt durchzusetzende Alleinvertretungsanspruch des Islam ist inkompatibel mit den Grundanliegen einer freien Gesellschaft und des Grundgesetzes, denn dieses zielt gerade auf das friedliche Miteinander der Bürger und auf den sozialen Ausgleich der verschiedenen Gruppen der Gesellschaft ab. Die im Koran angelegte ideologische Zielstellung des Islam ist geeignet, dieses bewährte Konzept des Grundgesetzes zu zerstören.

Der Islam gibt sich somit nicht damit zufrieden, eine von mehreren Religionen in Deutschland zu sein. Er strebt vielmehr die politische Vorherrschaft an. Daraus folgt eine spezifische Besonderheit des Islam, die ihn von den anderen hierzulande vertretenen Religionen abhebt: Er ist eine Religion, die zugleich politische und ideologische Ansprüche erhebt. Diese Einheit von Religion, Politik und Ideologie verbietet es, den Islam gleichberechtigt neben die anderen hier vertretenen Religionen zu stellen. Denn der Islam ist auch, aber nicht nur, Religion. Es gilt auch hier, dass nur wesentlich Gleiches miteinander verglichen werden kann. Eine Gleichbehandlung mit den anderen Religionen läuft praktisch auf die Privilegierung des Islam beziehungsweise die Benachteiligung der anderen Religionen hinaus.

Derzeit ist allerdings zu beobachten, dass man in Deutschland eine Selbstrelativierung unserer Werte und unserer Leitkultur vornimmt. Nach den Vorstellungen des Multikulturalismus gibt man mehr und mehr den Forderungen islamischer Verbände und Organisationen zu Lasten der deutschen Bevölkerung nach und stellt so das Verhältnis von Gastgeber und Gast auf den Kopf. So wird in manchen Gemeinden und Unternehmen – oft in vorauseilendem Gehorsam – Forderungen nachgegeben, die auf eine Sonderbehandlung von Muslimen hinauslaufen. In Schulen wird die Abwesenheit von muslimischen Mädchen am Schwimmunterricht oft ebenso toleriert wie die Respektlosigkeit gegenüber Lehrerinnen. Und ist eine Forderung erfüllt, so werden neue draufgesattelt. Wird ihnen nicht stattgegeben, helfen häufig Totschlagargumente wie der Vorwurf der Islamophobie oder der Hinweis auf die nationalsozialistische Vergangenheit. Dies erfüllt dann zumeist seinen beabsichtigten Zweck, die Deutschen zu verunsichern.

Es kann dahingestellt bleiben, ob die in Deutschland zu registrierende Bereitschaft, wichtige Bestandteile der eigenen Kultur zugunsten islamischer Forderungen preiszugeben, lediglich auf unwissende Nachlässigkeit beziehungsweise blauäugige Naivität oder auf das in grünen und linken Kreisen weit verbreitete Bestreben zurückzuführen ist, die deutsche Nation letztendlich aufzulösen. *Gerd Seidel*

Im Windschatten der Bayernwahl

Wie die CSU droht auch Hessens schwarz-grüne Koalition im Oktober die Parlamentsmehrheit zu verlieren

Im aktuellen unionsinternen Asylstreit wird gerne übersehen, dass nicht nur der CSU, sondern auch der CDU im Oktober eine Landtagswahl ins Haus steht. Zwei Wochen nach der Bayernwahl steht in Hessen die schwarz-grüne Landesregierung unter Führung des Merkel-Vertrauten und stellvertretenden CDU-Bundesvorsitzenden Volker Bouffier auf dem Prüfstand.

Bei der letzten Umfrage kam das Regierungsbündnis zusammen nur auf 45 Prozent der Stimmen. Aber auch die stärkste Oppositionspartei im hessischen Landtag, die SPD, ist in der Wählergunst zurückgefallen. Nach dem aktuellen „Hessentrend“ des Hessischen Rundfunks hat sich der Vorsprung der Christ- vor den Sozialdemokraten gegenüber der vorausgegangenen Umfrage im Januar sogar noch vergrößert. Während die Union bei 31 Prozent bleibt, verlor die SPD drei Prozentpunkte. Sie kommt laut Umfrage nur noch auf 22 Prozent. Die Alternative für Deutschland (AfD) liegt der Umfrage zufolge bei 15 Prozent und legt im Vergleich zum Januar um drei Punkte zu. Die Grünen könnten sich leicht um einen Punkt auf 14 Prozent verbessern. Linke und FDP würden sich um einen Prozentpunkt verschlechtern und jeweils bei sieben Prozent landen.

Wahlkämpfe nach den Sommerferien sind in aller Regel schwierig zu gestalten. Kampagnen starten in aller Regel schwergängig. Und CDU-Frontmann Bouffier musste eingestehen, „dass die letzten Eindrücke vor der Sommerpause nicht gut waren“. Der erbitterte Streit zwischen CDU und CSU über die Asylpolitik und die diskutierte Aufkündigung der Fraktionsgemeinschaft der beiden Schwesterparteien haben der Union in Hessen schwer geschadet.

Nur gemeinsam könnten CDU und CSU für eine stabile Bundesregierung sorgen, die gerade heute so wichtig sei, erklärt der Ministerpräsident fast beschwörend: „Glaubt irgendjemand, dass das Zertrümmern der Gemeinschaft von CDU und CSU in Deutschland irgendetwas besser macht? Ich glaube das nicht.“

Der heftige Streit auf Bundesebene hatte seinen Anlass ausgerechnet in Hessen: „Der Mord an der 14-jährigen Susanna F. aus Mainz hätte sich in jedem deutschen Dorf ereignen können, aber er wurde ausgerechnet in der hessischen Landeshauptstadt begangen“, schreibt die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“. Die Folge sei ein „in der Geschichte der Republik beispielloser Kampf zwischen CDU und CSU über die Asylpolitik“ gewesen. Ministerpräsident Bouffier bemühte sich als Vertrauter der Kanzlerin um Mäßigung. Landesväterlich spricht er davon, dass ein Wahlkampf kein Sprint, sondern ein Langstreckenlauf sei. Doch dass sich das Asylthema in den kommenden Monaten abkühlen wird, glauben selbst seine Kampagnen-Leiter in Wiesbaden nicht. 14 Tage vor der Hessenwahl sind die Bayern aufgerufen, einen neuen Landtag zu wählen. Und dort agiert die bisher alleinregierende CSU im Kampf um ihre absolute Mehrheit ohne Rücksicht auf Verluste gegen die Bundeskanzlerin.

Die Meinungsforscher sagen bisher sowohl der hessischen CDU als auch der bayerischen Schwester herbe Verluste voraus. Und das, obwohl beide einen unterschiedlichen Kurs fahren.


Bild: pa

Hätten gemäß den aktuellen Schätzungen nach den Landtagswahlen am 28. Oktober höchstens noch mit der FDP eine Mehrheit: Hessens Ministerpräsident Volker Bouffier (CDU, rechts) und sein Stellvertreter Tarek Al-Wazir (Bündnis 90/Die Grünen)

Von den erwarteten Verlusten wird wohl vor allem die AfD profitieren. Dass ihr hessischer Landesverband mit ziemlicher Sicherheit ein zweistelliges Ergebnis erzielen wird, haben selbst Spitzenfunktionäre lange Zeit nicht für möglich gehalten. Denn die krisenerprobte Partei stritt sich seit ihrer Gründung an Rhein und Main mit besonderer Vehemenz. Dutzende Funktionäre verschliss die AfD, darunter auch bundespolitische Prominenz wie den ehemaligen Parteivorsitzenden Konrad Adam. Seit der Landesverband vom bodenständig-bedächtigen Wirtschaftsfachmann Robert Lambrou geführt wird, ist Ruhe eingekehrt. Als Spitzenkandidat fungiert der in der Partei „Doppeldoktor“ genannte ehemalige Flughafengegner Rainer Rahn, der auch schon für die FDP aktiv war. Lambrou und sein Co-Landessprecher Klaus Hermann belegen ebenfalls sichere Listenplätze.

„Mindestens 15 Prozent“ hat der Landeschef als Ziel ausgegeben und die aktuellen Umfragen geben ihm Recht. Dabei lief der AfD-Wahlkampf schleppend an, das Wahlprogramm musste aufgrund zahlreicher Rechtschreibfehler kurzfristig neu aufgelegt werden. Als einen Verband „mit bewegter Geschichte“, sieht Bundeschef Jörg Meuthen die Hessen-AfD, bescheinigt ihr aber, „den Kinderschuhen“ entwachsen zu sein. Meuthen wird mehrere Auftritte in Hessen haben und sieht die kommenden Landtagswahlen als Zäsur. „Danach sind wir in allen 16 Ländern vertreten. Das war immer unser großes Ziel.“ Dass das Asylthema seiner Partei nutzt, stellt der Europaabgeordnete nicht in Abrede, er legt aber Wert auf die Feststellung, „dass wir auch zu landespolitischen Fragen Stellung beziehen werden“.

Dies sieht die hessische SPD ganz anders. Sie bezeichnet die AfD als „leere Hülle“ und geht wieder mit Thorsten Schäfer-Gümbel ins Rennen. Schäfer-Gümbel ist nicht nur Fraktions- und Landesvorsitzender der hessischen SPD, sondern auch stellvertretender Parteivorsitzender auf Bundesebene. Unter seiner Führung droht der SPD der Absturz. Teilweise lag sie in den Umfragen schon unter ihrem Debakel-Ergebnis von 2009, als sie auf knapp 24 Prozent kam.

Die regierenden Grünen haben mit dem Minister für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Landesentwicklung Tarek Al-Wazir und der Ministerin für Umwelt, Klimaschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz Priska Hinz zwei Spitzenkandidaten auserkoren. Nach Ministerpräsident Bouffier ist dessen grüner Stellvertreter der bekannteste Politiker in Hessen. Gerne würde er die Koalition fortsetzen. Treffen die letzten Umfragen zu, würde dies schwer. Weil niemand mit der AfD koalieren will, würde dann nur eine Große Koalition oder eine Erweiterung der jetzigen Koalition um die FDP zu Jamaika eine Mehrheit im hessischen Landtag haben und damit eine stabile Regierungsbasis ergeben. *Peter Entinger*

MELDUNGEN

Im Alter hohes Armutsrisiko

Berlin – Die Armutsrisikoquote der Bevölkerung ab 65 Jahren ist in den Jahren 2005 bis 2016 von elf Prozent auf 14,8 Prozent gestiegen. Das geht aus den Zahlen des Mikrozensus hervor. Dieser wird jährlich von den Statistischen Ämtern des Bundes und der Länder bei einem Prozent der Bevölkerung nach einem statistischen Zufallsverfahren durchgeführt. Demnach haben Frauen mit 16,4 Prozent ein deutlich höheres Risiko für Armut als Männer, bei denen es nur 12,7 Prozent sind. 90 Prozent der Menschen beziehen eine Alterssicherung aus der gesetzlichen Rentenversicherung, während lediglich 15 Prozent eine betriebliche Altersversorgung haben. *J.H.*

Dämpfer für Staatsrundfunk

Bonn – Die Monopolkommission befürchtet, dass private Anbieter auf dem Rundfunkmarkt benachteiligt werden könnten. Deshalb fordert sie in ihrem jetzt vorgelegten 22. Hauptgutachten vor allem mit Blick auf das Online-Angebot der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten eine präzisere Definition des publizistischen Auftrags. Dies sei notwendig, um den Anforderungen an einen wirksamen und diskriminierungsfreien Schutz des unverfälschten Wettbewerbs und der privaten Marktteilnehmer Rechnung zu tragen. Der Auftrag müsse so klar definiert sein, dass die privaten Wettbewerber der Rundfunkanstalten ihre Tätigkeiten planen und die Behörden diesen Wettbewerb kontrollieren könnten. Die Kommission sieht auch bei jüngeren Entwicklungen und Beschlüssen, die etwa aus Einigungen der Ministerpräsidenten hervorgingen, die Gefahr, dass private Akteure verdrängt werden. *J.H.*

Klientel- und Sozialpolitik

Minister Hubertus Heil hat sein neues Rentenpaket vorgestellt

Mit seinem neuen Rentenpaket arbeitet Arbeits- und Sozialminister Hubertus Heil (SPD) die Beschlüsse des Koalitionsvertrages der schwarz-roten Bundesregierung ab. Primäres Ziel ist es einerseits, das derzeitige Rentenniveau von 48 Prozent des über die Dauer der Beitragszeiten erwirtschafteten Nettoeinkommens zu halten, und andererseits die Abgabenbelastung der in das Versicherungssystem einzahlenden Bevölkerung möglichst niedrig zu halten. Der von Arbeitgebern und Arbeitnehmern zu gleichen Teilen aufzubringende Rentenbeitragssatz soll dabei nicht über 20 Prozent steigen. Problematisch hieran ist, dass dieses Prinzip der „doppelten Haltelinie“ nur bis zum Jahr 2025 gelten soll.

Damit bleiben Regierungsparteien ihrer Tradition treu, vor allem das Wählerklientel der kurz vor dem Renteneintritt stehenden Generation zu bedienen. Finanziert werden soll das Vorhaben aus Steuermitteln. 500 Millionen Euro jährlich will die Regierung aus dem Bundeshaushalt dafür bereitstellen.

Weiterhin will die Bundesregierung Arbeitnehmer mit geringem Einkommen entlasten. Sie sollen erst ab einem Bruttogehalt von 1300 Euro die vollen Beitragssätze abführen. Derzeit liegt die Grenze bei 850 Euro. Was auf den ersten Blick wie ein berechtigter sozialer Nachteilsausgleich aussieht, ist in Wahrheit keiner, denn der Minister hat für diese Entlastung hier keine zusätzlichen Bundeszuschüsse in seine Planungen eingestellt. Die Vergünstigungen für Geringverdiener werden so auf Kosten von Beitragszahlern mit höherem und vor allem mit mittlerem Verdienst finanziert. Erwerbspersonen, die ein Einkommen unter der jetzt anzuhebenden Einstiegsgrenze erzielen, zahlen prozentual deutlich weniger ein, erhalten jedoch künftig – gemessen an ihrem Bruttogehalt – dieselben Anwartschaften für jeden abgeführten Euro wie ein Durchschnittsverdiener.

> Soziale Wohltaten auf Kosten der Beitragszahler

Wer allerdings nicht nur vorübergehend geringfügig beschäftigt ist, wird im Alter ohnehin auf zusätzliche Sozialleistungen angewiesen sein. Geschwächt wird damit die Position derjenigen Beitragszahler, die aufgrund ihres Einkommens eigentlich noch eine Rente hätten bekommen können, die oberhalb des Sozialhilfesatzes liegt und die nun noch für andere mitzahlen müssen. Auch ihnen droht nun ein Abrutschen in die Altersarmut. Während sich die spätere finanzielle Absicherung für Geringverdiener also nicht verbessert, verschlechtert sich die Situation für solche Menschen, deren Altersversorgung ohnehin schon auf der Kippe steht.

Positiv hervorzuheben in dem jetzt von der Bundesregierung vorgelegten Entwurf ist die geplante Erweiterung der Zurechnungszeiten für die Bezieher von Erwerbsminderungsrenten. Wer aufgrund einer Erkrankung vorzeitig aus dem Berufsleben ausscheiden muss, soll fortan so behandelt werden, als hätte er bis zum regulären Renteneintrittsalter im selben Maße wie bisher in die Sozialversicherung eingezahlt. Derzeit wird nur eine fiktive Beitragszahlung bis zum 62. Lebensjahr unterstellt.

Das grundsätzliche mit dieser Rentenart verbundene Problem wird damit allerdings nicht gelöst, denn die Höhe der Leistungen bei einer vollen Erwerbsminderung machen meist nur rund ein Drittel des späteren Anspruches auf Altersrente aus. Selbst Personen mit einem guten bisherigen Einkommen werden damit bis zum Erreichen der Regelaltersgrenze meist zum Sozialfall. *Dirk Pelster*

Zeitzeugen



Klaus-Dieter Fritsche – Der Staatssekretär im Bundesinnenministerium sowie Vizepräsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz von 1996 bis 2005 sagte 2012 im ersten NSU-Untersuchungsausschuss des Bundestages, es dürften „keine Staatsgeheimnisse bekannt werden, die Regierungshandeln unterminieren“.

Mehmet Tanriverdi – Als deren stellvertretender Bundesvorsitzender unterzeichnete er einen offenen Brief der Kurdischen Gemeinde Deutschland e.V., in der die korrekte Benennung der Herkunft der Opfer des NSU angemahnt wird: „Mittlerweile ist uns jedoch bekannt, dass fünf der acht aus der Türkei stammenden Opfer kurdischer Abstammung sind.“



Hans-Christian Ströbele – Der Grünen-Politiker gab mit seinem Kollegen von der CDU Clemens Binninger der Tageszeitung „Taz“ im Jahr 2014 ein Interview, in dem er sagte: „Wir wissen aber auch nicht mit Sicherheit, ob Böhnhardt oder Mundlos immer die Täter waren. Es gibt Indizien, dass sie sehr eng damit zu tun hatten. Aber dass sie am Abzug waren, das ist in allen Fällen bis heute nicht erwiesen“.

Carsten Proff – Der DNA-Spezialist im Bundeskriminalamt wurde im zweiten NSU-Untersuchungsausschuss des Bundestages und vor dem Münchener Oberlandesgericht als Zeuge befragt. Dass an keinem der 27 untersuchten Tatorte DNA-Spuren von Uwe Mundlos und Uwe Böhnhardt festgestellt wurde, nannte er „ungewöhnlich“, für ihn als alten Hasen aber auch nicht „super ungewöhnlich“. Er äußerte vor dem Bundestagsuntersuchungsausschuss die Vermutung, dass die Taten sehr gut vorbereitet gewesen seien.



Clemens Binninger – Der christdemokratische Leiter des zweiten NSU-Untersuchungsausschusses des Bundestags und ehemalige Kriminalkommissar sagte: „Gerade beim Mord an der Polizistin Michèle Kiesewetter im April 2007 in Heilbronn haben wir eine ganze Reihe von Indizien herausgearbeitet, die darauf hindeuten, dass mehr als zwei Personen an der Tat beteiligt waren. Konkrete Verdächtige können wir aber nicht benennen.“

Viele Fragen bleiben ungeklärt

Es bleibt der Verdacht, dass Teile des Staatsapparates etwas zu verbergen haben

Nach fast 440 Verhandlungstagen hat das Oberlandesgericht München im sogenannten NSU-Prozess ein Urteil verkündet. Gegen die Hauptangeklagte Beate Zschäpe wurde eine lebenslange Haft verhängt, die schwerste Strafe, die das deutsche Rechtssystem überhaupt vorsieht. Zudem stellte das Gericht eine besondere Schwere der Schuld fest. Damit ist eine vorzeitige Haftentlassung nach 15 Jahren nur in Ausnahmefällen, etwa bei einer schweren Krankheit, möglich.

Verurteilt wurde Zschäpe wegen der Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung, wegen schwerer Brandstiftung und wegen zehnfachen Mordes. Die Richter folgten damit der Anklageschrift der Bundesanwaltschaft, die Zschäpe nicht als bloße Helferin, sondern als Mittäterin gesehen hat.

Nach seinem Abtauchen in die Illegalität soll der NSU nach Ansicht der Bundesanwaltschaft zehn Morde, 15 Raub- und Banküberfälle sowie zwei Sprengstoffanschläge begangen haben. Die Bundesanwaltschaft hat in ihrer Anklageschrift eine Reihe von Indizien zusammengetragen, die auf Uwe Mundlos und Uwe Böhnhardt als Täter hindeuten: angefangen von den Waffenfunden in der Zwickauer Frühlingsstraße und dem Wohnmobil über Mietwagenverträge bis hin zu Unterlagen, die auf eine Erkundung potenzieller Opfer und Tatorte schließen lassen. Einer der Verteidiger Zschäpes verlas zudem Ende 2015 eine Erklärung, in der wesentliche Punkte der Anklageschrift bestätigt wurden.

Allerdings gibt es bislang keine eindeutigen Beweise, dass die zehn Morde, die dem NSU zur Last gelegt werden, ausschließlich von Mundlos und Böhnhardt begangen wurden. An keinem der 27 Tatorte wurden Fingerabdrücke oder DNA-Spuren von Mundlos, Böhnhardt oder Zschäpe sichergestellt, wohl aber mehrere Dutzend DNA-Spuren, die bislang nicht zugeordnet werden konnten.

120 Jahre Sperrfrist sind schon ungewöhnlich

Bereits im Jahr 2014 hatte Hans-Christian Ströbele (Grüne) in einem Interview Zweifel geäußert: „Wir wissen aber auch nicht mit Sicherheit, ob Böhnhardt oder Mundlos immer die Täter waren. Es gibt Indizien, dass sie sehr eng damit zu tun hatten. Aber dass sie am Abzug waren, das ist in fast allen Fällen bis heute nicht bewiesen.“

Der Münchener Prozess hat diese Unsicherheit nicht beseitigen können. Auch viele andere Fragen bleiben offen. Aus den Reihen der Nebenklage ist die Vermutung geäußert worden, dass der NSU ein bislang noch immer unentdecktes Unterstützerumfeld hatte. Die Opferanwältin Antonia von der Behrens erhob in ihrem Plädoyer vor dem Oberlandesgericht auch den Vorwurf, das Bundesamt für Verfassungsschutz und mehrere Landesämter hätten die Suche nach dem Anfang 1998 untergetauchten Trio Mundlos, Böhnhardt, Zschäpe bewusst behindert.

Bislang ist auch nicht geklärt, wie die Opfer der Mordserie ausgewählt wurden oder die Auswahl der Tatorte erfolgte. Fremdenfeindlicher Hass als Mordmotiv erklärt zum Beispiel nicht, warum die Täter mehrmals ein sehr hohes Risiko eingegangen sind. So lagen zwei Tatorte, einmal in München, einmal in Kassel, räumlich sehr nahe bei Polizeidienststellen. Als Halit Yozgat im April 2006 in einem Internetcafé in Kassel ermordet wurde, waren zudem mehrere Personen anwesend.

Mutmaßlich zur Tatzeit am Tatort war auch Andreas T., ein Mitarbeiter des Hessischen Landesamts für Verfassungsschutz. Er geriet im Zuge der Ermittlungen zunächst selbst vorübergehend unter Tatverdacht. Ein von der Polizei mitgeschnittenes Telefonat hat zudem zu der Vermutung geführt, dass der Beamte Vorwissen zum geplanten Mord gehabt haben könnte. Dass ein interner Bericht zu den Vorgängen um den Verfassungsschützer inzwischen mit einer ungewöhnlich langen Sperrfrist von 120 Jahren versehen wurde, gibt Spekulationen neue Nahrung. Insbesondere die Diskussion, welche Rolle Mundlos und Böhnhardt beim Polizistenmord von Heilbronn gespielt haben, wird auch nach dem Ende des Münchener Prozesses weitergehen. *Norman Hanert*



Die Urteilsverkündung: Beate Zschäpe steht neben ihrem Anwalt Mathias Grasel vor dem Vorsitzenden Richter Manfred Götzl (2.v.r.) und den Vertretern des Staatsschutzsenats Gabriele Feistkorn (l.), Peter Lang (2.v.l.) und Konstantin Kuchenbauer (r.). Bild: pa

Manches spricht für andere Täter

Der Mord an der Polizistin Michèle Kiesewetter am 25. April 2007 auf der Heilbronner Theresienwiese weist im Vergleich zu den anderen Morden, die dem NSU zugeschrieben werden, gleich mehrere Besonderheiten auf. Bei dem Mordopfer Kiesewetter und ihrem Streifenkollegen Martin Arnold, der schwere Verletzungen erlitt, handelte es sich nicht um Immigranten, sondern um Deutsche. Der Polizistenmord wurde zudem mit zwei anderen Waffen begangen als die anderen Morde. Zudem liegt eine Reihe von Zeugenaussagen vor, auf deren Basis Phantombilder der möglichen Täter entstanden sind, von denen keines Ähnlichkeiten mit Uwe Mundlos oder Uwe Böhnhardt aufweist. Am Tatort und auch an der Kleidung der beiden Opfer konnten fremde DNA-Spuren sichergestellt werden, ein Vergleich mit der DNA von Mundlos und Böhnhardt ergab keine Übereinstimmung. Die Ermittler in Baden-Württemberg gingen zudem davon aus, dass an der Tat möglicherweise bis zu sechs Personen beteiligt gewesen waren.

Der Mord an der Polizistin Kiesewetter

Anders die Bundesanwaltschaft, die nach der Übernahme der Ermittlungen versuchte, die These einer Täterschaft der zwei NSU-Mitglieder zu untermauern. Die Anklage geht davon aus, dass beide Polizeibeamte am 25. April 2007 zufällig zu Opfern wurden. Die ermordete Polizistin Kiesewetter hatte kurzfristig den Dienst von einem Kollegen übernommen, eigentlich hätte sie dienstfrei gehabt.

Zweifel an dieser Zufallstheorie haben unter anderem die Bundestagsabgeordneten Clemens Binninger (CDU) und Eva Högl (SPD) geäußert, die sich mit dem Heilbronner Fall im Bundestagsuntersuchungsausschuss beschäftigt haben. Sollten es die Täter tatsächlich gezielt auf die Ermordung Michèle Kiesewetters abgesehen haben, dann stellt sich die Frage, woher die Täter eine Kenntnis von der kurzfristigen Änderung im Dienstplan der Polizistin und vom Einsatzort Heilbronn hatten. *N.H.*

Ein Mammut-Prozess

Allein die Anwälte kosteten den Staat mehr als 23 Millionen Euro

Der NSU-Prozess vor dem 6. Strafsenat des Oberlandesgerichts München wird als einer der aufwendigsten Indizienprozess der Nachkriegszeit in die deutsche Rechtsgeschichte eingehen. Zwischen dem Beginn des Prozesses am 6. Mai 2013 und der Urteilsverkündung am 11. Juli 2018 lagen über 430 Verhandlungstage. Allein die Anklage wurde durch vier Bundesanwälte vertreten. Zudem vertraten 60 Anwälte insgesamt 95 Nebenkläger.

Die Hauptangeklagte Beate Zschäpe wurde von insgesamt fünf Anwälten vertreten. Zschäpe hatte ihren drei Pflichtverteidigern Anja Sturm, Wolfgang Stahl und Wolfgang Heer im Juli 2014 das Vertrauen entzogen. Obwohl die drei Anwälte beantragten, sie als Pflichtverteidiger von dem Mandat zu entbinden, lehnte das Gericht ab. Zschäpe zog Mathias Grasel als vierten Pflichtverteidiger und später auch noch den Münchener Rechtsanwalt Hermann Borchert als Wahlverteidiger hinzu.

Während die ersten drei Pflichtverteidiger ihrer Mandantin geraten hatten, vor Gericht zu schweigen, kündigte die Angeklagte im Dezember 2015 an, Fragen des Gerichts schriftlich beantworten zu wollen. Am 9. Dezember 2015 verlas der Pflichtverteidiger Grasel schließlich eine Aussage. Zschäpe räumte darin ein, Kenntnis von den Banküberfällen von Uwe Mundlos und Uwe Böhnhardt gehabt zu haben. Sie gestand, nach dem Tod der beiden Männer am 4. November 2011 die zuletzt genutzte Wohnung in Brand gesteckt zu haben. Von den Morden und Sprengstoffanschlägen will die Angeklagte allerdings erst im Nachhinein Kenntnis erlangt haben.

Die Verteidigung Beate Zschäpes will in die Revision gehen

Nach der Urteilsverkündung am 11. Juli 2018 kündigte die Verteidigung Zschäpes an, in Revision gehen zu wollen. Eine Verurteilung seiner Mandantin wegen Mittäterschaft an zehn Morden und weiteren Verbrechen sei „juristisch nicht haltbar“, Zschäpe sei „nachweislich an keinem Tatort“ gewesen und habe „nie eine Waffe abgefeuert oder eine Bombe gezündet“, so der Verteidiger Grasel. Im Revisionsverfahren könnte die Frage, ob Zschäpe Mittäterin war oder nur Beihilfe geleistet hat, eine zentrale Rolle spielen. *N.H.*

Preußische Allgemeine Zeitung

WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND
DAS OSTPREUSSENBLATT

Chefredakteur:
Dr. Jan Heitmann

Verantwortliche Redakteure: Politik, Wirtschaft, Berlin, Mensch & Zeit: Hans Heckel; Kultur, Lebensstil, Leserbriefe: Harald Tews; Geschichte, Preußen: Dr. Manuel Ruoff; Buchseite, Bildredaktion, Ostpreußen heute: Manuela Rosenthal-Kappi; Heimatarbeit: Christiane Rinser-Schrut; Die Pommersche Zeitung: Brigitte Stramm.

Korrespondenten: Norman Hanert (Berlin), Edyta Gladkowska (Allenstein), Jurij Tschernyschew (Königsberg).

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e.V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchtstraße 4, 22087 Hamburg.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstraße 1, 24782 Büdelsdorf. – **ISSN** 0947-9597.

Die *Preußische Allgemeine Zeitung* ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2016: Inland 11 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 13,50 Euro, Luftpost 17,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Einzelverkaufspreis: 2,70 Euro.

Anzeigen: Ingrid Stuthmann.
Es gilt Preisliste Nr. 33.

Konten: Commerzbank AG, IBAN: DE64 2004 0000 0634 2307 01, BIC: COBADEFFXXX oder Postbank Hamburg, IBAN: DE44 2001 0020 0008 4262 04, BIC: PBNKDEFF (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Telefon	**(040) 4140 08-0**
Telefon Redaktion	(040) 4140 08-32
Fax Redaktion	(040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen	(040) 4140 08-32
Telefon Vertrieb	(040) 4140 08-42
Fax Anz./Vertrieb	(040) 4140 08-51

Internet:
www.preussische-allgemeine.de

E-Mail:
redaktion@preussische-allgemeine.de
anzeigen@preussische-allgemeine.de
vertrieb@preussische-allgemeine.de

Landsmannschaft Ostpreußen:
www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle:
lo@ostpreussen.de

Clans greifen nach dem Ku'damm

Kriminelle arabische Großfamilien weiten ihre »Geschäfte« auf Berlins City West aus



Nach den Brennpunktvierteln geraten nun die wohlhabenderen Gegenden ins Visier arabischer Clans: Prachtboulevard Kurfürstendamm in Berlin

Bild: pa

In Berlin haben kriminelle arabische Großclans in der Vergangenheit vor allem in den von Einwanderung geprägten Stadtvierteln Neukölln, Moabit und Wedding ihr Unwesen getrieben. Immer häufiger wird nun aber auch über Aktivitäten der Clans aus Stadtteilen Berlins berichtet, die bislang als gutbürgerlich galten:

Wie stark kriminelle arabische Großfamilien mittlerweile selbst in der Gegend um Berlins Prachtboulevard Kurfürstendamm auftreten, zeigte eine gewaltsame Auseinandersetzung am 21. Juni. Nach Erkenntnissen der Polizei versammelten sich vor einem Grillrestaurant am Adenauerplatz plötzlich etwa zehn Personen, die den Betreiber des Lokals aufforderten, nach draußen zu kommen. Es folgte eine Messerstecherei, bei der zwei Personen schwer verletzt wurden.

Einer der beiden, die ins Krankenhaus eingeliefert werden mussten, soll sogar lebensgefährliche Verletzungen davongetragen haben. Die Polizei geht davon aus, dass die beiden Schwerverletzten zum Lager der Angreifer gehörten. Neben diesen beiden nahm die Berliner Polizei noch drei weitere Personen in Haft. Wie in ähnlich gelagerten Fällen sind die Ermittlungen schwierig. Die Kontrahenten der Messerstecherei gaben gegenüber den Beamten an, zum Ablauf der Ereignisse nur wenige Angaben machen zu können oder zu wollen.

Am Adenauerplatz aneinandergeraten sind offenbar Angehörige zweier arabischer Großfamilien. Eine dieser Familien soll bereits seit einigen Jahren in der sogenannten City West aktiv sein. Die andere wurde bislang in Neukölln, rund um die Sonnenallee, verortet. Nach Recherchen des RBB haben sich die Familien rund um den Adenauerplatz mittlerweile eine Einflusszone aufgebaut, in die sie Geld investieren.

Berliner Ermittler gehen davon aus, dass diese beiden Clans bereits seit einiger Zeit ihre Revierstreitigkeiten immer öfter auch gewaltsam in der City West austragen. Schon mehrfach wurde rund um den Kurfürstendamm aus fahrenden Autos auf ausgewählte Opfer geschossen. Öffentlich ausgetragene Machtkämpfe zwischen den Familien sind für Berlin keine Neuigkeit. Bemerkenswert ist aber, dass kriminelle Clans seit einigen Jahren auch die gutbürgerlichen Viertel wie Charlottenburg und Wilmersdorfer ins Visier nehmen.

Politik hat Ansätze zur Bekämpfung mehrfach abgewürgt

Allerdings war diese Entwicklung voraussehbar: Kenner des Problems sehen den Kampf gegen die kriminellen Clans insgesamt als gescheitert an. Deren Macht konnte bislang nicht gebrochen, noch nicht einmal eingedämmt werden. Das Phänomen der kriminellen Großclans ist bereits seit den 80er Jahren bekannt, als jene Großfamilien nach Deutschland kamen und sich hier als libanesische Bürgerkriegsflüchtlinge ausgaben, denen die Papiere abhanden gekommen seien. Seit ihrer Ankunft haben sich einige der Großfamilien in Berlin und anderen Teilen Deutschlands zu festen Größen in der organisierten Kriminalität (OK) entwickelt.

In Berlin agieren mittlerweile rund 20 arabische Großfamilien. Zwölf dieser Clans gelten als hoch kriminell und beherrschen nach den Erkenntnissen der Ermittler mittlerweile die Berliner Unterwelt. 2015 drang eine Einschätzung des Landeskriminalamts (LKA) an die Öffentlichkeit, wonach in Berlin fast jede vierte Straftat im Bereich der organisierten Kriminalität von Mitgliedern arabischstämmiger Großfamilien begangen wird. Mehr noch: In Teilen Neuköllns, Tempelhofs, Moabits und des Wedding haben sich rund um die Einflusssphäre der Clans ganze Parallelgesellschaften etabliert.

Im Bezirk Neukölln ist am dortigen Amtsgericht seit vergangenem Oktober ein Staatsanwalt aktiv, der sich gezielt um die organisierte Kriminalität kümmern soll. Die Verantwortlichen haben angekündigt, einen Informationsaustausch zwischen Justiz, Jugendämtern, Schulen, Polizei und Ordnungsamt in Gang zu bringen. Ähnliche Ansätze verfolgten die Behörden in der Vergangenheit bereits mehrfach. Langfristig war allerdings zu beobachten, dass erfolgversprechende Programme nach einiger Zeit aus Personalmangel eingestellt wurden oder aber die Politik andere Schwerpunkte setzte. Gerade im Fall der Großfamilien arbeitete eine „Ermittlungsgruppe Ident“ beim LKA Berlin recht erfolgreich daran, die wahre Herkunft ausländischer Straftäter zu ermitteln. Im Zuge ihrer Arbeit konnten die Ermittler auch einen sehr guten Kenntnisstand über die Struktur der Clans aufbauen. In Berlin werden den Großfamilien insgesamt 9000 Personen zugerechnet, einzelne Familien können unter verschiedenen Namen bis zu 900 Angehörige umfassen.

Die Ermittlungsgruppe „Ident“ wurde 2008 jedoch wieder aufgelöst. Damit verschenkte die Politik die Chance, die Kenntnisse über die Großclans effektiv zu nutzen. Bei anderen Ansätzen, etwa im Umgang mit jugendlichen Intensivtätern, war in Berlin eine ähnliche Entwicklung zu beobachten.

Den Clans scheinen bislang weniger die deutschen Strafverfolgungsbehörden zuzusetzen als konkurrierende Clans und andere Gruppierungen der organisierten Kriminalität: Die vergleichsweise geringen Aktivitäten der Araberclans im Ostteil Berlins führen Beobachter auf die dort agierenden osteuropäischen Banden zurück.

Dass die Clans ihre Aktivitäten auch auf Berlins City West ausbreiten, war nicht nur wegen der wenig effektiven Strafverfolgung zu erwarten. Bei den Clans sind die Bemühungen unübersehbar, die illegalen Einnahmen aus Drogenhandel, Schutzgelderpressung, Prostitution und Raubüberfällen in Immobiliengeschäfte oder die Gastronomie zu investieren. *Norman Hanert*

Einsteins Paradies

Von Vera Lengsfeld

Albert Einstein bezeichnete sich selbst als Wandervogel. Der gebürtige Ulmer hatte zahllose Wohnsitze in Deutschland, in der Schweiz, in Prag, später in Princeton. Aber in keiner Stadt hat er sich so lange aufgehalten wie in Berlin. Hier lebte er in der Wohnung seiner zweiten Frau Elsa in Schöneberg, als ihn Anfang Januar 1929 der Berliner Bürgermeister Gustav Böss aufsuchte.

Die Stadt wollte ihrem derzeit berühmtesten Bürger und Nobelpreisträger zu seinem 50. Geburtstag ein Grundstück am Wasser schenken. Einstein, der auch ein begeisterter Segler war, willigte ein.

Allerdings stellte sich bald heraus, dass der Bürgermeister mit seiner Offerte das Parlament übergangen hatte und es dort, angeführt von den Nationalsozialisten, Widerstand gegen die zu bewilligende Summe gab. Wegen noch anderer Hindernisse wurde am Ende aus dem Geschenk nichts. Aber Einstein hatte sich in die Idee, ein Haus nach seinen Vorstellungen zu bauen, verliebt. Als ihm Bekannte in Caputh ein Grundstück mit Seeblick anboten, stand sein Entschluss fest: Der Wandervogel würde sich hier sein Nest bauen.

Er beauftragte den jungen Architekten Konrad Wachsmann mit dem Bau, mischte sich aber sehr energisch mit seinen Vorstellungen ein.

Heraus kam ein zauberhaftes Holzhaus, dessen Strukturen einerseits an die Architektur des Bauhauses erinnern, das gleichzeitig aber wie ein Blockhaus wirkt. Es strahlt einerseits die Ruhe und Abgeschiedenheit aus, die Einstein zeit seines Lebens suchte, wirkt andererseits aber durch seine Funktionalität und Klarheit einladend. Obwohl als Sommerhaus konzipiert, wohnte Einstein den größten Teil des Jahres hier: von Ostern bis zum Beginn der Adventszeit.

Er hätte wohl den Rest seines Lebens hier verbracht, wenn nicht die politischen Umstände ihn gezwungen hätten, Deutschland zu verlassen.

Das großzügige Wohnzimmer hat viele prominente Gäste gesehen: Nobelpreisträger der Physik und der Chemie, aber auch der Literatur wie Rabindranath Tagore oder des Friedens wie Albert Schweitzer. Hierher kamen Heinrich Mann, Käthe Kollwitz, Max Planck, Gerhard Hauptmann und Anna Seghers. Es war eine Ehre, zu Einsteins Diskussionsrunden eingeladen zu werden.

Nach einer wechselvollen Geschichte ist das Haus heute ein Ort, an dem Einsteinfreunde dem Genie näherkommen können. Das kann man sonst nur noch in Princeton. Der Betreiber, das Einstein-Forum, veranstaltet Führungen und fördert Studenten, die im Geiste Einsteins forschen. Einsteins Geist ist zurückgekehrt.

Bürger sollen Bäume gießen

Müller bittet die Berliner um Hilfe im Kampf gegen die Dürre

Der Regierende Bürgermeister Michael Müller (SPD) hat die Berliner zum Bewässern der Stadtbäume aufgerufen. „Spendieren Sie bitte dem Baum vor Ihrem Haus einmal in der Woche einige Eimer Wasser. Damit tragen Sie dazu bei, dass unser Berlin eine grüne und für uns alle lebenswerte Großstadt bleibt“, so Müllers Bitte an die Hauptstädter.

Nach einer mehrmonatigen Periode mit nur geringen Niederschlägen ist der Zustand der Vegetation an vielen Orten der Stadt kritisch. Der Senat hat den Bezirksämtern 600000 Euro bewilligt, damit frisch gepflanzte und junge Bäume bewässert werden können. Mit dem Geld können die Bezirke unter anderem auf Fahrzeuge der Stadtreinigung (BSR) zurückgreifen. Diese hat in ihrem Fuhrpark Spülfahrzeuge mit großen Wassertanks, die normalerweise zur Straßenreinigung eingesetzt werden. Die Berliner Wasserbetriebe bewässern bereits Bäume. Die Mitarbeiter der Wasserbetriebe verwenden dazu Wasser aus routinemäßigen Leitungsspülungen.

Verschärft wird die seit Monaten anhaltende Dürre durch die Personalsituation in einigen Berliner Bezirken. Bereits im Juni kündigte das Grünflächenamt Charlottenburg-Wilmersdorf an, es werde sich bis Ende 2019 auf die notwendigen Arbeiten im Baumbestand konzentrieren. Bis dahin soll es keine Neupflanzungen geben. Hintergrund der Entscheidung ist eine sehr angespannte Personalsituation und ein massiver Bearbeitungsstau bei der Baumpflege.

Personalnot in den Ämtern erschwert so manche Aktion

Bereits in den vergangenen Jahren sind im Landschaftspark Johannisthal im Bezirk Treptow-Köpenick mehr als 500 Bäume eingegangen. Laut „Tagesspiegel“ hat nun der zuständige Baustadtrat Rainer Hölmer (SPD) entschieden, dass keine Bäume mehr nachgepflanzt werden, zudem soll auch die Bewässerung von Bäumen, die älter als zehn Jahre sind, eingestellt werden.

Der Landschaftspark mit einer Größe von 68 Hektar ist erst 2002 als Ausgleichsfläche für Baumaßnahmen eröffnet worden. Der Park galt allerdings bereits nach wenigen Jahren als Sanierungsfall. Vor allem die angepflanzten Eichen und Birken sind in vielen Fällen eingegangen. Aus Sicht des Bezirks, der den Park erst im Jahr 2010 übernommen hat, wurden bereits bei der Planung der weitläufigen Anlage Fehler gemacht, indem zum Beispiel die Bodenverhältnisse nicht genügend berücksichtigt wurden. *N.H.*

»Friedliche« Randalierer

Bürger terrorisiert: Ermittlungen wegen angeblicher »Spaßdemo«

Franziska Brychcy von der Linkspartei klagt über die Tätigkeit der Berliner Justizbehörden. Es werde mit „zweierlei Maß“ gemessen. Am 1. Mai fand nicht nur die traditionelle Gewaltorgie in Kreuzberg statt, sondern Linksextremisten hatten zusätzlich eine „Spaßdemonstration“ in der bevorzugten Wohngegend Grunewald durchgeführt. Verantwortlich zeichnete eine bis dahin eher unbekannte „Hedonistische Internationale“.

Die meisten Berliner Blätter schrieben etwas über eine „satirische Note“ der Aktion. Tatsächlich wurden parkende und vorbeifahrende Autos bespuckt, mit Farbe besprüht oder Windschutzscheiben beschädigt. Ausweislich eines Pressefotos verschaffte sich zumindest ein Demonstrant Zugang zu einem Grundstück. So hatte die linke „taz“ getitelt: „Wo eine Villa ist, ist auch ein Weg“. Gartenzäune und Mauern von Häusern wurden beschädigt. Zuvor hatten die Demonstranten angekündigt, „autonome Streetworker*innen bereit (zu) stellen“. Anwohner beschwerten sich bei der Polizei, sie seien im Vorfeld nicht gewarnt worden.

Die vom rot-rot-grünen Senat neu installierte Berliner Polizeipräsidentin Barbara Slowik zeigte sich wegen der großen Teilnehmerzahl „überrascht“. Dabei hätte es durchaus internationale Verwicklungen geben können. Auf der Marschroute liegen vier Botschaftsgebäude und das Wohnhaus des britischen Botschafters.

Grüne und »Linke« stellen sich hinter die Unruhestifter

Die Staatsanwaltschaft hat 72 Ermittlungsverfahren wegen Landfriedensbruchs und acht wegen Sachbeschädigung eröffnet. Das Anliegen der Demonstranten in dem Villenviertel war nach eigenen Angaben, „darauf aufmerksam (zu) machen, dass die Kluft zwischen Arm und Reich größer wird“.

Die Justizverfahren missfallen Brychcy. Aber auch die Grünen-Abgeordnete Katrin Schmidberger übte Kritik: „Es war eine fröhlich-friedliche Demo, von der keinerlei Gewalt ausging, von daher bin ich schon verwundert.“ Grunewald liegt im Wahlkreis Charlottenburg-Wilmersdorf 5, in dem die Grünen bei der jüngsten Wahl immerhin 14,7 Prozent Stimmen erzielten. Auf dem Höhepunkt der „Hausbesetzerbewegung“ in Berlin kam es 1981 und 1989 zu gewalttätigen Aufzügen in Grunewald. Der Altanarchist Jan Theiler, der sich Pater Leumund nennen lässt, kündigte an, sie seien nur die „Vorhut“, langfristig könnten die „Randalierer, Protest- und Sauftouristen“ aus dem Szenekiez SO36 folgen. *Frank Bücker*

MELDUNGEN

Journalisten zu Haft verurteilt

Minsk – Drei weißrussische Mitarbeiter der nationalistischen russischen Nachrichtenagentur Regnum sind von einem Minsker Gericht zu Haftstrafen von jeweils fünf Jahren verurteilt worden. Durch ihre Berichterstattung sollen sie „zu ethnischem Hass aufgestachelt“ haben. Der Vollzug der Strafe wurde drei Jahre aufgeschoben, sodass eine spätere Abmilderung des vergleichsweise harten Urteils zu erwarten ist. Regnum ist bekannt für eine großrussisch-nationalistische und sowjetnostalgische Sichtweise. *T.W.W.*

Vergewaltigt in Mekka

Mekka – Immer mehr Frauen melden sexuelle Übergriffe während der muslimischen Pilgerfahrt, der Hadsch, in Mekka und Medina. Durch die in Saudi-Arabien weit verbreitete Polygamie bleibt für viele heiratswillige Männer keine Frau mehr übrig. Nicht wenige der deshalb unverheirateten Männer leben ihre Triebe sogar bei der heiligen Wallfahrt aus. Frauen aus Pakistan, Ägypten, dem Iran, Afghanistan und aus Europa berichten in den sozialen Medien von sexuellen Übergriffen, obwohl sie die von den islamischen Autoritäten vorgeschriebene Kleidung getragen hätten. Die meisten Übergriffe ereignen sich bei der spirituell besonders bedeutenden Umrundung der Kaaba in der Großen Moschee von Mekka. Immer dichter werdende Massen drängen sich dabei an die Kaaba, das zentrale Heiligtum des Islam, heran. Der passende Zeitpunkt, um sich in der anonymen, ekstatischen Masse unbemerkt an Pilgerinnen zu vergreifen. Es sind so gut wie ausschließlich Frauen und sogar Kinder betroffen, die ohne Begleitung unterwegs sind. *B.B.*

»Pläne in Syrien gescheitert«

Wie der Westen die Niederlage gegen die Assad-Regierung abzuwenden versucht

„Die USA wollen nicht anerkennen, dass ihre Pläne in Syrien gescheitert sind. Sie entfesseln eine offene Aggression gegen Syrien auf syrischem Territorium“, so der syrische Vertreter bei der Organisation für das Verbot chemischer Waffen (OPCW), Bassam Sabbagh. In der Tat scheint der Westen eher auf Eskalation denn auf Deeskalation zu setzen.

In die vielumkämpfte nordsyrische Stadt Idlib sind nach Berichten der Einwohner unlängst sechs Personenkraftwagen und ein Laster mit dem Logo der Organisation „Weißhelme“ gekommen. Der Lkw brachte Schutzanzüge, Behälter mit Chemikalien und Kameras sowie sieben Raketen. Vier Männer in Schutzanzügen füllten daraufhin die Sprengköpfe der Raketen mit den Chemikalien. Daraufhin wurde alles wieder auf den Lkw verfrachtet. Anschließend fuhr der Konvoi in Richtung der Stadt Maarat an-Numan.

Ohne jeden Zweifel handelte es sich hierbei um Chemiewaffen, die man nicht der Assad-Regierung anlasten kann, und das dürfte die Norm sein, seit sie im Jahr 2013 unter internationaler Kontrolle alle Bestände chemischer Waffen vernichtet hat. Dem entspricht auch, dass gerade in den Gebieten Syriens, die kürzlich von den radikalen Moslems befreit worden sind, mehr als 40 Tonnen Giftstoffe entdeckt wurden.

Der Chef der russischen ABC-Abwehrtruppen, Igor Kirillow, erklärte: „Auf dem Territorium Syriens wurden von den ABC-Truppen mehrfach illegale Lager der Kämpfer für toxische Chemikalien gefunden.“ Daraufhin forderten die syrischen Behörden wiederholt die Organisation für das Verbot chemischer Waffen (OPCW) auf, ihre Spezialisten zu den Fundorten zu schicken. Doch die OPCW lehnte diese Bitten ab mit der Begründung, die Bedingungen seien für eine Untersuchung nicht sicher genug, oder aber in einem anderen Fall, gefundenes Chlor sei für die Desinfektion von Schwimmbecken bestimmt gewesen.

Die russische ABC-Abwehr wies die OPCW unmittelbar auf zwei Fundorte in Duma hin, doch es erfolgte auch dort keine Reaktion. Gerade ein Vorfall in Duma aber wurde mit großem propagandistischen Aufwand der Weißhelme der Regierung Assad zum Vorwurf gemacht. Spätestens jetzt hat die Beobachtung in Idlib gezeigt, dass die Weißhelme, die von den USA und Großbritannien finanziert werden, nicht nur die PR-Abteilung vor allem von al-Kaida bilden, sondern selbst Manöver unter falscher Flagge durchführen.

Der syrische Vertreter bei der OPCW, Bassam Sabbagh, hat dieser Tage bei einer Sondersitzung der Konferenz der Mitgliedsstaaten der Chemiewaffenkonvention in Den Haag den USA offene Aggression vorgeworfen: „Die USA wollen nicht anerkennen, dass ihre Pläne in Syrien gescheitert sind. Sie entfesseln eine offene Aggression gegen Syrien auf syrischem Territorium.“ Syrien, so Sabbagh weiter, habe seine Verpflichtungen zur Vernichtung der C-Waffen erfüllt.

Im Schatten der US-Angriffe beteiligt sich auch Israel an der Gewalt gegen Syrien. So berichtet die staatliche syrische Nachrichtenagentur Syrian Arab News Agency (SANA), Israels Luftwaffe habe zwei Raketen auf ein iranisches Transportflugzeug auf dem Flughafen von Damaskus abgefeuert. Der Angriff war von den durch Israel annektierten Golanhöhen ausgegangen. Und im Südwesten Syriens, in der Provinz Daraa, habe die israelische Luftwaffe einen Raketenangriff geflogen. Ziele seien das iranische Transportflugzeug und ein Waffenlager der Armee gewesen. Israels Ministerpräsident Benjamin Netanjahu hatte erklärt, künftig werde sein Land nicht nur iranische Ziele in Syrien angreifen, sondern auch die syrische Armee selbst. Die syrische Regierung und ihr Präsident Baschar Hafiz al-Assad seien „nicht länger immun“.

Während dieser Angriffe gelang es aber der syrischen Armee, im Südwesten des Landes die Rebellenhochburg Daraa zurückzuerobern. Ziel der Offensive gegen die US-geführte Koalition ist es, das Grenzgebiet zu Jordanien sowie den Bereich zum Golan wieder unter die Kontrolle des Staates zu bringen. Im Zuge dieser Bewegung hat die syrische Armee die wichtige Stadt Busra al-Harir eingenommen, so jedenfalls die Zeitung „Am-Masdar-News“.

Die radikal-islamischen Kämpfer an der Südfront werden in der jordanischen Hauptstadt Amman koordiniert, und zwar von dem US-geführten Military Operations Center (MOC), das CIA-Einheiten, die in der Türkei tätig sind, eingerichtet haben. Eine wichtige Rolle in diesem Kampfverbund spielt eine Teilorganisation von al-Kaida, die sich heute „Dschabhat Fath asch-Scham“ (Front für die Eroberung der Levante) nennende frühere al-Nusra-Front. „Trotz ihrer Einstufung als terroristische Organisation durch die USA und die UN“, schreibt „The American Conservative“, „kämpft al-Nusra ganz offen an der Seite der Südfront, einer von 54 oppositionellen Milizen, die vom US-geführten Operationsraum im jordanischen Amman finanziert und befehligt wird, dem sogenannten Military Operations Center“.

Doch die militärische US-Präsenz in Syrien stößt nicht nur bei der Regierung auf Widerstand. Kürzlich haben sich in der Nähe von Aleppo, in der von Regierungstruppen kontrollierten Stadt Deir Hafer, 70 Stammesführer zu einer Konferenz zusammengefunden, um ein Abkommen über einen gemeinsamen Kampf gegen das US-Militär in Syrien abzuschließen. Die Stammesführer einigten sich darauf, Baschar al-Assad als den legitimen Präsidenten zu unterstützen, die staatliche Integrität des Landes wieder herzustellen und dazu eine Widerstandsfront gegen die US-Koalition in Syrien zu schaffen.

In diesem jedenfalls zeitlichen Zusammenhang sind Truppen der oppositionellen Freien Syrischen Armee (FSA), die elf Siedlungen kontrollieren, zu den Regierungstruppen übergelaufen. Die elf Siedlungen stehen nun unter der Kontrolle der Regierung. „Die dort agierenden FSA-Truppen haben sich den Einheiten der Regierung angeschlossen“, verlautet vom russischen Militär, „um gemeinsame Operationen gegen die Terrorgruppierungen IS und Dschahbat an-Nusra durchzuführen.“ Die FSA war ursprünglich die größte Rebellengruppe im Kampf gegen Präsident Assad. *Florian Stumfall*



Im Schatten der US-Angriffe beteiligt sich laut syrischen Quellen auch die Israeli Air Force an der Gewalt gegen Syrien: Eine Lockheed Martin F-35 der IAF

Bild: Major Ofer, Israeli Air Force

Ein »Verbrecherparadies«

Rumäniens zu Gefängnis verurteilter Sozialistenchef bleibt frei

Schon zum zweiten Mal wurde der wegen Korruption bereits verurteilte inoffizielle rumänische Regierungschef, Liviu Dragnea, wegen Korruption im Amt zu einer Gefängnisstrafe verurteilt. In Rumänien spitzt sich nach diesem Urteil die Regierungskrise weiter zu. Anstatt zurückzutreten spricht Dragnea von Schaujustiz und droht Staatspräsident Johannis seinerseits mit einem Amtsenthebungsverfahren. Die Opposition spricht von der Legalisierung eines „Verbrecherparadieses“.

Dragnea war in erster Instanz von einem Gericht wegen Anstiftung zum Amtsmissbrauch zu dreieinhalb Jahren Haft ohne Bewährung verurteilt worden. In seiner Zeit als Regionalpräsident im südrumänischen Bezirk Teleorman soll Dragnea für fiktive Anstellungen beim Jugendamt mitverantwortlich gewesen sein. Die Betroffenen hatten jahrelang ein Gehalt von dem Amt kassiert, aber für die Regierungspartei PSD gearbeitet. Anstatt als Parteivorsitzender zurückzutreten, bleibt Dragnea weiter Vorsitzender der PSD, angeblich weil „seine Kollegen aus der Parteiführung ihn darum gebeten hätten“. Dragnea ist bereits wegen Wahlmanipulationen vorbestraft und darf deshalb nicht selbst Ministerpräsident werden.

Mit Ministerpräsidentin Viorica Dancila hat das Land bereits seine dritte Regierung in anderthalb Jahren, allesamt von Dragneas Gnaden. Als Präsident des Abgeordnetenhauses steht der zu einer Gefängnisstrafe verurteilte Dragnea im Staat immer noch an dritter Stelle. Den Justizbehörden drohte er mit einem „noch entschlosseneren und noch radikaleren“ Kampf, bei dem Justizgesetze per Dringlichkeitsverordnung anstatt über den parlamentarischen Weg umgesetzt werden sollen.

Die Regierung tut derweil alles, um Dragnea das Gefängnis zu ersparen. Auf Betreiben Dragneas hat das Parlament vor Kurzem durch eine Änderung der Strafverfolgungsprozedur die Ermittlungsmöglichkeiten der Staatsanwälte eingeschränkt. Auch die Verhängung der Untersuchungshaft soll erschwert werden. Und künftig soll eine Revision gegen rechtskräftige Gerichtsbeschlüsse möglich sein, wenn die Urteilsbegründung nicht von allen beteiligten Richtern unterzeichnet wurde, und das sogar rückwirkend.

Dragnea droht mit Amtsenthebung von Präsident Johannis

„Wie angegossen“ passt diese Bestimmung laut Oppositionsvertretern auf Dragnea. Vorbild für diese „Normalisierung“ der Justiz ist offenbar Erdogan, der unter den Sozialisten Rumäniens größere Sympathie genießt als die Politiker in Brüssel.

Dragnea und seine PSD versuchen, nicht nur die Justiz zu amputieren, sondern auch die Befugnisse des Präsidenten Johannis, der als einziger nach der Gleichschaltung der Justiz der Regierung noch Paroli bieten kann. Johannis weigert sich seit Februar, die Entlassung der Chefin der Antikorruptionseinheit der Staatsanwaltschaft (DNA), Laura Kövesi, deren Arbeit von Brüssel sehr geschätzt wird, zu unterschreiben. Dragnea möchte die unbequeme Kövesi loswerden und hat dafür die Unterstützung des Verfassungsgerichts. Die PSD hat durch eine Anfechtung beim Verfassungsgericht erreicht, dass der Präsident verpflichtet ist, der Forderung des Justizministers stattzugeben. Johannis, der unterdessen ankündigte, für eine weitere Amtszeit als Präsident kandidieren zu wollen, wird sich letztlich fügen müssen. Dragnea drohte sonst mit einen Amtsenthebungsverfahren gegen Johannis.

Die Regierung treibt es immer unverschämter. So hat jetzt der 78-jährige Außenminister Melescanu seinen 38-jährigen Stiefsohn Sorin Pirvulescu, der weder eine Diplomatenausbildung hat noch eine Fremdsprache spricht, zum Generalkonsul bei der EU in Straßburg ernannt. *Bodo Bost*

Das neue Anti-Italien

Der neue spanische Regierungschef öffnet die EU-Außengrenze

Fast zeitgleich mit Italien kam auch in Spanien ein neuer Regierungschef an die Macht. Doch anders als in Italien steht Pedro Sánchez nur einer Minderheitsregierung vor. Dennoch setzte er nach nicht einmal einer Woche radikal neue Akzente in der Asylpolitik.

Die abgelöste konservative PP-Regierung hatte sich über Jahre geweigert, ihren Verpflichtungen gegenüber Europa zur Übernahme von Asylsuchern aus Griechenland, Italien oder Malta nachzukommen. Medienwirksam erklärte die neue spanische Regierung sich nun bereit, das seit einer Woche im Mittelmeer umherirrende Schiff „Aquarius“ mit 629 Asylsuchern an Bord bei sich aufzunehmen.

Die in internationalen Gewässern an der libyschen Küste aufgenommenen Asylsucher hatten zuvor keine Genehmigung erhalten, in Italien oder Malta, den beiden Länder, die Libyen am nächsten liegen, anzulanden. Die unerwartete Geste von Spanien hatte Frankreich, das einseitig von Italien eine Aufnahme verlangt hatte, in große politische und diplomatische Verlegenheit gebracht. Der Fauxpas von Präsident Macron war noch verstärkt worden, nachdem die Regionalregierung der zu Frankreich gehörenden Insel Korsika sich bereit erklärt hatte, die Asylsucher aufzunehmen, aber von Macron brüsk zurückgepfiffen worden war, weil das nicht in ihre Zuständigkeit falle. In Italien wurde der anschließend sogar der französische Botschafter einbestellt.

Kurz danach landete der 46 Jahre alte ehemalige Ökonomiedozent an der Spitze Spaniens, der als erster spanischer Regierungschef seit 1975 ohne Parlamentswahl an die Macht gekommen ist, seinen nächsten Coup – wiederum in der Asylpolitik. Wenige Tage nach einem Massenansturm von Hunderten Asylsuchern auf die beiden spanischen Enklaven in Nordafrika, Ceuta und Melilla, kündigte der neue Innenminister Spaniens an, dass er die Stacheldrahthindernisse vor den Grenzbefestigungen an beiden Enklaven, an denen sich viele Grenzüberwinder bei Einreiseversuchen verletzt hatten, abbauen werde. „Es ist nicht hinnehmbar, Menschen über die Zäune springen zu sehen“, sagte der Minister. Dass an beiden Enklaven auch europäische Außengrenzen geschützt werden sollten, sagte der Minister aus dem Baskenland nicht. Erstaunlich auch, dass bei dem EU-Gipfel Ende Juni, auf der der Aufbau von EU-Asylsucherlagern in Nordafrika beschlossen wurde, nicht die beiden EU-Außenposten in Nordafrika als Lagerstandorte erwähnt wurden. Stattdessen wurden Tunesien und Marokko gefragt, die jedoch gleich ablehnten. Marokko verstand die Botschaft und schickte gleich im Tages-Rhythmus neue Wellen von Hunderten von Immigranten per Schlauchboot, wie sie Spanien seit Jahren nicht mehr gesehen hatte. Die neue Westroute der Immigration könnte bald die Hauptroute für afrikanische Immigranten nach Europa werden, sagte der Chef der EU-Grenzagentur Frontex, Fabrice Leggeri, gegenüber der „Welt am Sonntag“. Allein im Juni habe Frontex rund 6000 irreguläre Grenzübertritte nach Spanien gezählt. Etwa die Hälfte dieser Menschen seien Marokkaner, die anderen stammen aus Westafrika.

Stacheldraht in Ceuta und Melilla soll abgebaut werden

Bereits in den 90er Jahren, als Gaddafi noch die zentrale Route kontrollierte, hatte Spanien die Hauptlast der Zuwanderung aus der Dritten Welt nach Europa absorbiert und das Problem damals nur gelöst, indem es den Asylsuchern Durchwinkpapiere ausgestellt hatte, mit denen sie in Frankreich und Deutschland Asyl suchen konnten. Auch die Mehrheit der „Aquarius“-Asylsucher hat nach ihrer Ankunft in Spanien bereits angekündigt, dass sie sich andere Asylzufluchtsstätten suchen werde. *B.B.*

Die DB kauft Lokomotiven aus China

Der Präzedenzfall könnte sich für den weltgrößten Schienenfahrzeughersteller CRRC als Türöffner erweisen

Bei dem Geschäft zwischen den Aktiengesellschaften Deutsche Bahn und CRRC geht es zwar nur um 20 Rangierloks, aber die Bestellung wird bereits als ein möglicher Meilenstein bei der chinesischen Eroberung des europäischen Marktes für Schienenfahrzeuge gewertet.

Bereits im Jahr 2015 kündigte die Deutsche Bahn (DB) an, sie wolle künftig Züge und Ersatzteile auch in China kaufen. Gut zwei Jahre später ist nun ein erster Vertrag zum Kauf von Lokomotiven bei einem chinesischen Hersteller perfekt. Die DB hat mit dem Staatskonzern CRRC (China Railway Rolling Stock Corporation) einen Rahmenvertrag über die Lieferung von 20 Hybrid-Rangierloks unterzeichnet. Die Loks mit einem kombinierten Diesel- und Elektroantrieb sollen bei DB-Netz eingesetzt werden. Hierzulande ist der Schienenfahrzeughersteller CRRC in der Öffentlichkeit bislang kaum bekannt, nichtsdestoweniger ist er der größte der Welt.

Für CRRC stellt der Auftrag der Deutschen Bahn in finanzieller Hinsicht zwar nur ein Mini-Geschäft dar, doch könnte sich langfristig die Lieferung der 20 Spezialloks als ein Meilenstein bei der Eroberung des europäischen Marktes herausstellen. Die Lokomotiven aus China benötigen eine Zulassung durch das Eisenbahn-Bundesamt (EBA). Die Zulassungsverfahren bei der Behörde gelten als anspruchsvoll. Bestehen die Loks von CRRC die Prüfung durch die deutsche Behörde, dann könnte dies ein Zeichen setzen, das europaweit von Eisenbahngesellschaften beachtet wird.

Nicht von ungefähr ist im Zusammenhang mit der Bestellung der Deutschen Bahn bereits die Rede von einem chinesischen Angriff auf Siemens. Mit Produkten wie dem ICE gehört der Münchener Konzern bislang zu den wichtigsten Lieferanten der Deutschen Bahn. Gerade mit Blick auf den chinesischen CRRC-Konzern wollen Siemens und der französische Konkurrent Alstom ihre Zugsparten zusammenlegen. Entstehen soll so die Nummer zwei auf dem Weltmarkt für Züge.

Der Vorsprung des chinesischen Bahnkonzerns ist allerdings gewaltig. Das gemeinsame Unternehmen von Siemens und Alstom hat rund 60000 Beschäftigte und bringt es auf einen Umsatz von 15 Milliarden Euro. CRRC, entstanden durch die Fusion der beiden chinesischen Schienentechnikkonzerne CNR und CSR, erreicht rund 30 Milliarden Euro Umsatz und hat fast 140000 Beschäftigte. Schätzungen gehen dahin, dass bei CRRC Kapazitäten entstehen, welche die Hälfte des Weltmarkts für Züge decken könnten.

Aus Sicht von Siemens hat der Aufstieg des Konkurrenten CRRC noch einen ganz besonderen Aspekt. China hat seine Bahnindustrie mit dem technologischen Wissen europäischer und japanischer Hersteller aufgebaut. Hersteller wie Siemens, Alstom und Bombardier kamen im China-Geschäft nur zum Zug, wenn sie Gemeinschaftsunternehmen mit chinesischen Partnern eingingen.

Mit dem erworbenen Wissen ist China inzwischen selbst zum wichtigsten Hersteller von Hochgeschwindigkeitszügen in der Welt aufgestiegen. Ähnliche Erfahrungen haben viele Unternehmen aus Europa, den USA und Japan machen müssen. Der Marktzugang in China war bislang regelmäßig mit einem Zwang zum Technologietransfer nach China verbunden.

Änderungen an der Praxis des erzwungenen Technologietransfers sind bislang nur in Ansätzen und meist vor einem längeren Zeithorizont zu sehen. Ausländische Autokonzerne sollen in China bei Nutzfahrzeugen ab 2020, bei Personenkraftwagen ab 2022 nicht mehr zwingend ein Gemeinschaftsunternehmen mit einem chinesischen Partner eingehen müssen. Abzuwarten bleibt die Wirkung der von US-Präsident Donald Trump eingeleiteten Maßnahmen im Handel mit China. Begründet hat Trump die Verhängung von Strafzöllen auf chinesische Exporte in die USA unter anderem mit dem Vorwurf, China eigne sich in unfairer Weise amerikanische Technologie an. Aus Sicht des Weißen Hauses zwingt der chinesische Staat US-Firmen systematisch zum Technologietransfer und fördert die Übernahme von amerikanischen Unternehmen durch chinesische Eigentümer. Laut der US-Regierung entstehen US-amerikanischen Firmen allein durch den erzwungenen Technologietransfer jährliche Verluste von 50 Milliarden US-Dollar. Gegensteuern will das Weiße Haus mit Zöllen auf Importe aus China mit einem Wert von 50 Milliarden Dollar pro Jahr.



Im Kontrast dazu steht das Agieren der deutschen Bundesregierung. Bei den jüngsten deutsch-chinesischen Regierungskonsultationen veröffentlichten beide Seiten eine Erklärung, in der sie sich zu „offenen Märkten, freiem Handel und einem gleichberechtigten Marktzugang“ bekannten. Eine Reihe von deutschen Großunternehmen hat im Zuge des Treffens in Berlin neue Vereinbarungen unterzeichnet, um ihr Engagement in China weiter zu vertiefen. BASF will in China bis 2030 einen neuen Produktionsstandort aufbauen, für den der Chemiekonzern kein Gemeinschaftsunternehmen mit einem chinesischen Partner eingehen muss. Insgesamt zeigten sich Vertreter der deutschen Wirtschaft mit den Ergebnissen der Regierungskonsultationen zufrieden.

Auch Siemens unterzeichnete eine Absichtserklärung. Zusammen mit dem chinesischen Internetkonzern Alibaba will der deutsche Konzern eine Partnerschaft zur Forschung am sogenannten Internet der Dinge eingehen. Mit einem anderen chinesischen Unternehmen vereinbarte Siemens die Entwicklung neuer Gasturbinen in China. Hierzulande stand der deutsche Technologiekonzern in den letzten Monaten unter starker Kritik, weil Siemens viele Arbeitsplätze in Deutschland in der Gasturbinensparte streichen will.

Siemens-Chef Joe Kaeser hat während eines China-besuchs vor Kurzem auch einen Kommentar zum Welthandel abgegeben. Offenbar gemünzt auf den US-amerikanischen Präsidenten sagte er in China: „Die richtige Antwort auf mangelnde Wettbewerbsfähigkeit ist Innovation und Produktivität und keine Zölle und Tweets.“ Der Siemens-Chef lobte zudem das chinesische Projekt Neue Seidenstraße, das er als eine „Meilenstein-Bewegung“ bezeichnete. Es habe das Potenzial, zur neuen „Welthandelsordnung für freien und fairen Handel made by China“ zu werden, so der Siemens Chef. *Norman Hanert*



Auf einer Ausstellung in Kunming: Die in Peking sitzende Aktiengesellschaft CRRC Bild: pa

MELDUNGEN

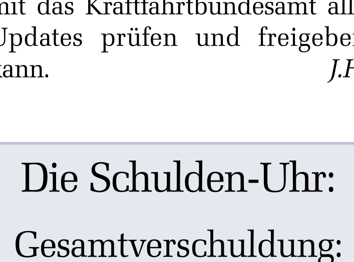


Zahl deutscher Schiffe rückläufig

Berlin – Die Zahl deutscher Handelsschiffe ist rückläufig. Waren im Jahre 2016 noch 3764 Einheiten unter deutscher Flagge registriert, waren es im vergangenen Jahr nur noch 2343. Um die Attraktivität der deutschen Flagge für die Reeder zu erhöhen und damit Ausbildung und Beschäftigung zu stärken, hat die Bundesregierung unter anderem die Erhöhung des Lohnsteuereinbehalts auf 100 Prozent für Seeleute auf Schiffen unter deutscher Flagge, die passgenaue Erstattung der Arbeitgeberanteile zur gesetzlichen Sozialversicherung und die Anpassung der Schiffsbesetzungsverordnung an europäische Standards beschlossen. *J.H.*

Stand der Diesel-Updates

Flensburg – Bisher wurde bei etwa 2,5 Millionen Diesel-Fahrzeugen ein Software-Update durchgeführt. Die Automobilindustrie hat die Umrüstung von 5,3 Millionen Fahrzeugen bis zum Ende des Jahres zugesagt. Das Bundesverkehrsministerium hat die Automobilhersteller aufgefordert, bis zum 1. September die Software-Entwicklung abzuschließen, damit das Kraftfahrtbundesamt alle Updates prüfen und freigeben kann. *J.H.*



Die Schulden-Uhr:

Gesamtverschuldung:
1.947.590.253.243 €

Vorwoche: 1.947.637.121.132 €

Verschuldung pro Kopf:
23.550 €

Vorwoche: 23.551 €

(Dienstag, 17. Juli 2018, Zahlen: www.steuerzahler.de)

Wer zu hoch fliegt, wird tief fallen

Von Rostislaw Batalow

Falsches Denken und Rechtsbrüche entschuldigen keine staatsgefährdende Politik. Politiker der regierenden Parteien CDU und CSU haben sich schon einige Male an Bundeskanzlerin Angela Merkel gewandt mit der Forderung, endlich eine Obergrenze für den Asylantenzuzug in unser Land zu nennen. Und jedes Mal hat Merkel abgelehnt – mit der Begründung, dass eine solche Begrenzung den Weg für andere Zuwanderer versperre. Merkel will nicht und kann nicht die einfachsten Dinge verstehen. Sie sieht nicht in die Zukunft und kann nicht die Folgen ihrer Handlungen ermessen.

Versuchen wir das doch einmal zu analysieren: Merkel wiederholt schon seit Monaten wie eine aufgezogene Puppe „Wir schaffen das, wir schaffen das, wir schaffen das.“ Es entsteht der Eindruck, dass Merkel selbst nicht versteht, was sie da sagt. Oder sie will sich mit der ständigen Wiederholung selbst Mut machen. Was sollen wir schaffen, und warum sollen wir das schaffen?

Das Grundgesetz wurde vom US-amerikanischen Onkel Sam zum 24. Mai 1949 verfasst. Die Verfassung der DDR wurde vom russischen Onkel Wanja zum 7. Oktober 1949 geschrieben. Vom 8. Mai 1945 bis 1949 gab es keinen deutschen Staat, sondern nur vier Besatzungszonen. Die US-Amerikaner und die Russen schrieben diese Grundgesetze mit der ausdrücklichen Absicht, niemals zuzulassen, dass die Deutschen sich von den Knien erheben, auf die sie Deutschland mit der „Kollektivschuld“ gesetzt hatten. Nach dem Zerfall der UdSSR im Kalten Krieg und der Vereinigung der Bundesrepublik und der DDR wurde das bundesdeutsche Grundgesetz gültig für den vereinten deutschen Staat. Dieses Grundgesetz mit dem darin festgeschriebenem Asylrecht, das keine Begrenzung der Aufnahme von Asylbewerbern vorsieht.

> Merkel sieht nicht in die Zukunft und kann oder will nicht die Folgen ihrer Handlungen ermessen

Dieses „amerikanisierte“ Grundgesetz verfolgt das Ziel der „Nachkriegsumerziehung“ des deutschen Volkes und damit der bewussten Anerziehung des „Schuldkomplexes“. Diese Methode der Umerziehung brachte im Verlaufe einiger Jahrzehnte ganze Generationen von Ferngesteuerten hervor, denen man das eigene Denken aberzogen hatte und die nicht in der Lage sind, Situationen kritisch zu bewerten. Auch können sie nicht die falschen und heuchlerischen Losungen der antideutschen Propaganda durchschauen, was letztendlich in der weltanschaulichen-psychischen Katastrophe großer Teile des Volkes gipfelte, in der „Willkommenskultur“.

Ein Opfer solcher Umerziehung ist Merkel, die mit ihrer verdammten Sturheit immer wiederholt, dass das deutsche Grundgesetz von 1949 keine Begrenzung der Flüchtlingszahlen im Asylartikel vorsehe.

Frau Merkel, Sie haben es geschafft, dass das deutsche Volk in sich gespalten ist und selbst Familien sich nicht mehr einig sind in der Beurteilung der Asylkrise, dass Städte und Kommunen mit der Beherrschung und Finanzierung der Lage völlig überfordert sind.

Sie haben die nationale Ebene verlassen und hören nicht mehr die Stimme des deutschen Volkes. Sie schweben in globalen Sphären und haben die ureigensten Interessen ihres Volkes aus dem Gesichtsfeld verloren. Und dabei haben Sie auch nicht mitbekommen, dass andere Länder Europas ihre nationalen Interessen wiederentdecken und ihre Grenzen vor weiteren illegalen Zuzügen schützen. Sie stehen nun mit Ihrer Politik so ziemlich alleingelassen da.

Viele Ihrer Parteimitglieder beziehungsweise Regierungsmitglieder üben sich schon im inneren Aufstand, noch verdeckt und nicht öffentlich, aber das wird auch bald kommen. Noch zieht die Gängelung Ihrer Macht, die Sie in letzter Zeit gern und mit Sturheit ausüben. Aber wer zu hoch fliegt, der wird tief fallen. Und das Volk, dessen Stimme Sie nicht mehr hören, wird Sie dann wohl kaum noch auffangen.

Kalkutta

Von Bodo Bost

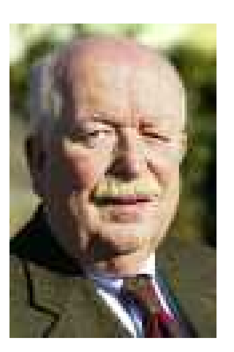
Mit moralischer Überheblichkeit führen grünlinke Politiker eine Kampagne für die Armutswanderung von Süd nach Nord. Ähnlich agieren auf dem Mittelmeer sogenannte humanitäre Flüchtlingshelfer, die mit einer kaum zu übertreffenden Selbstgefälligkeit vorgeben, Menschen aus Seenot zu retten, oft aber mit den kriminellen Schleusern zusammenarbeiten und als Nebeneffekt die Attraktivität der Einreise nach Europa erhöhen. Doch gerade wer Verfolgten helfen will, muss darauf achten, dass nur jene in der EU aufgenommen werden, die Aussicht auf Asyl haben. Anders ausgedrückt: Um das Asylrecht zu retten, müssen die anderen abgehalten werden. Armutsflüchtlinge fallen nicht unter das Asylrecht. Seenotretter sollten eigentlich die bei der Rettung nächstgelegenen Häfen anlaufen. Die meisten der sogenannten Bootsflüchtlinge werden aber 30 Kilometer vor der libyschen Küste aufgenommen. Trotzdem bestehen die Kapitäne der Rettungsschiffe darauf, die mehrere hundert Kilometer entfernt gelegenen italienischen Häfen anzulaufen. Niemand zwingt sie jedoch, europäische Hafen anzulaufen. Es gilt zwar, dass Seenotrettung eine moralische Pflicht ist, aber richtig ist auch das Zitat von Peter Scholl-Latour: „Wer halb Kalkutta aufnimmt, hilft nicht etwa Kalkutta, sondern wird selbst zu Kalkutta.“



Es half, ganze Generationen von Ferngesteuerten hervorzubringen: Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland, hier die Mitglieder des Parlamentarischen Rates bei seiner Unterzeichnung am 23. Mai 1949

Bild: pa

Gegenwind



Warum Wladimir Putin so polarisiert

Von Florian Stumfall

Mag sein, dass der US-amerikanische Präsident Donald Trump nicht ein Schulbeispiel diplomatischer Weisheit oder strategischer Brillanz darstellt, doch eine seiner Überlegungen sollte man sich zu Herzen nehmen. In seiner deutlichen Art stellte er die Frage: „Diese dummen Leute, wie soll man denen noch erklären, dass gute Beziehungen zu Russland, zu China, zu jedem anderen Land eine gute Sache und keine schlechte Sache sind?“ Doch so viele Politiker, Kommentatoren und Politologen sich über Trumps geistige Fitness auch mokieren mögen – eine Antwort auf diese Frage hat noch keiner von ihnen gefunden.

Was hier angesprochen ist, wird noch etwas dringlicher, wenn man ein wenig in der Zeitgeschichte zurückgeht, in die Epoche des Kalten Krieges. Damals war das völlig anders. Russland war nicht Russland, sondern die Sowjetunion, eine der grausamsten Diktaturen der europäischen Geschichte, und der freie Westen musste sich mit ihr arrangieren. Wegen der gemeinsamen geistigen Verwandtschaft durch den Marxismus fiel das der Linken naturgemäß leichter als den Bürgerlichen. Ungeachtet der Brutalität des Systems und der Deutlichkeit, mit der man dessen Ableger in der Mitte und dem Osten Deutschlands beobachten konnte, entwarf die SPD ein Konzept des „Wandels durch Annäherung“, das zur Grundlage der sogenannten „Brandt'schen Ostpolitik“ wurde.

> **Die Kolumne**: Zwei Publizisten reden Klartext. Immer abwechselnd, immer ohne Scheuklappen und immer exklusiv in der *PAZ*. Dem Zeitgeist „Gegenwind“ gibt der konservative Streiter Florian Stumfall. „Frei gedacht“ hat Deutschlands berühmteste Querdenkerin Eva Herman.

Dieser Begriff gehört in Anführung, weil er das Gegenteil von dem bezeichnet, was er vortäuscht. Es gab nie eine Bonner Ostpolitik. Alles, was in den Ostverträgen steht, war vom 24. bis 26. April 1967 im böhmischen Karlsbad von den Führern der „Kommunistischen und Arbeiterparteien“ des Ostblocks festgelegt worden als das Maximum kommunistischer Zielvorgabe ihrer Politik gegenüber dem Westen. Brandt musste nur unterschreiben, was schon längst feststand. Er tat es, quittierte damit Josef Stalins Kriegsbeute, erhielt dafür den Friedensnobelpreis, und angefangen bei der gesamten linken Presse bis hin in die Geschichtsbücher wurde und wird die grandiose Täuschung der „Brandt'schen Ostpolitik“ gefeiert bis zum Ende aller Zeiten.

Auch wenn es sich dabei um Trug und Irrtum handelt, so steht doch eines fest: Damals hatte die Überzeugung, dass gute Beziehungen zu gleich welchem Land besser sind als schlechte, noch Wirkkraft. Doch wann hat sich das geändert? Und warum am Beispiel Russland?

Paradigmatisch stehen dafür die Sanktionen, welche die EU und die USA verhängt haben. Man muss sich den Vorgang, der dazu führte, in Erinnerung rufen. Angeführt von den USA mit der CIA, verschiedenen Nicht-Regierungsorganisationen und der Hilfe aus der EU führte in der Ukraine der Westen einen Putsch durch. Als in dessen Verlauf der russischen Minderheit der Gebrauch ihrer Sprache, des Russischen, verboten wurde, gab es dort Widerstand. Daraufhin entsandte Präsident Petro Poroschenko Militär in den Osten, wo es bis heute gegen die eigenen Landsleute kämpft.

Diese Ereignisse dienen dazu, Russland mit Sanktionen zu bestrafen – so einfach geht das: Der Westen macht einen Putsch und bestraft Russland dafür. Dabei hat sich Moskau in den Zwist nie eingemischt, zumindest nicht militärisch, denn sonst wäre er längst zu Ende. Dass man den Russen auf der anderen Seite ein wenig mit Ausrüstung hilft, darf man allerdings getrost annehmen.

Für die westliche Propaganda ist es sehr wichtig, dass der ukrainische Bürgerkrieg zu keinem Ende kommt, denn er dient als Beleg für die Verworfenheit russischer Politik und man braucht ihn als Vorwand für das ganze Bündel von Vorwürfen, mit denen man Russland systematisch zudeckt. Allein die Behauptung, Russland bedrohe seine Nachbarn, dient als Erklärung dafür, dass sich die NATO an die russischen Grenzen herangeschoben hat, im Baltikum bis auf Artillerie-Schussweite von St. Petersburg. Die Behauptung dient als Rechtfertigung, dass die USA weltweit an die 1000 Militärbasen außerhalb des eigenen Landes unterhalten, gegenüber dreien, über die Russland verfügt; sie muss als Erklärung herhalten, dass sich die EU – über die NATO hinaus – militarisiert; sie soll eine lange Reihe von Putschen, gewaltsamen Regierungswechseln und Revolutionen in allen möglichen Ländern rechtfertigen, die vor allem von der CIA und verschiedenen Organisationen unter anderem des George Soros durchgeführt wurden; sie dient als Begründung, dass die USA ihren Militäretat in diesem Sommer von rund 620 Milliarden Dollar auf 700 Milliarden aufgestockt haben.

Russland hat in derselben Zeit seine Ausgaben fürs Militär um 20 Prozent gekürzt, von 60 Milliarden auf knapp 55 Milliarden. Das bedeutet also: 700 Milliarden in den USA stehen gegen keine 60 in Russland. Dennoch wird Russland als die Gefahr schlechthin dargestellt. Wäre es anders, so verlöre die gesamte US- und NATO-Weltpolitik ihre Grundlage und Ausrichtung. Ihren Weltmachtambitionen wäre ebenso die Basis entzogen wie der geheimen Herrschaft des militärisch-industriellen Komplexes sowie der Geheimdienste in den USA.

Dabei geht es freilich nicht nur um den militärischen Aspekt. Als Pendant zur Beschwörung Russlands als Bedrohung der Welt dient der Demokratie-Export der USA, jedenfalls dessen, was man dort unter Demokratie versteht und wovon man meint, dass sich alle Länder der Welt danach richten und sich politisch entsprechend organisieren müssten. Wer auch nur etwas zu weit von dieser Vorgabe abweicht, riskiert, zerbombt zu werden, wie Länder wie der Irak, der Jemen, Libyen oder Syrien zeigen. Doch die Erkenntnis, auch von der NATO könnte eine Gefahr ausgehen, wird daraus nicht gewonnen.

> **Der Autor**: Florian Stumfall ist ein christsoziales Urgestein. Unter anderem war der 1943 geborene promovierte Politikwissenschaftler ein Vierteljahrhundert lang Redakteur beim „Bayernkurier“. In mehreren Büchern hat er das Zeitgeschehen aus konservativer Weltsicht aufs Korn genommen.

Die geballte Propaganda gegen Russland kulminiert aus naheliegenden Gründen in der Person Wladimir Putins, des Präsidenten. Als während der 90er Jahre der kranke und weitgehend hilflose Boris Jelzin im Moskauer Kreml regierte, war dieser im Westen Russland wohlgelitten und in der Völkerfamilie heimisch. Russland war in die G7 aufgenommen und Jelzin tat weitgehend, was ihm seine von Washington entsandten und fest bestallten US-Berater einflüsterten. Das änderte sich schlagartig mit der Präsidentschaft Putins. Er regierte im Interesse seines Landes. Damit hatte er sich die NATO und all jene, die dort das Wort führen, zum Feind gemacht.

Natürlich ist Putin die Ideal-Besetzung für die Rolle, die er in der NATO-Propaganda zu spielen hat. Und hier geht die Sache auch über die Politik hinaus und wird zum gesellschaftlichen und kulturellen Ereignis. In der Welt des Westens herrscht ein Gesellschafts- und Familienbild, in dem der Mann gelitten wird, wenn er häkelt, Zucchini zieht und mit Binnen-I spricht.

Demgegenüber ist Putin das Bild eines virilen Mannes und ruft so das Entsetzen aller westlichen Gleichberechtigungs- und Frauen-Power-Propheten hervor, das über den Anlass hinaus politisch extrapoliert und so zur Propaganda missbraucht wird. Ein Mann, der dies alles tut, so die Suggestion, der kann nur schlecht sein, abgrundtief schlecht. Und ein Demokrat ist er auch nicht. Es ist selten, dass sich in einem einzelnen Menschen ein Gesellschaftsbild so deutlich personifiziert, und im Falle Putin fördert es neben allem anderen seine Beliebtheit in Russland. Jedenfalls danken es ihm die Russen, dass er in ihrem Sinne handelt und nicht im dem der NATO.

Liberté, Egalité, Ostfriesentee

Geboren um zu blödeln – Otto Waalkes verteilt Spaßgeschenke zum eigenen 70. Geburtstag

Der Spaßmacher der Nation, Otto Waalkes, wird 70 und lüftet in einem Buch und einer ZDF-Sendung letzte Geheimnisse über sich selbst.

Kurz vor seinem runden Geburtstag gibt Otto gern mal den Springteufel, der überall da auftaucht, wo man ihn am wenigsten erwartet. Einige Damen der Hamburger Gesellschaft werden bald das Vergnügen haben, bei Herrn Waalkes mit Blick auf die Elbe zum Tee zu sitzen – ein Gewinn beim Lady's Lunch. Kuchen, so der Gastgeber, sei bitte mitzubringen. Unlängst hoppelte er bei einem Konzert des Pianisten Joja Wendt über die Bühne, und kaum, dass die Zuschauer zu klatschen begannen, war er schon wieder in den Kulissen verschwunden. Am 22. Juli wird Otto nun 70 und nimmt in seiner Rolle als Reporter „Harry Hirsch" die eigene Fährte auf („Geheimakte Otto Waalkes", Sonntag, 22. Juli, 22 Uhr, ZDF). Was er wohl herausfinden wird?

Längst ist der Ostfriese mit dem lichten Haar seine eigene Legende. Was davon der wahre Otto ist, weiß er womöglich selbst nicht mehr. Sogar seine jüngst erschienene Autobiografie „Kleinhirn an alle" trägt den Untertitel „Nach einer wahren Geschichte".

Generationen von Reportern haben versucht, dem Schelm die Maske vom Gesicht zu reißen. Wer versteckt sich hinter dem zappelnden Kasper, dem kindlichen Komiker, dem ewigen Clown? Generationen von Reportern sind daran gescheitert. Unvergesslich das angestrengt ernsthafte Interview für eine große Programmzeitschrift, das Otto endlich indigniert unterbricht: „Jetzt frag mal was Lustiges, deine Leser wollen doch lachen!"

Wenn aus Anlass des Jubiläums etwas Ernsthaftes zu vermerken wäre, dann die Fähigkeit zur Reflexion: Wie Humor funktioniert, erklärt er in seiner 400-Seiten-Rückschau in ehrfurchtgebietender Akribie mit Querverweisen auf Woody Allen oder Groucho Marx, von Loriot bis Karl Valentin.

„Ich bin kein maßgeblicher Zeitgeist-Deuter, doch im Nachhinein bin auch ich etwas klüger", schreibt Waalkes. „Der kleinste gemeinsame Nenner meiner Generation war das Antiautoritäre." Mit langen Haaren fing das an, mit der gnadenlosen Veralberung der deutschen Sprache und all seiner Autoritäten, auch der klerikalen, ging es weiter. Motto: Liberté, Egalité, Ostfriesentee.

1970 wechselte der junge Mann mit dem Fusselhaar von Emden nach Hamburg, um Kunst zu studieren. Auch das nicht wirklich ernsthaft. Stattdessen wird er „Warm Upper" im Bremer Musikladen und macht etwa Stimmung für „Insterburg und Co". Es folgen erste Auftritte im Hamburger Folklore-Schuppen „Dannys Pan", Begegnung mit seinem späteren Manager Hans-Otto Mertens sowie die Gründung der Plattenfirma „Rüssl Räckords", weil keine Plattenfirma Mitschnitte seiner Auftritte haben will. Dann der Durchbruch in der Hamburher Konzerthalle „Fabrik", die erste LP „Otto" – von da an tingelt der Ostfriese wie im Märchen vom Sterntaler durch seine Karriere und sammelt mit seinem schmalen Hemd die Erfolge auf.

Seine Selbsterkenntnis lautet: „Die Legende, dass jeder Künstler kämpfen müsse, wurde in diesen frühen 70er Jahren reihenweise widerlegt." 1974 strahlte der WDR die erste „Otto-Show" aus, einen Tag vor dem WM-Endspiel, Deutschland gegen Niederlande (2:1) – die Einschaltquoten waren ähnlich. Es folgten ungezählte Bühnenshows, und seine Ottifanten wurden ein Verkaufsschlager. Nach einem vorübergehenden Stopp seiner Tour und TV-Auftritte, taucht er 1988 mit „Ronnys Popshow" im ZDF wieder auf und lieh dem äffischen Moderator die Stimme. Seine Leinwandauftritte in „Otto – Der Film" (1985) und „7 Zwerge – Männer allein im Wald" (2004) gehören mit neun beziehungsweise sieben Millionen Zuschauern zu den erfolgreichsten deutschen Kinofilmen. Mit fast kindlicher Spiellaune mischte er die Szene auf, mal auf der Bühne, mal dahinter. Ab 2002 feierte er Erfolge als Synchronsprecher von Sid, dem lispelnden Eiszeit-Faultier im ersten von mehreren „Ice-Age"-Filmen.

Sein Geheimnis? „Don't get into anything political", hatte John F. Kennedy einst dem Komiker Jerry Lewis geraten, seit jeher Ottos Vorbild. Heißt auf Deutsch: Bloß nicht politisch werden. Lewis' deutscher Zwilling hält sich bis heute daran, schon aus Selbstschutz. „Katastrophen nehme ich mir so zu Herzen, dass ich kaum noch auftreten könnte, wenn ich mir deren Tragweite völlig bewusst machen würde." Otto steht für „Comic relief", das erleichternde Lachen, das bei ihm selbst dann funktioniert, wenn er von der kinderfressenden Hexe im Wald singt.

Wenn er nun als „Harry Hirsch" die eigene Geschichte untersucht, ist viel Dankbarkeit dabei: Vor allem seinen Gagschreibern gegenüber, die er Anfang der 70er Jahre bei der Satirezeitschrift „Pardon" kennenlernte – der unvergessene Satiriker Robert Gernhardt zählte dazu oder Bernd Eilert, der auch beim aktuellen Buch mithalf. Dann natürlich auch Manager Hans-Otto Mertens oder Horst Wendtland, der seine ersten Filme produzierte.

Gab es keine Einbrüche beim Höhenflug? Durchaus. Otto beklagt das Scheitern seiner ersten Ehe mit Manu, seiner Umtriebigkeit geschuldet. Die zweite mit der Schauspielerin Eva Hassmann nahm er auf die leichte Schulter und resümiert in der Rückschau, beide Frauen hätten den Idolen seiner Kindheit geähnelt: Manu der Bardot, Hassmann der Monroe. Und er sei mächtig stolz, mit zwei so schönen Frauen zusammengelebt zu haben.

Weitere Eingeständnisse: Seit er 1980 bei einem Hotelbrand in Las Vegas in letzter Sekunde aus dem 26. Stock entfloh, darf sein Management nur Zimmer in niedrig gelegenen Etagen buchen. Außerdem verliert er ungern beim Tennis und kann schlecht „Nein" sagen. Geschenkt. Ottos Imperium umfasst neben Grundbesitz in Hamburg-Blankenese und Florida eine Briefmarke, die Ehrenbürgerschaft in seinem Heimatort Emden, ein „Otto-Huus" dortselbst, geleitet von seinem Bruder Karl-Heinz, und ein weiteres Geheimnis, das in wenigen Wochen gelüftet werden soll.

Ab September nämlich präsentiert das Hamburgische Museum für Kunst und Gewerbe den Humoristen als Künstler. Otto persifliert Manet, Munch, Cézanne, David Hockney wie Roy Lichtenstein und enttarnt, wer Marilyn Monroe auf jenem berühmten Foto in Wahrheit unter den Rock gepustet hat. Das ist womöglich die unglaublichste Enthüllung des rasenden Reporters: Der Clown ist ein richtig guter Maler. Wer hätte das geahnt! *Anne Martin*



Bild: ZDF/Tom Hafner

Rückschau am Deich: Otto im ZDF-Film „Geheimakte Otto Waalkes – Harry Hirsch auf Spurensuche"

MELDUNGEN

Breminale mit ESC-Vierten

Bremen – Am Osterdeich steigt vom 25. bis 29. Juli die 31. Breminale. Beim Kulturfestival wird auch Sänger Michael Schulte erwartet, der beim Eurovision Song Contest Platz vier belegte. Da der Eintritt zu den Live-Konzerten frei ist, geriet die Breminale zuletzt in finanzielle Probleme, wurde aber vom Senat gerettet. *tws*

Lennés Gärten in Schlesien

Ratingen – Die Wanderausstellung „Meisterhaft wie selten einer ... Die Gärten des Peter Joseph Lennés zwischen Schlesien und Pommern" ist vom 22. Juli bis 21. Oktober im Oberschlesischen Landesmuseum Ratingen (Bahnhofstraße 62) zu sehen. Die zweisprachig auf Deutsch und Polnisch konzipierte Ausstellung über den bedeutendsten Landschaftsarchitekten des 19. Jahrhunderts bietet einen Überblick über die 30 von Lenné gestalteten Gärten in den ehemaligen östlichen Provinzen Preußens. www.oslm.de *tws*

Preußen-Pause im Kutschstall

Potsdam – Wegen Bauarbeiten am Kutschstall bleibt das dort beheimatete Haus der Brandenburgisch-Preußischen Geschichte vom 22. Juli bis 21. August geschlossen. Damit endet auch die Dauerausstellung „Land und Leute. Geschichten aus Brandenburg-Preußen", die seit 2003 über eine halbe Million Besucher anzog und die im Oktober 2020 durch „Brandenburg.Ausstellung" ersetzt wird. Die Zeit bis dahin überbrückt vom 22. August an das „Intermezzo – Der Kutschpferdestall 1790 bis 2020". *tws*

Nonnen und ihre Schätze

Ausstellung zum 200. Jahrestag der Klosterkammer Hannover

Unbeschadet überstanden in Niedersachsen zahlreiche Frauenklöster und Damenstifte die Reformation, weil der Adel sie als Versorgungsanstalten für ihre unverheirateten weiblichen Familienmitglieder erhalten wissen wollte. Die Nonnen und Stiftsdamen mussten allerdings zum evangelischen Glauben übertreten. Im Jahr 1818 bestimmte das von Georg IV. für das Königreich Hannover erlassene „Patent über die Errichtung einer allgemeinen Klostercammer", dass die Einkünfte aller hannoverschen Frauenklöster einen gemeinsamen Fonds bilden.

Den verwaltet seit nunmehr 200 Jahren die Klosterkammer Hannover als heute weisungsunabhängige Landesbehörde. Mit den Erträgen, die die Klosterkammer vor allem aus der Bewirtschaftung des Grundbesitzes erzielt, finanziert sie den Erhalt von 800 Gebäuden sowie 12 000 Kunstwerken – und betreut die 15 „belebten" evangelischen Frauenklöster und Damenstifte. Die dort wohnenden 100 alleinstehenden Damen widmen sich geistlichen, sozialen und kulturellen Aufgaben.

Das 200. Gründungsjubiläum wird mit der Ausstellung „Schatzhüterin" im Landesmuseum Hannover gefeiert. Sie veranschaulicht die vergangenen und gegenwärtigen Lebenswelten der 15 bewohnten Klöster und Stifte, die teils über 1000 Jahre alt sind. Die „Konventualinnen" genannten Klosterfrauen behüten wertvolle Kunstwerke, Dokumente und Alltagsobjekte, zu denen die im Kloster Wienhausen aufgefundene älteste Brille der Welt gehört. Neben dieser Sehhilfe aus dem 14. Jahrhundert sind rund 200 weitere Klosterschätze ausgestellt.



Bild: Klosterkammer Hannover/Harald Koch

Puffens Äbtissinnenstab

Viele Schaustücke stammen aus vorreformatorischer Zeit. Das für das Kloster Wennigsen geschaffene „Retabel mit Tod und Auferstehung Marias" ist eines der raren großformatigen Tafelbilder des 13. Jahrhunderts. Von höchster Qualität ist das um 1330/40 für das Kloster Wienhausen geschaffene Glasfenster, das Petrus und Paulus abbildet. Bemerkenswert ist die trotz des Glaubenswandels gepflegte Traditionsverbundenheit und Erinnerungskultur der Frauengemeinschaften, wie das Beispiel des Andenkens an die Edelfrau Helmburgis zeigt. Sie gründete 995 das zu Hessisch Oldendorf gehörende Kanonissenstift Fischbeck. Die Kanonissen widmeten ihr rund 300 Jahre später eine farbig gefasste wertvolle Holzskulptur, die bis heute hoch in Ehren gehalten wird.

Margaretha Puffen ließ 1494 zu ihrem Amtsantritt als Äbtissin des südlich von Lüneburg gelegenen Klosters Medingen einen kostbar mit architektonischem Zierrat und kleinen Heiligenfiguren aus vergoldetem Silber geschmückten Stab anfertigen. Dieser Äbtissinnenstab ist eines der Glanzlichter der Jubiläumsschau – aber keineswegs bloß ein reines Museumsstück. Denn bis heute wird dieser Stab zu festlichen Anlässen von der Äbtissin des Klosters geführt. *Veit-Mario Thiede*

Bis 12. August im Landesmuseum Hannover, Willy-Brandt-Allee 5, geöffnet Dienstag bis Freitag 10 bis 17 Uhr, Sonnabend und Sonntag 10 bis 18 Uhr. Eintritt: 10 Euro. Telefon (0511) 9807686, Internet: www.landesmuseum-hannover.de. Der Katalog aus dem Sandstein Verlag kostet im Museum 29,90 Euro.

Drama in Bildern

»Entfesselte Natur« – In Hamburg jagt eine Katastrophe die andere

Es kann nie schaden, mit den Pfunden zu wuchern, die man hat. So müssen immer wieder die wenigen Exponate, die in einem Museum über die Stadtgrenzen hinaus bekannt sind, als werbewirksames Vorzeigestück herhalten, um die herum sich alles drehen soll. Hätte die Hamburger Kunsthalle nicht Caspar David Friedrichs berühmtes Gemälde „Das Eismeer" zu bieten, wäre es wohl kaum zur Ausstellung „Entfesselte Natur" gekommen, bei der es bis zum 14. Oktober um Katastrophen in Bildern seit dem 17. Jahrhundert geht.

„Das Eismeer" selbst stellt eine gescheiterte Polarexpedition dar: Ein Segelschiff zerbirst unter gigantischen Eisschollen. Friedrich selbst war nie in der Polarregion, er kannte Expeditions-Tragödien nur vom Hörensagen und Eisgänge bekanntlich nur als Augenzeuge von der zugefrorenen Elbe.

Treten Katastrophen ein, dann hat der Mensch wie im „Eismeer" nur noch eine Nebenrolle. Feuersbrünste, Vulkanausbrüche und Erdbeben bieten genug voyeuristisch anzuschauendes Spektaktel. Eine ganze Nachrichtenindustrie lebt heutzutage mit ihren bewegten Bildern von diesen Dramen. In früheren Zeiten versuchten Maler, mit Standbildern nicht einfach nur Katastrophen zu dokumentieren, sondern die Hybris des Menschen allegorisch abzubilden, der gegen Sintfluten und andere Unglücke biblischen Ausmaßes machtlos ist.

Die Macht der Bilder, durch die eine Katastrophe überhaupt erst ins kollektive Gedächtnis rückt, stellt die Kunsthalle in über 200 Gemälden, Aquarellen und Zeichnungen von rund 100 Künstlern vor. Vertreten ist sogar Goethe, der den Ausbruch des Vesuv im Jahr 1787 oder einen Bergsturz in der Schweiz zeichnerisch festhielt. Als Dichter faszinierten ihn Katastrophen, denn das Wort entstammt der Theatersprache, wo es den Wendepunkt des Dramas bezeichnet. Die Apokalypsen, die man früher Unheil oder Unglück nannte, verlangten nach einer sprachlichen Steigerung.

Und so wird man also an Katastrophen erinnert, die in der Vergangenheit die Menschheit bewegten: der Brand von London oder der von Hamburg 1842, wobei erstmals die Daguerreotypie ein Inferno massentauglich verbreitete, ferner das Erdbeben von Lissabon, dessen Folgen erst spät künstlerisch verarbeitet wurden, oder die Explosion des Pulverturms in Delft 1654 mit vielen Opfern sowie der Untergang des Auswandererschiffes „Austria" 1858 mit über 450 Toten. Auch am Untergang des Schiffes „Medusa" wird erinnert, wenngleich man Théodore Géricaults monumentales Louvre-Bild „Das Floß der Medusa" mit den zum Kannibalismus gezwungenen Überlebenden nicht nach Hamburg holen konnte. Dafür hat man ja Friedrichs „Eismeer". *Harald Tews*



Bild: Hamburger Kunsthalle/bpk/Elke Walford

Vom Eis zermalmtes Segelschiff (rechts): „Das Eismeer"

Geöffnet Dienstag bis Sonntag 10 bis 18 Uhr, donnerstags bis 21 Uhr, Eintritt: 14 Euro. Der Katalog kostet in der Ausstellung 29 Euro. www.hamburger-kunsthalle.de.

»Vater der Atombombe« – wider Willen

Mit der Entdeckung der Kernspaltung öffnete Otto Hahn ein neues Zeitalter

Welch Widerspruch: Zeitlebens setzte sich der Chemiker Otto Hahn für die friedliche Nutzung der Kernenergie ein und doch musste er nach seiner Entdeckung der Kernspaltung mit dem Beinamen „Vater der Atombombe“ leben. Für die Entdeckung der Kernspaltung erhielt er 1944 den Nobelpreis für Chemie. Vor 50 Jahren, am 28. Juli 1968 starb Hahn im Alter von 89 Jahren in Göttingen.

Bis 1938 glaubten Naturwissenschaftler fest, dass durch den Beschuss von Uran mit Neutronen radioaktive Metalle entstehen, die sogenannten Transurane, die schwerer als Uran sind. Es galt als unmöglich, dass schwere Atomkerne in leichtere zerfallen könnten. Genau das aber war passiert, als Hahn gemeinsam mit seinem Assistenten Fritz Straßmann im Dezember 1938 eine mit Neutronen bestrahlte Uranprobe untersuchte. Statt des erwarteten Transurans fanden die Wissenschaftler Spuren des Elements Barium. Und das ist leichter. Das entscheidende Experiment fand am 17. Dezember 1938 statt. Hahn deutete das Ergebnis wider alle Wissenschaft: Der Urankern war zerplatzt und in mittelschwere Atomkerne zerfallen. Mit der „Radium-Barium-Mesothorium-Fraktionierung“ wurde die Kernspaltung entdeckt. Und erkannt!

Zuvor hatte Hahn gemeinsam mit der Physikerin Lise Meitner und Straßmann seit längerer Zeit an Atomen experimentiert. Meitner, mit der er seit 1907 zusammenarbeitete und mit der ihn eine tiefgehende Freundschaft verband, konnte bei diesem Durchbruch der Wissenschaft nicht dabei sein. Die beiden Wissenschaftler veröffentlichten gemeinsam 50 Publikationen, entdeckten neue radioaktive Substanzen, aber den Nachweis der Kernspaltung erlebte Meitner in der Emigration. Sie war eine in Wien geborene Jüdin. Nach dem Anschluss Österreichs hielt Hahn die Kollegin für gefährdet. Er überzeugte sie, nach Schweden zu emigrieren. Nach einer letzten Nacht im Haus des Ehepaares Hahn in Berlin-Dahlem, beschenkt mit einem Brillantring aus der Erbschaft Hahns, floh Meitner über die Niederlande. Sie war nicht die einzige, der das Ehepaar Hahn in der Bedrängnis durch die Nationalsozialisten half.

Hahn und Meitner blieben weiter in Kontakt, er schrieb ihr ausführlich über den Fortgang der gemeinsam begonnenen Versuche, bat um Erklärung, wenn ihm ein Vorgang rätselhaft blieb. So war Meitner die erste, die Hahn über die Uranspaltung informierte. Die Kollegen seines Instituts wussten nichts von dem Brief. Basierend auf dieser Mitteilung des Freundes Hahn lieferten Meitner und ihr ebenfalls nach Schweden emigrierter Neffe Otto Robert Frisch schon im Februar 1939 die theoretische Erklärung für das Experiment. Sie wurde in der englischen Zeitschrift „Nature“ veröffentlicht. Darin schätzte Frisch die freigesetzte Energie auf 200 Millionen Elektronenvolt. Dabei schrieb er von „nuclear fission“, damit war der Begriff Kernspaltung in der Welt. Kurz zuvor hatten Hahn und Straßmann in der Zeitschrift „Die Naturwissenschaften“ berichtet. Aus dem von Hahn verwendeten Begriff „Uranspaltung wurde später die „Kettenreaktion“. Sowohl Meitner als auch Straßmann bescheinigten Hahn das alleinige Verdienst, die Kernspaltung erkannt zu haben. In einer späteren Würdigung schrieb Meitner: „Die Entdeckung der Kernspaltung durch Hahn und Straßmann hat ein neues Zeitalter in der Geschichte der Menschheit eröffnet.“



Im Kaiser-Wilhelm-Institut für Chemie 1913: Otto Hahn und Lise Meitner Bild: National Archives

Das wurde weltweit erkannt. Und wie so häufig, wurden zuerst die militärischen Möglichkeiten untersucht. An vorderster Front forschten Russland, England und die USA nach dem zerstörerischen Potenzial der späteren Atombombe. Meitner wurde von den Engländern und US-Amerikanern zur Mitarbeit aufgefordert. Sie lehnte ab. In Deutschland nahm 1941 der Uranverein seine Arbeit auf. Er warb um die Mitarbeit Hahns, doch der winkte ebenfalls ab, die technische Realisierung der Kettenreaktion interessiere ihn nicht.

Im Februar 1944 zerstörte eine Bombe das von Hahn seit 1928 geleitete Kaiser-Wilhelm-Institut für Chemie. Hahn verlagerte sein Institut nach Tailfingen in Württemberg.

Dort in Tailfingen, dem heutigen Albstadt, spürten alliierte Spezialeinheiten Hahn auf. Mit den Wissenschaftlern Max von Laue, Walther Gerlach, Werner Heisenberg und Carl Friedrich von Weizsäcker, den führenden Köpfen der Atomforschung also, wurde er schließlich nahe Cambridge interniert. Wissen war Kriegsbeute. Alle hatten mit dem Uranverein zu tun gehabt, Hahn und Laue ausgenommen. Abgeschottet von der Welt, erfuhren die Wissenschaftler am 6. und 9. August vom Abwurf der Atombomben auf Hiroshima und Nagasaki. Hahn, der sich bewusst war, dass er die Grundlage für diese Massenvernichtung geliefert hatte, dachte an Selbstmord. Insgeheim hatte er als Gegner der Nationalsozialisten auf einen Sieg der Alliierten gehofft, und nun setzten die US-Amerikaner diese Waffe ein. Hahn, der stets eine ausschließlich friedliche Nutzung der Kernenergie wollte, wurde zum Pazifisten, der für die Abrüstung stritt in einer Zeit, in der die Politik wieder aufrüstete. Nach dem erfolgreichen Abwurf der Atombomben erlosch das Interesse an den klugen Köpfen, die deutschen Wissenschaftler durften bereits im Januar 1946 nach Deutschland zurück.

Im Dezember jenes Jahres überreichte König Gustav V. von Schweden den Nobelpreis für Chemie „für seine Entdeckung der schweren Atomkerne“. Es war ein schwerer Weg dorthin. Der Preis war ihm bereits 1944 zuerkannt worden. Das wurde jedoch nicht veröffentlicht, da Hahn während der NS-Diktatur hätte ablehnen müssen. Also wartete man bis zum 16. November 1945. Doch zu der Zeit befand sich Hahn noch im Internierungslager. Folglich musste ein weiteres Jahr abgewartet werden. Es war eine späte Anerkennung mit Hindernissen. Zum ersten Mal war Hahn 1914 vorgeschlagen worden. Es folgten 21 Nominierungen. Und eigentlich, befand eine ehemalige Mitarbeiterin, die 1938 emigrieren musste, hätte „er einen zweiten Nobelpreis verdient, den Friedensnobelpreis.“ *Klaus J. Groth*

Revolution am Frühstückstisch

Die Erfindung der Cornflakes begann mit Bauchgrimmen

In der Geschichte der Erfindungen hat eine geniale Idee oft nicht nur einen Vater. Am 1. August vor 125 Jahren erhielt der US-Amerikaner Henry Perky das US-Patent für die Produktion von „shredded wheat“, einem Müsli aus Weizen. Wenig später brachte der promovierte Arzt John Harvey Kellogg Cornflakes, Frühstücksflocken aus gekochtem, breitgewalzten und anschließend getrockneten Mais, meist Zucker und weiteren Zutaten, auf den Markt.

Das klassische US-amerikanische „breakfast“, bestehend aus Spiegeleiern, Speck und Pfannkuchen mit Ahornsirup, lag dem Rechtsanwalt und Geschäftsmann Perky aus Ohio schwer im Magen. Sein Bauchweh und seine Blähungen setzten eine Revolution auf den Frühstückstischen in Gang. Angeblich kam ihm der Gedanke, einen magenfreundlichen Ersatz für die morgendlichen Kalorienbomben zu erfinden, als er bei einem Hotelaufenthalt einen Gast gekochte Getreidekörner mit Sahne löffeln sah. Wie sich herausstellte, handelte es sich bei ihm um einen Leidensgenossen. Der berichtete, dass er durch das Getreidemahl von allen Übeln befreit sei. Perky stellte seine Ernährung um. Er aß mehrmals täglich „shredded wheat“, geschroteten, gekochten und getrockneten Weizen, und erklärte sich bald für geheilt.

Der 1843 in Ohio geborene Perky war ebenso wie Kellogg der Sohn eines Farmers. Er studierte Rechtswissenschaften und arbeitete bei verschiedenen Eisenbahngesellschaften. Mit einem Partner gründete er eine Eisenbahnfabrik, die einen zylinderförmigen Waggon aus Stahl herstellte. Die Erfindung wird Perky zugeschrieben. Der „Steel Railway Car“ fand zwar große Aufmerksamkeit, aber keine Abnehmer. Als ein Feuer die Produktionsanlage vernichtete, stand der Anwalt vor dem Nichts. Aber er ließ sich nicht entmutigen. Nun wurde er zum Gesundheitsapostel, ohne seinen Geschäftssinn zu vernachlässigen. Seine Idee: Das Frühstück sollte weder den Magen belasten noch der Hausfrau Arbeit machen. „Cookless breakfast food“ und „Ready to eat“ sollte es sein.



Bild: F.S. Blanchard & Co./CF

Henry Perky

Von einer Bäckerei ließ er Biskuits aus geschrotetem Weizen backen. Sie hatten die Form von kleinen Kissen und sahen sehr appetitlich aus. Um das Produkt bekannt zu machen, verteilte er persönlich Kostproben. Die „Knusperkissen“, 1895 als „Design of Biscuit“ patentiert, wurden ein Hit. 1901 baute Perky eine Fabrik an den Niagarafällen. Er nannte sie „Palace of Light“. Das Weiß eines Kopfkissens war die dominierende Farbe in dem Gebäude. Zur Einweihung servierte er Honoratioren und Presseleuten ein Spezial-Menü: einen Drink aus Weizen, geröstetem Truthahn mit Weizenfüllung und Eis aus Weizen. Ob es allen Gästen geschmeckt hat, ist nicht bekannt. Der „Palast des Lichts“ war ausgesprochen arbeitnehmerfreundlich. Er hatte eine Kantine und Duschen für die Angestellten. Das Mittagessen kostete zehn Cent für die Männer, die Frauen aßen kostenlos. Vom Dachgarten aus konnten die Mitarbeiter in der Mittagspause den herrlichen Blick auf die Niagarafälle genießen. Die Packungen mit den Frühstückskeksen, die millionenfach die Fabrik verließen, zierte groß das Knusperkissen, dahinter klein die Wasserfälle.

Perky wurde ein reicher Mann. Kellogg hatte weniger Glück. Der 1852 in Michigan geborene Erfinder der Erdnussbutter betrieb in Battle Creek ein Sanatorium für Menschen mit Übergewicht und Verdauungsstörungen. Auch er hielt geschrotetes Getreide für das beste Heilmittel bei Problemen mit Magen und Darm. In der Diätküche der Battle-Creek-Klinik experimentierte er mit Getreideflocken, die er „Granose“ nannte.

Kellogg war von missionarischem Eifer beseelt. Ihm ging es darum, seine Landsleute vor den schädlichen Folgen der Zivilisation zu bewahren. Die aßen noch immer, als müssten sie schwere Planwagen ziehen und Indianerland urbar machen. Neben seiner Arbeit in der Klinik schrieb er Bücher über gesunde Ernährung wie „Proper Diet for Man“, die Bestseller wurden. Zeitweise ließen sich 1200 Menschen pro Jahr in seiner Klinik behandeln. Prominente wie Henry Ford, Sarah Bernhardt, Thomas Alva Edison und die Pilotin Amelia Earhart kurten mit Granose zum Frühstück, literweise Wasser, Rohkost und Leibesübungen in Battle Creek.

Der Arzt mit dem imposanten Schnauzbart war eine schillernde Figur, die den Zeitungen pikanten Stoff lieferte. Die Spezialität seines Sanatoriums waren tägliche Einläufe, die sich auch der Chefarzt selbst verabreichen ließ. Seine Vorliebe dafür wurde ihm als sexuelle Verirrung ausgelegt, zumal Kollegg meinte, der Geschlechtsverkehr vergifte den Köper und sei die Ursache von Krankheiten. Er selbst lebte enthaltsam, die Ehe mit seiner Frau soll er nicht vollzogen haben. Das Paar adoptierte sieben Kinder. Die Hollywoodkomödie „Willkommen in Wellville“, in der Anthony Hopkins den skurrilen Arzt spielt, wurde ein Kassenschlager. Gemeinsam mit seinem jüngeren Bruder Will gründete Kellogg einen Versandhandel für Produkte aus Battle Creek. Daraus entwickelte sich die Produktion von Cornflakes, die er 1894 durch ein Patent schützen ließ. Zum Bruch zwischen den Brüdern kam es, als Will den Cornflakes Rohrzucker zusetzen wollte. Das vertrug sich nicht mit der Überzeugung des Arztes, dass Süßes schädlich sei. Bei einem Gerichtsprozess unterlag John Harvey Kellogg. Sein Bruder durfte gezuckerte Cornflakes produzieren. Die beiden sprachen nie wieder miteinander. Die vom Jüngeren gegründete Kellogg's Cornflakes Company ist heute die bekannteste Müslimarke. Wegen des hohen Zuckeranteils werden industriell hergestellte „Cerealien“ von Ernährungswissenschaftlern als Dickmacher abgelehnt. John Harvey Kellogg hatte also recht gehabt, aber das half ihm nicht. Seine geschmacksneutralen Flocken wurden kein Erfolg. In der Zeit der Großen Rezession musste er seine Klinik schließen und blieb auf drei Millionen US-Dollar Schulden sitzen. Sein Bemühen um die Gesundheit der US-Amerikaner setzte er unerschüttert fort. Er gründete den Club der Hundertjährigen mit dem Versprechen, jeder könne mit seiner Diät dieses hohe Alter erreichen. Er selbst schaffte es nicht ganz. Der „King of Cornflakes“ starb mit 91 Jahren, Perky, der „King of Shredded Wheat“, wurde nur 62 Jahre alt.

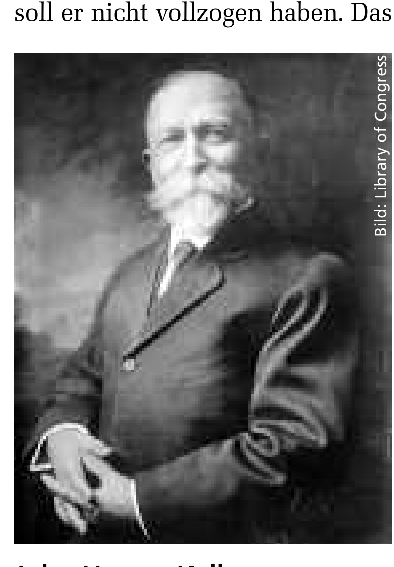


Bild: Library of Congress

John Harvey Kellogg

Leo von Loevitz

»Nur ein toter Indianer ist ein guter Indianer«

Vor 50 Jahren gründeten die Ureinwohner Nordamerikas das American Indian Movement

Was manche in der Gegenwart für die Europäer fürchten, erlebten und erlitten die Ureinwohner Nordamerikas ab 1608 als bittere Realität: Verdrängung aus den angestammten Lebensräumen durch immer größere Massen von Zuwanderern, Vernichtung der eigenen kulturellen und religiösen Traditionen sowie nahezu vollständige physische Ausrottung.

„Nur ein toter Indianer ist ein guter Indianer“ – so lautete das erklärte Credo von General Philip Sheridan, ab 1883 Oberbefehlshaber des US-Heeres. Damit fasste er das in Worte, was vor ihm schon zahlreiche andere weiße Amerikaner gedacht und zum Motto ihres Handelns gemacht hatten. Schon lange vor der Proklamation der Vereinigten Staaten begann die Ausrottung der Ureinwohner der „Neuen Welt“ mit der Ankunft britischer Kolonisten, die 1607 Jamestown im Stammesgebiet der Powhatan gründeten. Hier brach 1608 der erste englisch-indianische Krieg aus, dem 1637 der Pequot-Krieg folgte. Bereits während dieser Auseinandersetzung kam es zum ersten großen Massaker. Dabei töteten die Briten unter Captain John Mason um die 700 Mitglieder des Stammes der Pequot.

Allerdings wurden die Indianer anfangs weniger mit Waffengewalt als durch aus Europa eingeschleppte Infektionskrankheiten wie Pocken, Masern, Keuchhusten, Diphtherie, Grippe, Typhus, Cholera, Scharlach und Syphilis dezimiert. Das illustriert eindrucksvoll, welche medizinischen Gefahren alleine schon von größeren transkontinentalen Menschenströmen ausgehen. Erreger, an die sich eine Population im Laufe vieler Jahrhunderte mehr oder weniger angepasst hat, vermögen nicht resistente Völker in anderen Regionen der Erde innerhalb kürzester Zeit auszulöschen. Wie viele Ureinwohner Nordamerikas hierdurch starben, kann nur geschätzt werden. Experten wie Alfred W. Crosby von der University of Texas in Austin gehen davon aus, dass 75 bis 90 Prozent der Indianer den fremdartigen Viren oder Bakterien erlagen. Wenn die Zahl der indigenen Menschen im Gebiet der heutigen USA und Kanadas um 1500 tatsächlich – wie vielfach vermutet – bei bis zu 20 Millionen gelegen hat, ergäbe das eine erschreckend hohe Zahl von Toten. Auf jeden Fall wäre die Eroberung Nordamerikas durch die Weißen ohne die Epidemien für diese wohl kaum so einfach gewesen.


Bild: Library of Congress

Allegorische Verklärung der Indianervertreibung: Das Gemälde „American Progress“ von John Gast aus dem Jahre 1872

Die krankheitsbedingte dramatische Verminderung der Zahl der Indianer reichte indes nicht aus, um Konflikte mit den Neuankömmlingen zu vermeiden – zu groß war der Landhunger der Siedler und deren permanenter Drang, immer weiter nach Westen vorzustoßen. Denn es wurden ja auch ständig mehr, die Platz und ein Auskommen suchten. Von 1620 bis 1770 wuchs die Zahl der Weißen in Nordamerika von 2000 auf 2,2 Millionen und 1900 waren es bereits 67 Millionen.

Um den verbliebenen Indianern ihr Land zu rauben, gab es drei Wege. Zuerst schloss man Verträge ab, die dann aber nicht eingehalten wurden. Allein die US-Regierung brach 370 formelle Übereinkünfte mit den Ureinwohnern des Landes.

Später begann die Verdrängung der Indianer in Reservate. „Wir werden gezwungen sein, sie wie Tiere aus den Wäldern in die Felsengebirge zu treiben“, orakelte der dritte US-Präsident und Hauptverfasser der Unabhängigkeitserklärung, Thomas Jefferson, schon 1803. Den Startschuss hierzu gab der Indian Removal Act, ein Gesetz aus dem Jahre 1830, mit dem der Kongress in Washington die Vertreibung aller Indianer aus den Gebieten östlich des Mississippi legalisierte. Dabei wurden Stämme wie die Cherokee zu regelrechten Todesmärschen gezwungen, bei denen Tausende umkamen. In ihrer neuen, vom Staat zugewiesenen „Heimat“ angekommen, konnten die Indianer sich nicht mehr frei bewegen und nur noch unzureichend ernähren.

Schließlich führten das US-Militär und Milizen unzählige Vernichtungskriege gegen die Indianer, die explizit deren Ausrottung dienen sollten. Diese Methode hatte in Nordamerika Tradition, ging sie doch bis in das Jahr 1694 zurück, als ein Gericht in Massachusetts erstmals Belohnungen für jede getötete „Rothaut“ aussetzte. Später feuerten dann Schreibtischtäter wie der Verleger William N. Byers die Mörderbanden an. Am 4. April 1863 schrieb er in seinen „Rocky Mountain News“, der größten Tageszeitung Colorados, „der einzige Weg“, mit Indianern umzugehen, bestehe darin, „einen Vernichtungskrieg gegen sie zu führen“.

Und so kam es nicht nur zu Kampfhandlungen gegen ungleich schlechter bewaffnete Krieger unter Einsatz von Artillerie und Schnellfeuerwaffen, sondern auch zu zahlreichen Massakern an der Zivilbevölkerung. Besondere Bekanntheit erlangten dabei Massenmorde wie der von Sand Creek am 29. November 1864. Damals töteten Angehörige zweier Kavallerieregimenter unter Colonel John M. Chivington 133 Cheyenne und Arapaho, darunter 105 Frauen und Kinder. Anschließend paradierten die Täter durch Denver und zeigten stolz ihre Trophäen aus dem Massaker: abgeschnittene Geschlechtsteile, Ohren und Haarschöpfe samt Kopfhaut.

Durch die Eliminierung vieler Indianerstämme gelang es den USA, ihr Territorium bis zur Küste des Pazifik auszudehnen. Die vorgebliche Berechtigung hierzu ergab sich aus der 1845 formulierten Doktrin der „Manifest Destiny“, der zufolge der weiße Amerikaner die „offensichtliche Bestimmung“ hat, über den ganzen nordamerikanischen Kontinent zu herrschen.

Zum Ende des 19. Jahrhunderts, als schließlich die Indianerkriege offiziell für beendet erklärt wurden, lebten von den einstmals Millionen Ureinwohnern auf dem Gebiet der USA gerade noch 267 000. Aber auch diese klägliche Restpopulation sollte nach dem Willen der US-Behörden verschwinden. Dabei setzten sie nun vor allem auf das Mittel der Zwangsassimilation. So wurden zahlreiche Indianerkinder gewaltsam aus ihren Familien herausgerissen und in Internatsschulen erzogen, um sie ihrer Kultur und ihrem Volk zu entfremden. Das zeitigte allerdings nur begrenzte Erfolge.

Am 2. Juni 1924 erhielten die Indianer dann pro forma die US-amerikanische Staatsbürgerschaft, blieben aber trotzdem noch jahrzehntelang Menschen zweiter Klasse. In Reaktion hierauf wurde am 28. Juli 1968 das American Indian Movement (AIM, Amerikanische Indianerbewegung) gegründet. Seitdem kämpfen die Indianer in den USA zunehmend erfolgreicher um ihre Rechte und konfrontieren deren Gesellschaft mit dem früheren Genozid an ihnen.

Wolfgang Kaufmann

An der Spitze Ostpreußens in schwerer Zeit

Vor 150 Jahren wurde Adolf Tortilowicz von Batocki-Friebe, Oberpräsident der Provinz im Ersten Weltkrieg, geboren

Am 31. Juli 1868 wurde Adolf von Batocki (Max Johann Otto Adolf Tortilowicz von Batocki-Friebe) geboren. Er ging in die Geschichte Ostpreußens als herausragender Politiker, Jurist und Ökonom ein, als Patriot und Humanist, der bereit war, sowohl dem Reich als auch dem einfachen Fischer der Ostsee zu helfen.

Batocki wurde auf dem 1381 gegründeten und drei Kilometer von Cranz entfernten Gut Bledau geboren, das in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts in den Besitz der Familie Tortilowicz von Batocki-Friebe übergegangen war. Das Gutshaus wurde dreimal Opfer von Bränden: 1694, 1913 und 1923. Es wurde stets wiederaufgebaut und erhielt sein heutiges Aussehen durch den Meisterarchitekten Graf von Hochberg, einen Anhänger des neobarocken Stils.

Batocki übernahm im Alter von 22 Jahren als ältester Sohn die Verwaltung des 3075 Hektar großen Gutes Bledau. Von 1900 bis 1907 war er Landrat des Kreises Königsberg.

Im Jahr 1908 wurde in Königsberg eine Straße nach dem hochgebildeten und talentierten Ökonomen mit Hochschuldiplom benannt, doch schon früher, 1901, gab es eine Batockistraße in Cranz. Die Bewohner des Städtchens hatten beschlossen, dem großzügigen Batocki zu danken, der aus christlicher Nächstenliebe den Fischerfamilien ein Stück Land (Bezirk Klein Berlin) für den Bau von neuen Wohnungen geschenkt hatte, da sie ihre Häuser durch einen Sturm verloren hatten. Er schenkte ihnen nicht nur das Land, sondern gab ihnen auch das Geld für den Hausbau. Auch die evangelische St. Adalbertkirche in Cranz lebte überwiegend von dem Geld des Mäzens von Batocki.


Bild: Ostsee Verlag, Raisdorf/CF

Adolf von Batocki

Zwei Monate nach dem Ausbruch des Ersten Weltkriegs, am 1. Oktober 1914, wurde Batocki Oberpräsident Ostpreußens und Vorsitzender der Hilfskommission für die Front. Als Staatssekretär der Lebensmittelabteilung spielte Batocki eine wichtige Rolle bei dem Wiederaufbau Ostpreußens während und nach den verheerenden Kriegsereignissen. Dank seiner Arbeit und seines Talents gelang es in diesen für Deutschland so düsteren Tagen, Wochen, Monaten und Jahren, das Leid der Zivilbevölkerung der Provinz, in der schwere Kämpfe stattfanden und viel verwüstet wurde, zu lindern.

In den 1930er Jahren übergab Batocki sein Gutshaus der Königsberger Universität Albertina als Studentenwohnheim, während er mit seiner Familie ins benachbarte Wosegau in ein kleines Dorfhaus umzog. Dort lebte er bis zu seinem letzten Tag, dem 22. Mai 1944. Zu seiner Beerdigung auf dem Familienfriedhof in Bledau kamen unzählige Menschen aus den Provinzstädten.

Das Gebäude des Gutshauses Bledau (Sosnowka) ist gut erhalten. Auf Beschluss der Regierung des Königsberger Gebiets vom 23. März 2007 hat es den Status eines Kulturgutes von städtischer Bedeutung erhalten. Der Park, der das Anwesen umgibt, gilt als wissenschaftlich und gesundheitlich wertvoll. 1985 wurde er als Naturdenkmal anerkannt. Es gibt dort viele alte Bäume – spitzblättrigen Ahorn, amerikanischen Ahorn, Eschen, Sommereichen und verschiedene Kieferarten. Das Alter der einzelnen Bäume beträgt bis zu 200 Jahre.



Batockis Geburtsort: Gut Bledau — Bild: Privatsammlung Dvoretski

Viele Jahre war hier ein Internat für taubstumme Kinder untergebracht. Nach dem Fall des Eisernen Vorhangs kamen an den historischen Ort, an dem behinderte Kinder betreut werden, Dutzende Male ehemalige Bewohner von Cranz zu Besuch, meist Mitglieder der Kreisgemeinschaft Fischhausen. Die Kinder kennen den Ort, an dem sie wohnen, genauso wie die Geschichte des Guts und deren ehemaligen Besitzer. In der Schule gibt es viele Kopien von historischen Dokumenten aus Archiven, interessierte Menschen haben sogar einen Film über Batocki gedreht.

Auf Initiative der Lehrerin Lidija Seredina wird heimatkundliche Forschung betrieben. Im vergangenen Jahr hat sie sich überlegt, wie man das Jubiläum des großen Landsmanns feiern könnte, um ihm dafür zu danken, dass heute russische Kinder an solch einer einzigartigen Ecke im Samland leben können. Es kam die Idee auf, den alten Familienfriedhof wieder herzurichten, der in der Sowjetzeit gelitten hatte, und ein Zeichen zum Gedenken aufzustellen. An der Schule sollte eine Gedenktafel mit dem Porträt Adolf von Batokkis angebracht werden mit Dankesworten der heutigen Bewohner von Gut Bledau und von Cranz. Vieles wurde bereits unternommen, der Großteil des Geldes wurde gesammelt – es fehlt lediglich ein befestigter Weg von der Chaussee zum Gutshaus und ein 250 Meter langer Weg in den Park. Seredina ist überzeugt, dass sie ihre Pläne umsetzen wird und dass ein neuer Anziehungspunkt im Gebiet entsteht, zu dem russische und deutsche Gäste kommen werden. „Es ist unsere moralische Pflicht, an einen Mann zu erinnern, der den Reichtum und die Schönheit dieses Landes vervielfacht hat“, sagte die russische Lehrerin.

Evgeny Dvoretski

Moment der Woche

Bild: Imago

Im Urlaub sind wir ein wenig lockerer, und leider nicht selten auch unachtsamer. Daher ist unsere Ferienzeit die Hochsaison für Diebe und Betrüger weltweit.

Durch Flughäfen und Bahnhöfe schallen daher längst regelmäßige Lautsprecherdurchsagen, die uns ermahnen, unser Gepäck nie unbeaufsichtigt zu lassen. Doch es lauern etliche weitere Fallen. So berichten Urlauber im „Spiegel“, dass ihre Kreditkarten selbst in noblen Restaurants „ausgelesen“ worden seien und jemand später versucht habe, auf ihre Kosten einzukaufen. Barzahlung ist also immer noch das Sicherste. Ein Leser behauptet sogar, er sei in der Passagierkontrolle des Flughafens von Dubrovnik bestohlen worden. Als Täter käme hier eigentlich nur das Sicherheitspersonal in Frage.

Die Sachen immer fest am Mann

Andere erzählen von den alten Tricks wie „aus Versehen“ anrempeln und beklauen oder Ablenkungsmanöver durch inszenierte Streitereien. Der beste Rat: Die eigenen Sachen immer fest am Körper tragen. *H.H.*

Auch Darwin ist nicht Gott

Die Evolutionstheorie weist nach wie vor erstaunliche Lücken auf

Vor 160 Jahren, im Juni 1858, zwang ein Päckchen von der Pazifikinsel Ternate den wohl bekanntesten Naturwissenschaftler der Neuzeit endlich dazu, der Öffentlichkeit Rechenschaft über seine 20 Jahre zuvor begonnenen Forschungen abzulegen. Bereits 1838 war in Charles Darwin die Idee gereift, dass sich sämtliche Lebensformen auf der Erde aus einem Prozess von Mutation und natürlicher Selektion herausgebildet haben.

Schnell im Verdacht des christlichen Fundamentalismus

Jahrelang versuchte er seine Theorie durch das Sammeln weiterer Belege zu stützen. Erst als ihm sein britischer Forscherkollege Alfred Russel Wallace ein Manuskript aus der Südsee zur Prüfung zusandte, in dem er zu ähnlichen Schlüssen gelangte, sah sich Darwin zum Handeln genötigt. Schon im Juli 1858 wurden das Ternate-Essay von Wallace und der Entwurf von Darwins unveröffentlichten Schriften zum Prinzip der Selektion der Welt vorgestellt. Ein Jahr später veröffentlichte Darwin sein Hauptwerk „Über die Entstehung der Arten“ und begründete die moderne Evolutionstheorie.

Noch heute gelten die Annahmen der beiden als zentral für die Ausbildung verschiedener Spezies. Doch auch, wenn sich die Evolutionstheorie durchgesetzt hat, lassen sich mit ihr zwar viele, aber nicht alle Aspekte der biologischen Entwicklung erklären. Kritiker indes laufen Gefahr, in das Lager christlicher Fundamentalisten verortet zu werden.

Laut Darwin fußt die Entfaltung unterschiedlicher Lebensformen auf natürlicher Auswahl. Nur die Arten, die optimal an ihre Umwelt angepasst sind, überleben dauerhaft, wogegen jene, denen dies nicht gelingt, dem Untergang geweiht sind. Da hiermit jedoch nur das Überleben und der Tod von einzelnen Lebensformen erklärt wird, bauten die Evolutionsbiologen zusätzlich das Element der Mutation in ihre Theorie ein.

Sie soll den eigentlichen Fortschritt bei der Weiterentwicklung des Lebens erklären. Danach treten bei einzelnen Lebewesen gelegentlich spontane Veränderungen des Erbguts ein. Führt diese Mutation dazu, dass dieses Lebewesen aufgrund der genetischen Abweichung eine Eigenschaft ausbildet, die eine bessere Anpassung an seine Lebenswelt mit sich bringt, so hat es im Daseinskampf größere Aussichten darauf, sein verändertes Erbgut an seine Nachkommen weiterzugeben, was dazu führt, dass sich die Mutation ausbreitet und schließlich in der Entstehung einer neuen Art mündet.

Dieses Modell ist eine plausible Erklärung für eine Vielzahl von Entwicklungsprozessen. Doch gerade bei höher entwickelten Lebensformen oder bei sich rasch ändernden Umweltbedingungen stößt diese Theorie an Grenzen. Zum einen müsste die durch Mutation bedingte neue Eigenschaft in der weiteren Erbfolge nach Möglichkeit dominant sein, um sich rasch ausbreiten zu können, und zum anderen darf sie nicht dazu führen, dass hierdurch – insbesondere bei sich sexuell fortpflanzenden Lebewesen – eine Weiterverbreitung ausgeschlossen ist. Ein Tier, welches aufgrund einer spontanen Erbgutveränderung in der Lage ist, ein Enzym auszubilden, welches ihm hilft, die knapper werdende Nahrung in einer sich klimatisch wandelnden Welt besser zu verwerten, wäre ein gutes Beispiel für eine gelungene evolutionäre Anpassung.

Schwieriger ist es, erhebliche physische Veränderungen mit diesem Modell zu erklären. So sind Fledermäuse und Flughunde die einzigen Säuger, die aus eigener Kraft fliegen können. Ihre entwicklungsgeschichtliche Herkunft ist umstritten. Vielfach wird angenommen, dass sie sich mit Paarhufern und Walen einen gemeinsamen Vorfahren teilen. Fliegen zu können, bringt Vorteile. Die Frage ist jedoch, wie sich diese Eigenschaft entwickelt hat. Wenn vor rund 50 Millionen Jahren ein vierbeiniges Säugetier einen Nachkommen geboren hätte, der – statt über zwei Vorderläufe – über einen funktionsfähigen Flugapparat verfügte, ist kaum anzunehmen, dass er unter den Artgenossen einen Partner gefunden hätte, der die Weitergabe dieser Eigenschaft ermöglicht hätte.

Selbst wenn dies doch so gewesen sein sollte, wäre es statistisch höchst unwahrscheinlich, dass sich dieses Merkmal durchgesetzt hätte. Nähme man andererseits an, dass sich ein solcher Flugapparat über hunderte Generationen erst allmählich entwickelt hat, so hätten sämtliche Angehörigen dieser Zwischenstadien mit erheblichen Einschränkungen ihrer Beweglich-

Die Entwicklung der Fledermäuse lässt sich so nicht erklären

keit zu kämpfen gehabt, denn die vorderen Gliedmaßen hätten sich bei jedem Nachkommen verlängert, schnelles Laufen oder Greifen wären zunehmend unmöglich geworden und das Ausbilden von Hautlappen an den vorderen Extremitäten hätten zusätzliche Erschwernisse gebracht. Tatsächlich wurden nie Fossilien solcher Übergangsformen gefunden. Dies gilt auch für andere Arten und insbesondere für die angenommene Entwicklung des Menschen aus dem Affen. Eine plausible Erklärung dieser Umstände ist die moderne Biologie bis heute schuldig geblieben. Die Evolutionstheorie sollte daher als das behandelt werden, was sie ist: eine Theorie und kein Dogma. *D.P.*

»Rassismus« ohne Rassen

In der Ideologie unbedingter Gleichheit ist der Rassebegriff verpönt – selbst die Wissenschaft wird in diesem Sinne manipuliert

Es ist paradox: „Rassismus“ wird verdammt, gleichzeitig bestreiten die „Anti-Rassisten“ die Existenz menschlicher Rassen. Hier beißt sich die Katze nicht bloß ideologisch in den Schwanz. So leugnet Politik auch wissenschaftliche Erkenntnisse und erstickt den Forscherdrang.

Der Vorwurf, ein Rassist zu sein, gehört wohl zu den schwerwiegendsten Anschuldigungen, mit denen jemand in einer Auseinandersetzung konfrontiert werden kann. Obgleich diese Bezichtigung mittlerweile derart inflationär verwendet wird, dass selbst die Kritik an der islamischen Religion ausreichend sein kann, um so beschimpft zu werden, sollte mit dem Begriff Rassismus ursprünglich nur eine Einstellung beschrieben werden, nach der Menschen aufgrund ihrer Rasse kategorisiert und beurteilt werden.

Interessant ist dabei, dass es nach dem heute in der westlichen Welt vorherrschenden Verständnis gar keine Menschenrassen gibt. Im Jahr 2000 erließ der Europäische Rat gar eine sogenannte Antirassismus-Richtlinie (RL 2000/43/EG), in der er feststellt: „Die Europäische Union weist Theorien, mit denen versucht wird, die Existenz verschiedener Rassen zu belegen, zurück.“

Augenfällig ist das hohe Maß an geistiger Akrobatik, das die Schöpfer der Richtlinie unternehmen, um zu dem gewünschten Ergebnis zu kommen, denn – streng genommen – kann ein Merkmal, das es gar nicht gibt, auch kein taugliches Kriterium für eine Unterscheidung und damit für eine Benachteiligung sein. Dennoch taucht das Wort „Rasse“ allein an 26 Stellen des Dokuments auf.

In Teilen der biologischen Forschung wird der Begriff der „Rasse“ in Bezug auf den homo sapiens heute abgelehnt. Grund hierfür ist einerseits die fehlende Trennschärfe dieses Terminus, aber im Wesentlichen der Umstand, dass alle Menschengruppen untereinander in der Lage sind, fortpflanzungsfähige Nachkommen zu zeugen.

Trotz aller Ideologie lässt es sich kaum leugnen, dass ein Schwarzafrikaner anders aussieht als ein Nordeuropäer. Die Andersartigkeit wird in der Biologie damit erklärt, dass verschiedene Gruppen von Menschen im Verlauf ihrer Entwicklung in ganz anderen Umwelten leben mussten. So werden etwa die dunkle Hautfarbe und das gekräuselte Haupthaar von Schwarzen mit der starken Sonneneinstrahlung auf dem afrikanischen Kontinent erklärt.



Diversität: Schulmädchen afrikanischer und europäischer Herkunft Bild: Colourbox

Nach wie vor besteht in der Wissenschaft jedoch eine Kontroverse, ob sich diese Unterschiede zwischen einzelnen Ethnien auf rein äußerliche Charakteristika beschränken oder, ob es noch darüber hinausgehende und tiefer liegende Unterschiede gibt. Dies ist auch der Grund, warum sich die Diskussion um das Thema „Rasse“ nicht nur auf die eher akademische Frage nach einer angemessenen biologischen Klassifikation menschlicher Populationen beschränkt, sondern eine hochgradig politische Dimension hat, berührt sie doch den Kern des herrschenden Paradigmas von der prinzipiellen Gleichheit aller Menschen.

Bis in die 1990er Jahre galt die Existenz verschiedener menschlicher Rassen als selbstverständlicher Fakt. Durch die überspitzte biologistische Politik der Nationalsozialisten und ihrer Folgen war es nach dem Zweiten Weltkrieg jedoch verpönt, daraus irgendwelche Schlussfolgerungen abzuleiten. Forschungen zu diesem Themenfeld waren in Deutschland tabu, lediglich im angelsächsischen und sonstigen außereuropäischem Raum gab es vereinzelt noch wissenschaftliche Untersuchungen zu Differenzen zwischen verschiedenen Ethnien. Der Schwerpunkt lag zumeist im Bereich der Intelligenzforschung.

Zum Ende des vergangenen Jahrtausends wurden zunehmend Versuche unternommen, das Konzept der „Rasse“ vollends zu diskreditieren. Den entsprechenden Hebel hierzu sollte die Molekulargenetik bieten. In seinem Buch „Verschieden und doch gleich“ nahm der italienische Biologe Luigi Cavalla-Sforza nicht nur ein heute gängiges Narrativ der Politischen Korrektheit gedanklich vorweg, er erklärte die genetischen Unterschiede zwischen verschiedenen menschlichen Ethnien jenseits körperlicher Besonderheiten schlichtweg für unbedeutend.

Gestützt werden solche Aussagen auf das Argument, dass die genetische Varianz innerhalb einer ethnischen Gruppe größer sei, als die zwischen verschiedenen ethnischen Populationen, d. h., dass sich beispielsweise die Gesamtheit des Erbgutes eines beliebigen Isländers zu der eines anderen beliebigen Isländers durchschnittlich stärker unterscheidet, als die ethnisch bedingten genetischen Differenzen zwischen Isländern und Yanonami-Indianern allgemein ausmachen. Insgesamt seien alle Angehörigen der Art homo sapiens im Durchschnitt zu rund 99,5 Prozent genetisch miteinander verwandt, was eine Einteilung in verschiedene Rassen unnötig mache.

Zwar sind die Zahlen, mit denen hier operiert wird, korrekt, jedoch wurden diese auf methodisch angreifbare Weise ermittelt. Die Arbeiten der beiden Genetiker Cavalla-Sforza und Lewontin betrachteten die Varianz immer nur auf bestimmten Abschnitten eines menschlichen Erbstranges für sich allein genommen. Die Verteilung differiert dort tatsächlich genauso häufig zwischen den Angehörigen ein und derselben Ethnie wie zwischen den Angehörigen verschiedener Ethnien.

Die Zuordnung eines Individuums zu einer Ethnie oder einer – horribile dictu – Rasse wäre demnach eigentlich nicht möglich. Doch dies ist nicht der Fall. Der Trick, mit dem hier gearbeitet wird, lässt sich mit einer Analogie erläutern.

So könnte man einen Stuhl dadurch definieren, dass er in der Regel vier Beine hat, überwiegend aus Holz besteht und zumeist über eine Sitzfläche sowie eine Lehne verfügt. Betrachtet man jede dieser Eigenschaften für sich allein, ließe sich behaupten, dass auch ein Sofa über eine Sitzfläche verfügt, Pferde ebenfalls vier Beine haben und Schränke gleichermaßen aus Holz bestehen. Ebenso könnte man darauf hinweisen, dass einzelne Stühle mehr oder weniger als vier Beine aufweisen.

Mit einem derartigen Vorgehen lässt sich aber schlechterdings nicht leugnen, dass es so etwas wie Stühle überhaupt gibt, denn sinnvollerweise müssen die genannten Merkmale in der Zusammenschau betrachtet werden, auch wenn einzelne Stühle nicht über alle genannten Eigenschaften verfügen oder gänzlich andere Gegenstände einzelne Merkmale von Stühlen ebenfalls überwiegend teilen. Mit modernen DNS-Tests lässt sich durch eine solche Zusammenschau heute sehr wohl die ethnische Herkunft eines Menschen mit hoher Zuverlässigkeit ermitteln.

Auch die Aussage, dass sämtliche homo sapiens auf dem Planeten im Durchschnitt zu 99,5 Prozent dieselben Erbanlagen miteinander teilen, bietet beim Weg-

In Asien wird dennoch weitergeforscht

erklären von ethnischen Unterschieden keinerlei Mehrwert. Das Genom eines Schimpansen und eines Menschen gleichen sich im Durchschnitt ebenfalls zu 98,7 Prozent und dennoch würde sich wohl niemand einem chirurgischen Eingriff durch einen Affen unterziehen, selbst wenn man diesen zuvor intensiv dafür trainiert hätte.

Anders als in Europa wird das Konzept der Rasse in anderen Regionen der Erde nicht in Bausch und Bogen verdammt. Gerade im ostasiatischen Raum haben sich Naturwissenschaftler und Mediziner in den vergangenen beiden Jahrzehnten intensiv mit den Unterschieden zwischen einzelnen Ethnien befasst und hieraus neue Erkenntnisse über den Menschen gewonnen. Wer das Thema Diversität, jenseits der offiziellen Deklarationen von Politikern, wirklich ernst nimmt, der kommt künftig nicht umhin, auch in Europa die Forschung von alten ideologischen Tabus zu befreien.

Dirk Pelster

Das Ostpreußenblatt

Nr. 29 – 20. Juli 2018

Wie ein Fest unter Freunden

Königsberg zieht nach vier WM-Spielen eine positive Bilanz – Das Bild vom »bösen Russen« hat sich gewandelt

Die Fußball-WM 2018 ist vorbei und in Königsberg zieht man eine insgesamt positive Bilanz über den Verlauf der Spiele und der Feste in der Stadt.

Nie hat das Königsberger Gebiet so viele Gäste gesehen wie während der Fußball-WM 2018. Zeit, sich in der Gebietshauptstadt die Frage zu stellen, was ihr die WM gebracht hat und was davon in Erinnerung bleiben wird.

Die Stadt hatte sich gründlich auf das Großereignis vorbereitet. Einige Objekte, die noch vor Beginn des Großereignisses fertiggestellt werden sollten, wurden auf Eis gelegt, wie zum Beispiel der Plan, anstelle des Zentralmarkts einen vorübergehenden Fußballplatz einzurichten. Im Frühling dieses Jahres wurde der alte Markt abgerissen, doch der Platz wurde nie fertig und ist bis heute eingezäunt. Umgerechnet vier Millionen Euro aus dem städtischen und dem Staatshaushalt wurden für verschiedene Projektpläne ausgegeben. Doch seit zwei Monaten passiert überhaupt nichts mehr. Händlern, die auf dem Zentralmarkt gearbeitet haben, ist der Zugang zu ihren Waren nicht mehr möglich, da auch die geplante Renovierung des Marktgebäudes nicht erfolgt ist.

Die einzige sichtbare Modernisierung des Stadtzentrums ist auf dem Steindamm vom Hotel „Kaliningrad“ bis zum Hansaplatz zu sehen. Die Fassaden der Hochhäuser wurden im „Pseudo-Hansestil“ erneuert. Häuser vom Südbahnhof bis zum Kneiphof blieben dagegen unberührt. Dort, wo hastig Fassaden verschönert wurden, wie in der Hufenallee gegenüber dem Stadion Baltika bröckelte bereits ein Stuck-element ab. Ein Fußgänger, der gerade vorbeiging, konnte gerade noch ausweichen.

Das größte WM-Objekt war natürlich der Stadionneubau für 35 000 Zuschauer im Wert von umgerechnet 235 Millionen Euro. Es ist das teuerste Bauwerk in der Nachkriegsgeschichte der Stadt.

Neben dem Stadion war der Hansaplatz der Hauptveranstaltungsort der WM, wo jeden Abend und die ganze Nacht nach den Spielen ausländische Fans und Russen gemeinsam feierten. Alles gab es dort: Tänze, Musik, das Spiel auf verschiedenen Instrumenten, und der Austausch mit gemeinsamen Selfies.



Fröhliche Stimmung: Belgische Schlachtenbummler im Zentrum von Königsberg Bild: J.T.

Der Platz beim Haus der Räte war Treffpunkt fürs gemeinsame Fernsehen für diejenigen, die keine Karten fürs Stadion bekommen hatten. Waren beim ersten Spiel noch relativ wenig Zuschauer gekommen, wurden es bei jedem mehr. Am Ende konnte die für 15 000 Menschen ausgelegte Fanzone nicht mehr alle aufnehmen. Wer nicht mehr auf den Platz kam, schaute von Ferne aus zu, entweder vom Oberteich oder von den Straßen, die für den Verkehr gesperrt waren.

Die vier Spiele, die in Königsberg stattgefunden haben, wurden von 132 000 Fußballfreunden besucht. Die zahlenmäßig meisten Gäste waren die Kroaten mit 12 000 angereisten Fußballbegeisterten.

Hotelbranche hat sich selbst geschadet

Zirka 25 000 Fußballfanatiker waren über die polnisch-russische Grenze nach Königsberg eingereist. Sie kamen aus Weißrussland, den USA, Spanien, Marokko, Frankreich, Holland, Belgien und Polen. Die exotischsten der innerostpreußischen Grenzgänger waren Schweizer. Sie hatten 1800 Kilometer auf einem Traktor der Marke „Buehrer“ aus dem Jahr 1964 mit einer durchschnittlichen Geschwindigkeit von 30 Kilometer pro Stunde zurückgelegt. Um die russische Grenze zu erreichen, hatten sie zwei Wochen gebraucht.

Besondere Vorfälle gab es nicht. Vorsorglich waren 4000 Polizisten mehr als üblich im Einsatz. Sie sorgten dafür, dass die Feiern auf dem Hansaplatz gegen 2 Uhr nachts beendet wurden. Die Bars und Restaurants im Zentrum, in denen das Bier in Strömen lief, konnten ebenso nichts Negatives berichten. Besonders begeistert war das Barpersonal von den kroatischen Fans. Die fröhlichsten und ausgelassensten waren die Spanier.

Damit die Besucher nicht nur ans Feiern dachten, sollten laut Beschluss des regionalen Ministeriums für Kultur und Tourismus die Museen nach den Spielen die ganze Nacht über geöffnet bleiben, doch da der Andrang sich in Grenzen hielt, schlossen sie bereits um 2 Uhr nachts.

Die Tourismusbranche der Region hat mit ihrer Preispolitik ein Eigentor geschossen: Statt zu bleiben verließen die meisten Gäste die Region unmittelbar nach Spielende wieder. Waren vor der WM auf den Buchungsportalen im Internet alle Hotels ausgebucht und die Preise drastisch überhöht, so gab es unmittelbar vor Spielbeginn plötzlich genügend freie Zimmer und die Internetseiten für Privatvermietungen überboten sich plötzlich mit Preisnachlässen: Für 50 Euro konnte man ein Doppelzimmer im Zentrum buchen. Eine Besonderheit gab es noch: Während einige versuchten, für Übernachtungen Spitzenpreise zu erzielen, gab es Königsberger, die Gäste völlig umsonst bei sich wohnen ließen, und das mit Vergnügen.

Von der WM haben die Kneipen und Restaurants rund um den Hansaplatz und das Einkaufszentrum Europa am meisten profitiert, da sich dort die meisten Besucher aufhielten.

Das Wichtigste für Königsberg ist jedoch, dass alles friedlich verlief, ohne Aggressionen und in der Atmosphäre eines Festes unter Freunden. Alle Befürchtungen der Polizei vor Ausschreitungen englischer Hooligans haben sich nicht bewahrheitet. Die Engländer verhielten sich ruhig und freundlich. Sie wunderten sich, dass die Russen so freundlich waren, wo doch die englische Presse davor gewarnt hatte, nach Russland zu reisen wegen der geopolitischen Zerstrittenheit der beiden Länder. Die Fans teilten dies auch mit Zufriedenheit den anwesenden englischen Journalisten mit, die daraufhin prompt umschwenkten, wie der „Independant“, der vor der WM ein wenig vorteilhaftes Porträt der Stadt veröffentlicht hatte. Er zitierte einen Fan: „Das ist alles nur Panikmache. Kaliningrad und ganz Russland sehen einfach genial aus.“ Für die meisten Fußballfans stand eben das Feiern ihrer Mannschaften ohne Politik im Vordergrund.

Die Königsberger bedauern, dass die schönen Erlebnisse, der Austausch und die Bekanntschaft mit ausländischen Gästen, die sie noch nie so erleben durften, nur von kurzer Dauer war. Das grandiose Fest ist vorbei und die Stadt kehrt zum üblichen Alltag zurück. Doch die vielen positiven Eindrücke werden bleiben. Die Königsberger freut, dass drei der vier Mannschaften, die in ihrer Stadt gespielt haben, weitergekommen sind: Belgien, Kroatien und England.

Jurij Tschernyschew

Der VdGEM feierte sein silbernes Jubiläum

Seit 25 Jahren setzt sich der Verband für die Belange der Deutschen im südlichen Ostpreußen ein

Vor 25 Jahren wurde in Bansen der Verband der deutschen Gesellschaften im ehemaligen Ostpreußen gegründet. Am 7. Juli wurde im großen Saal des Hotels Willa Pallas in Allenstein feierlich das Jubiläum des heutigen Verbandes der deutschen Gesellschaften in Ermland und Masuren (VdGEM) begangen. Neben den Vertretern der deutschen Vereine gratulierten polnische Partner aus der Region und deutsche aus Danzig und Oppeln.

Schon vor dem Vertrag über gute Nachbarschaft und freundliche Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Polen, vor allem aber danach entstanden in allen Landkreisen des südlichen Ostpreußens Gesellschaften der Deutschen Minderheit. Bei der Entstehung der Vereinsstruktur waren die Landsmannschaft Ostpreußen und ihre Heimatkreisgemeinschaften sehr behilflich. Um gerade die kleineren Mitgliedsvereine bei der administrativen Seite ihrer Tätigkeit zu unterstützen, wurde der heutige VdGEM aus der Taufe gehoben. Nach der Umbenennung kam mit dem Verein in Elbing erstmals eine Organisation dazu, die nicht im historischen Ostpreußen, aber in der heutigen Woiwodschaft Ermland-Masuren beheimatet ist.



Ein feierlicher Akt: Henryk Hoch mit einer Erinnerungsplakette vom Marschall der Woiwodschaft, in der Mitte Wiktor Marek Leyk, der Minderheitenbeauftragte des Marschalls, rechts Irena Telesz-Burczyk von der Minderheitenkommission des Sejmik von Ermland-Masuren Bild: Lech Kryszałowicz

Der katholische Seelsorger der Deutschen Minderheit, Domherr Andre Schmeier, sieht eine Schwierigkeit der Arbeit des VdGEM in der Vereinigung sehr unterschiedlicher Menschen und verglich sie mit dem Wirken von Maximilian Kaller, dem letzten deutschen Erzbischof des Ermlands, der am 7. Juli vor 71 Jahren starb. „Nach dem Zweiten Weltkrieg war er als Seelsorger des Papstes für sämtliche Ostflüchtlinge aus verschiedenen Kulturen zuständig. Sie kümmern sich hier um Menschen unter anderem aus dem Oberland, Ermland, Barten und Masuren. Seien Sie ihnen weiterhin ein Dach, seien Sie sich einig!“, appellierte er in seinem Grußwort an die Anwesenden.

„Zusammen sind wir stark, alleine schaffen wir gar nichts“, schlug Maria Neumann vom Verband der deutschen sozial-kulturellen Gesellschaften in Polen (VdG) in die gleiche Kerbe.

Als Dachverband der Deutschen Minderheit in Polen unterstützt dieser die Arbeit der deutschen Vereine vor allem über sogenannte Mittel für Projekte zur Wiederbelebung der Begegnungsstätten aus dem Etat des deutschen Innenministeriums. Gerade diese kleinen, aber feinen Veranstaltungen zeigten in den letzten Jahren Wirkung im Vereinsleben. Der VdGEM selber ist eher für überregionale Ereignisse wie Sommerfeste, Sommerolympiaden oder die Kinderfreizeit zuständig, hilft aber bei der Gewinnung von Mitteln vor allem für Gesangs- und Tanzgruppen, Sprachkurse und Adventsfeiern.

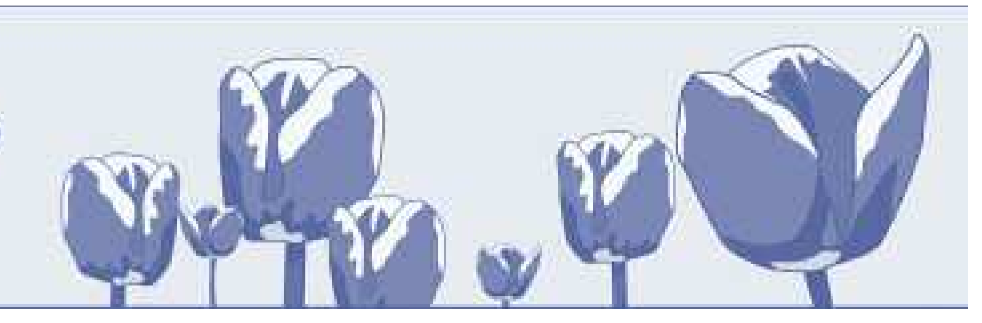
Bei seiner Vorstellung dieser vielfältigen Aktivitäten äußerte der VdGEM-Vorsitzende Henryk Hoch aber auch seine Sorge über die Zukunft der Vereine und des Verbands. Es sei schön, dass man jetzt so leicht aus dem südlichen Ostpreußen nach Berlin, Frankfurt oder Köln komme, aber: „unsere jungen Leute fehlen uns dadurch als Nachwuchs. Sie sind hier nicht so fest verwurzelt wie wir.“

Trost und Widerspruch bekam er postwendend von Wiktor Marek Leyk, dem Beauftragten für Minderheitenfragen des Marschalls von Ermland-Masuren, der seit dem Beginn sehr gut mit dem VdGEM zusammenarbeitet. Gewohnt humorvoll und ironisch stellte er fest: „Es ist ein Fortschritt, dass eine Fahrt nach Berlin inzwischen nur noch unwesentlich länger dauert als noch im Jahr 1898. Auch damals fuhren bereits viele Menschen nach Westen. Aber diese guten Verbindungen funktionieren doch in beide Richtungen.“

Auch die Vertreterin des Woiwoden von Ermland-Masuren Edyta Gadomska und Guiseppe Lo Coco vom deutschen Generalkonsulat in Danzig machten mit Lob für das bisher Erreichte und die wichtige Rolle der Minderheit im deutsch-polnischen Kontext dem VdGEM und seinen Mitgliedsvereinen Mut für die nächsten 25 Jahre. Ein nicht unbedeutendes Zeichen für die Bedeutung, die dem VdGEM von offizieller Seite zugemessen wird, war die Anwesenheit eines Kamerateams des lokalen öffentlichen Senders TVP3 Olsztyn beim offiziellen Teil der Feier. Und es ist sicher auch ein gutes Zeichen für die Zukunft, dass mit Michał Schlueter ein junger Mann aus Neidenburg als neuer Vizevorsitzender des VdG in Oppeln für die Jugendarbeit zuständig sein wird.

Uwe Hahnkamp

Wir gratulieren ...



ZUM 104. GEBURTSTAG

Staats, Erwin, aus Gollen, Kreis Lyck, am 26. Juli

ZUM 102. GEBURTSTAG

Göbel, Christel, geb. **Schulz**, aus Lyck, Hindenburgstraße 40, am 24. Juli

ZUM 98. GEBURTSTAG

Böhnke, Herta, geb. **Böhnke**, aus Genslack, Kreis Wehlau, am 22. Juli

ZUM 97. GEBURTSTAG

Burger, Dora, geb. **Josuttis-Siegenthaler**, aus Lyck, Bismarckstraße 36, am 26. Juli
Felke, Helene, geb. **Kaminski**, aus Dietrichsdorf, Kreis Neidenburg, am 23. Juli
Kurtz, Edeltraut, geb. **Liebich**, aus Prostken, Kreis Lyck, am 23. Juli
Litzbarski, Lene, geb. **Cybulla**, aus Gross Schläfken, Kreis Neidenburg, am 25. Juli
Sauer, Erika, geb. **Gottschling**, aus Kirpehnen, Kreis Fischhausen, am 25. Juli

ZUM 96. GEBURTSTAG

Griesel, Emmi-Wanda, geb. **Brussas**, aus Sentken, Kreis Lyck, am 25. Juli
Greifenberg, Hildegard, geb. **Kukowski**, aus Martinshöhe, Kreis Lyck, am 26. Juli

ZUM 95. GEBURTSTAG

Jortzick, Hildegard, aus Mulden, Kreis Lyck, am 20. Juli
Mäckle, Irmgard, geb. **Pallasch**, aus Altkirchen, Kreis Ortelsburg, am 23. Juli
Riecken, Hildegard, geb. **Glaubitt**, aus Steintal, Kreis Lötzen, am 23. Juli
Schimnossek, Elisabeth, aus Willkassen, Kreis Treuburg, am 25. Juli
Wagner, Heinz, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 25. Juli
Wasilewski, Mathilde, geb. **Kaminski**, aus Millau, Kreis Lyck, am 23. Juli

ZUM 94. GEBURTSTAG

Marzischewski, Heinz, aus Schönhorst, Kreis Lyck, am 23. Juli
Matzeit, Ella, geb. **Broszeit**, aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, am 25. Juli
Menzemer, Lieselotte, geb. **Karaschewski**, aus Regeln, Kreis Lyck, am 22. Juli
Niebler, Gertrud, geb. **Ryck**, aus Auglitten, Kreis Lyck, am 21. Juli
Schuba, Hildegard, geb. **Reetz**, aus Seedranken, Kreis Treuburg, am 24. Juli

ZUM 93. GEBURTSTAG

Abbott, Eva-Maria, geb. **Paprotka**, aus Treuburg, am 25. Juli
Ahlgrimm, Edith, geb. **Gaidies**, aus Moditten, Kreis Fischhausen, am 20. Juli
Dietrich, Heinz, aus Wehlau, am 20. Juli
Ewert, Ulrich, aus Sangnitten, Kreis Preußisch Eylau, am 25. Juli
Fiedrich, Karl, aus Altkirchen, Kreis Ortelsburg, am 24. Juli
Friederitz, Margarete, aus Baitenberg, Kreis Lyck, am 20. Juli
Holubek, Sonja, geb. **Gall**, aus Wehlau, am 22. Juli
Joswich, Erika, geb. **Ballnus**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 24. Juli
Klipp, Liesbeth, geb. **Jackson**, aus Windau, Magdalenz, Kreis Neidenburg, am 22. Juli
Kruse, Eva-Edith, geb. **Sieloff**, aus Schakendorf, Kreis Elchniederung, am 25. Juli
Petermann, Siegfried, aus Seebrücken, Kreis Lyck, am 21. Juli
Schweers, Lieselotte, geb. **Hein**, aus Treuburg, am 22. Juli
Spindelmann, Marlies, geb. **Belgard**, aus Pobethen, Kreis Fischhausen, am 22. Juli

ZUM 92. GEBURTSTAG

Duszny, Emil, aus Lengau, Kreis Treuburg, am 21. Juli
Heinsch, Gertrud, geb. **Dehnert**, aus Alt Kriewen, Kreis Lyck, am 25. Juli
Homp, Fritz, aus Fischhausen, am 25. Juli
Meister, Lieselotte, geb. **Boseniuk**, aus Garbassen, Kreis Treuburg, am 20. Juli
Rutkowski, Helmut, aus Georgenswalde, Kreis Fischhausen, am 26. Juli
Schunder, Waltraud, geb. **Baranowski**, aus Gutfeld, Kreis Neidenburg, am 24. Juli
Stiller, Alfred, aus Schönhorst, Kreis Lyck, am 25. Juli
Weiß, Christel, geb. **Weiß**, aus Norkitten, Kreis Wehlau, am 24. Juli
Wienandt, Brunhild, geb. **Horn**, aus Wehlau, am 23. Juli
Wnuck, Harri, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 21. Juli

ZUM 91. GEBURTSTAG

Hammer, Waltraut, geb. **Boldt**, aus Rauschen, Kreis Fischhausen, am 22. Juli
Rohloff, Inge, geb. **Herholz**, aus Taplacken, Kreis Fischhausen, am 22. Juli
Schrubba, Werner, aus Wiesenfelde, Kreis Treuburg, am 20. Juli
Tröster, Gertrud, geb. **Okolowitz**, aus Masuren, Kreis Treuburg, am 20. Juli
Winzel, Helene, geb. **Tonk**, aus Wickenau, Kreis Neidenburg, am 20. Juli

ZUM 90. GEBURTSTAG

Apelt, Waltraut, geb. **Orlowski**, aus Neuendorf, Kreis Lyck, am 21. Juli
Curdts, Irene, aus Seckenburg, Kreis Elchniederung, am 26. Juli
Franke, Edith, geb. **Scherello**, aus Reinkental, Kreis Treuburg, am 26. Juli
Grunert, Ida, geb. **Kunze**, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, am 25. Juli
Köpping, Hans-Werner, aus Pillau, Kreis Fischhausen, am 20. Juli
Lion, Jürgen, aus Allenstein, am 26. Juli
Maeck, Richard, aus Strauchwitz, Kreis Ortelsburg, am 22. Juli
Muchow, Erna, geb. **Rehfeld**, aus Ehrenwalde, Kreis Lyck, am 22. Juli
Prange, Elsbeth, aus Lyck, Morgenstraße 31, am 21. Juli
Siekmann, Jutta, geb. **Roschkowski**, aus Wiesenfeld, Kreis Neidenburg, am 21. Juli
Sütterlin, Siegfried, aus Grünsee, Kreis Lyck, am 23. Juli

ZUM 85. GEBURTSTAG

Allmeroth, Rosemarie, geb. **Nehm**, aus Cranz, Kreis Fischhausen, am 20. Juli
Bienert, Erwin, aus Rosenheide, Kreis Lyck, am 22. Juli
Cserni, Martha, geb. **Alexey**, aus Hansbruch, Kreis Lyck, am 26. Juli
Fahr, Erika, geb. **Sembritzki**, aus Wellheim, Kreis Lyck, am 22. Juli
Kaminski, Kurt, aus Grammen, Kreis Ortelsburg, am 21. Juli
Keidel, Herta, geb. **Todzi**, aus Lindenort, Kreis Ortelsburg, am 23. Juli
Kukla, Paul, aus Roggen, Kreis Neidenburg, am 20. Juli
Manthey, Elfriede, aus Pinneberg, am 25. Juli
Ostermeier, Gisela, geb. **Körber**, aus Lyck, Hindenburgstraße 11, am 21. Juli
Porteleroi, Hans, aus Regeln, Kreis Lyck, am 25. Juli
Röber, Edith, geb. **Saszik**, aus Ittau, Kreis Neidenburg, am 24. Juli
Stamm, Monika, geb. **Fisahn**, aus Moßberg, Kreis Heilsberg, am 25. Juli
Statz, Fritz, aus Kalkhof, Kreis Treuburg, am 25. Juli
Straka, Hildegard, geb. **Gramatzki**, aus Gilgetal, Kreis Elchniederung, am 21. Juli
Tessmer, Helmut, aus Fischhausen, am 24. Juli

ZUM 80. GEBURTSTAG

Aselmann, Gisela, geb. **Kagelmacher**, aus Eichen, Kreis Wehlau, am 22. Juli
Böttcher, Gerda, geb. **Sdorra**, aus Sorden, Kreis Lyck, am 23. Juli
D'Alonzo, Johanna, geb. **Klimaschewski**, aus Prostken, Kreis Lyck, am 22. Juli
Fintel, Marga, geb. **Paries**, aus Erlen, Kreis Elchniederung, am 23. Juli
Gayk, Else, aus Groß Seedorf, Kreis Neidenburg, am 24. Juli
Hasenpusch, Inge, geb. **Stehr**, aus Lyck, am 25. Juli
Hoffmann, Maria, geb. **Franz**, aus Meppen, am 25. Juli
Kehren, Anneliese, geb. **Neumann**, aus Groß Schöndamerau, Kreis Ortelsburg, am 24. Juli
Klein, Lothar, aus Wehlau, am 20. Juli
Kutz, Helmut, aus Borschimmen, Kreis Lyck, am 24. Juli
Marienberg, Günter, aus Bartenstein, am 20. Juli
Nattermann, Helga, geb. **Kaspereit**, aus Ebenrode, am 26. Juli
Nohle, Peter, aus Gauleden, Kreis Wehlau, am 26. Juli
Pingel, Waltraud, geb. **Kremin**, aus Kuglacken, Kreis Wehlau, am 21. Juli
Pudelski, Hanna, geb. **Walendy**, aus Seliggen, Kreis Lyck, am 24. Juli
Rogge, Manfred, aus Schwengels, Kreis Heiligenbeil, am 22. Juli
Schedukat, Klaus, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 21. Juli
Schletter, Klaus, aus Ebenrode, am 26. Juli
Schroeter, Willibald, aus Prostken, Kreis Lyck, am 20. Juli
Sychold, Gerda, geb. **Olschewska**, aus Groß Seedorf, Kreis Neidenburg, am 25. Juli
Taudien, Manfred Otto, aus Tewellen, Kreis Elchniederung, am 24. Juli
Walter, Gisela, geb. **Wermter**, aus Wehlau, am 23. Juli
Wichmann, Iris, geb. **Gergaut**, aus Damerau, Kreis Wehlau, am 25. Juli
Willamowski, Irmtraut, geb. **Kasper**, aus Seebrücken, Kreis Lyck, am 26. Juli

ZUM 75. GEBURTSTAG

Hecht, Heinz, aus Wiesenfeld, Kreis Neidenburg, am 20. Juli
Knaul, Karl-Heinz, aus Pregelswalde, Kreis Wehlau, am 22. Juli
Mietze, Elke, geb. **Deutschmann**, aus Allenburg, Kreis Wehlau, am 26. Juli
Neumann, Gert, aus Neutief, Kreis Fischhausen, am 24. Juli
Röhrig, Margaret, geb. **Dawson**, aus Allenburg, Kreis Wehlau, am 24. Juli
Schlösser, Ulrich, aus Wickenfeld, Kreis Ebenrode, am 22. Juli
Schmude, Christa, geb. **Veenhuis**, aus Paderborn, am 22. Juli
Schukat, Manfred, aus Seekampen, Kreis Ebenrode und aus Riedwiese, Kreis Gumbinnen, am 25. Juli
Steputat, Bernd, aus Wehlau, am 24. Juli

TERMINE DER LO

2018

14. bis 16. September: Geschichtsseminar in Helmstedt
8. bis 14. Oktober: Werkwoche in Helmstedt
20. Oktober: 9. Deutsch-Russisches Forum in Insterburg (geschlossener Teilnehmerkreis)
2. November: Arbeitstagung der Landesgruppenvorsitzenden in Wuppertal
3. bis 4. November: Ostpreußische Landesvertretung in Wuppertal
12. bis 15. November: Kulturhistorisches Seminar in Helmstedt

Auskünfte erhalten Sie bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de, Internet: www.ostpreussen.de/lo/seminare.html.

GeO Gottesdienst

Lüneburg – Sonnabend, 28. Juli, 14 Uhr, Ökumenisches Gemeindezentrum St. Stephanus der GeO, Lüneburg: festlicher Heimatgottesdienst. Die Predigt hält in diesem Jahr der neue masurische Bischof Pawel Hause aus Rastenburg. Musikalisches Programm: Deutscher Chor aus Lötzen, Posaunenchor Amt Neuhaus sowie Solist Bernd Krutinna (BernStein) aus Plön und Solist Daniel Kannenberg aus Lüneburg. Nach dem Gottesdienst gibt es Kaffee und Kuchen.

Alle auf den Seiten »Glückwünsche« und »Heimatarbeit« abgedruckten Glückwünsche, Berichte und Terminankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Der Veröffentlichung können Sie jederzeit bei der Landsmannschaft widersprechen!

AUS DEN HEIMATKREISEN

Die Kartei des Heimatkreises braucht Ihre Anschrift. Melden Sie deshalb jeden Wohnungswechsel. Bei allen Schreiben bitte stets den letzten Heimatort angeben



Besuch in Rotenburg: Die polnischen Schüler mit ihren deutschen Gastgebern und Lehrern Bild: privat



ANGERBURG

Kreisvertreter: Kurt-Werner Sadowski. Kreisgemeinschaft Angerburg e.V., Landkreis Rotenburg (Wümme), Postfach 1440, 27344 Rotenburg (Wümme), Landkreis: Telefon (04261) 9833100, Fax (04261) 9833101.

Austauschschüler zu Besuch

Elf Schüler aus Angerburg hielten sich kürzlich am Ratsgymnasium Rotenburg (Wümme) zum Schüleraustauch auf. Neben Fahrten nach Bremen, Hamburg und Berlin wurden auch Sehenswürdigkeiten im Landkreis Rotenburg (Wümme) besucht. Auch ein Empfang im Rotenburger Kreishaus stand auf dem Programm. Hier wurden die Angerburger Schüler, ihre Lehrer und Gastgeber vom Ersten Kreisrat Dr. Torsten Lühring herzlich begrüßt und erhielten danach im Rahmen eines Vortrags viele Informationen über den Landkreis. Mit dabei war auch Kurt-Werner Sadowski, der Kreisvertreter der Kreisgemeinschaft Angerburg.

Der Schüleraustausch wird durch das Deutsch-Polnische Jugendwerk, die Rinck-Stiftung, die Kreisgemeinschaft Angerburg und den Landkreis Rotenburg (Wümme) finanziell und ideell unterstützt.

Angerburger Heimatbrief

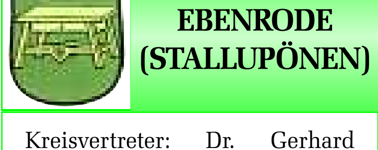
Der Angerburger Heimatbrief Nr. 161 vom Juni 2018 dürfte inzwischen alle registrierten Bezieher erreicht haben. Wer den Angerburger Heimatbrief künftig bekommen möchte oder wieder beziehen möchte, wende sich bitte an die Geschäftsstelle der Kreisgemeinschaft Angerburg in Rotenburg (Wümme).

Auf den Seiten 10/11 des Angerburger Heimatbriefes Nr. 161 vom Juni 2018 ist die Einladung mit Tagesordnung zu unserer zweiten Mitgliederversammlung (Kreistagssitzung) am Sonnabend, 8. September, um 9.30 Uhr gemäß der ab 1. Oktober 2016 gültigen Satzung veröffentlicht. Im Mittelpunkt der Mitgliederversammlung stehen die Berichte der Funktionsträger, die Entlastung der Schatzmeisterin und des Vorstandes für das Geschäftsjahr 2017 sowie die Verabschiedung des Haushaltsvoranschlages für das Geschäftsjahr 2019.

Die Einladung mit Programm für die 64. Angerburger Tage am 8./9. September ist im Angerburger Heimatbrief Nr. 161 (Juni 2018) auf den Seiten 46–48 veröffentlicht.

Auf den Heimatabend am 8. September mit Dr. Marianne Kopp um 20 Uhr in der Rotenburger Theodor-Heuss-Schule machen wir besonders aufmerksam. Alle Heimatfreunde sind herzlich eingeladen, damit die 64. Angerburger Tage am 8./9. September unterhaltsame Tage in angenehmer Atmosphäre in der Wümmestadt Rotenburg werden.

Kurt-Werner Sadowski, Kreisvertreter



EBENRODE (STALLUPÖNEN)

Kreisvertreter: Dr. Gerhard Kuebart, Schiefe Breite 12a, 632657 Lemgo, Telefon (05261) 8 81 39, E-Mail: gerhard.kuebart@googlemail.com.

Heimatreise

Schlossberg, Ebenrode / Stallupönen, Wystiten, Nord-Masuren, Rominter Heide, Trakehnen, Insterburg, Gumbinnen, Königsberg, Danzig und Stettin in neun Tagen.

Dienstag, 14., bis Mittwoch, 22. August, Buchungs-Nummer: Sommerreise 2018.

1. Tag: Fahrt ab Wuppertal und weiteren Zustiegen über Hannover, Berlin, nach Posen zur ersten Übernachtung.

2. Tag: Fahrt durch das Warthe-Weichsel Gebiet über Osterode und Allenstein nach Sensburg mit Übernachtung.

3. Tag: Heute befahren Sie eine besonders schöne und interessante Route. Über Lötzen am Löwentinsee, vorbei an der Feste Bojen, durch das wunderschöne Masuren über endlose Alleen kommen Sie nach Goldap. Besuch am „Schönen Berg“ und im Haus der Heimat. Im Anschluss fahren Sie durch die südliche Rominter Heide. Sie sehen das Viadukt in Staatshausen, den Bahnhof in Szitkehmen das Drei-Länder-Eck und den Wystiter See. In Wystiten Einkehr im neuen Museumsgebäude des Nationalparks. Nun fahren Sie entlang der ostpreußischen Grenze nach Kybartei. Über Ebenrode erreichen Sie Trakehnen. Sie wohnen im Gasthaus Alte Apotheke.

4. Tag: Führung durch das ehemalige Gestüt Trakehnen. Besuch

Heimatkreisgemeinschaften Fortsetzung auf Seite 15

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung von Seite 15

des neuen Heimatmuseums in Ebenrode. Danach Zeit zur freien Verfügung. Möglichkeit zum Besuch der Heimatorte mit Taxen. In Absprache mit allen Reiseteilnehmern ist ein Bus-Ausflug durch den Kreis Schlossberg oder in die Rominter Heide, zum Museum in Groß Rominten geplant.

5. Tag: Rundfahrt über Schloßberg mit Stadtbesichtigung und Besuch des Privat-Museums. Durch Dörfer der Umgebung fahren Sie über Georgenburg nach Insterburg mit Besichtigung des Gestütes, und Burgen. in Gumbinnen besuchen Sie die Salzburger Kirche mit Diakonie und das Fresko in der Friedrichschule.

6. Tag: Fahrt mit Fotostopp in Taplaken an der alten Pregel-Schleuse und Brücke nach Königsberg. Stadtrundfahrt zum WM Stadion, Dom, Nordbahnhof, Hafen u.v.m. Der restliche Tag steht zur freien Verfügung, eine Schifffahrt von Königsberg nach Pillau wäre möglich.

7. Tag. Bei Heiligenbei fahren Sie über Braunsberg und Elbing durch die Weichselniederung nach Danzig. Stadt-Rundfahrt und Besichtigung der wichtigsten Sehenswürdigkeiten.

8. Tag: Vormittag Orgelkonzert in der Kathedrale Oliva. Anschließend fahren Sie nach Karthaus und weiter durch die kaschubische Schweiz und das südliche Pommern in die pommersche Hauptstadt Stettin.

9. Tag. Gut ausgeschlafen und mit schönen Erinnerungen treten sie die Heimreise an.

Reisepreis pro Person im Doppelzimmer mit Dusche, WC und Halbpension beträgt 690 Euro. Mindestteilnehmerzahl sind 30 Personen. Der Einzelzimmerzuschlag beträgt 140 Euro, die Visagebühr 90 Euro. Programmänderungen vorbehalten. Insbesondere an Tag 4 und 5. Leistungen: Fahrt mit einem modernen Fernreisebus mit Klimaanlage, WC, Kaffeeküche und Getränkeservice. Visabesorgung. acht Übernachtungen. Rundfahrten wie im Programm. Deutschsprachige Reiseleitung und Fahrer Gerhard Scheer. Nicht im Reisepreis: Visagebühren und Eintrittsgelder.

Es werden auch Hilfsgüter mitgenommen. Anmeldung bei Scheer-Reisen, Wuppertal, Telefon (0202) 500077, E-Mail: info@scheer-reisen.de.

An der Reise können auch Reisende teilnehmen, die einige Tage in Allenstein und Umgebung verbringen wollen. Einzelheiten beim Veranstalter.

Kinderferienlager

Otterndorf – Mittwoch, 25. Juli, bis Montag, 6. August, Jugendherberge Otterndorf, Schleusenstraße 147, in 21762 Otterndorf: Kinderferienlager. Anmeldung beim Jugendbeauftragten: Norbert Schattauer, Landesstraße 19, 21776 Wanna, Telefon (04757) 463, E-Mail: schattauer-wanna@t-online.de.



ELCHNIEDERUNG

Kreisvertreter: Manfred Romeike, Anselm-Feuerbach-Str. 6, 52146 Würselen, Telefon/Fax (02405) 73810. Geschäftsstelle: Barbara Dawideit, Telefon (034203) 33567, Am Ring 9, 04442 Zwenkau.

Kreistagssitzung

Freitag, 7., bis Sonntag, 9. September, Hotel Esplanada, Telefon (05723) 798110, Bahnhofstraße 8, 31542 Bad Nenndorf: Kreistreffen/Mitgliederversammlung und Delegierten-Versammlung.



FISCHHAUSEN

Kreisvertreter: Wolfgang Sopha. Stellvertreter: Uwe Nietzelt. Geschäftsstelle: Telefon (03447) 8966746, E-Mail: Geschaeftsstelle@kreis-fischhausen.de. Familienforschung: Heidrun Meller, Telefon (03447) 8966021

Pillauer Treffen

Sonnabend, 8., bis Sonntag, 9. September: Das Pillauer Treffen findet in diesem Jahr einen Monat später statt.



GOLDAP

Kreisvertreter: Stephan Grigat, Telefon (05231) 37146, Fax (05231) 24820, Heidentalstraße 83, 32760 Detmold. Geschäftsstelle: Annelies Trucewitz, Hohenfelde 37, 21720 Mittelnkirchen, Telefon (04142) 3552, Telefax (04142) 812065, E-Mail: museum@goldap.de. Internet: www.goldap.de.

Heimattreffen

Freitag, 7., bis Sonntag. 9. September: Goldaper Heimattreffen in Stade. Informationen: Annelies Trucewicz, Telefon (04142) 3552, E-Mail: museum@goldap.de.



HEILIGENBEIL

Kreisvertreter: Bernd Schmidt, Heideweg 24, 25578 Dägeling, Telefon (04821) 84224, E-Mail: schmidt.ploessen@gmx.de, Erster Stellvertretender Kreisvertreter: Christian Perbandt, Im Stegefeld 1, 31275 Lehrte, Telefon: (05132) 57052. E-Mail: perbandt@kreisgemeinschaft-heiligenbeil.de. Zweite Stellvertretende Kreisvertreterin: Viola Reyentanz, Großenhainer Straße 5, 04932 Hirschfeld, Telefon (035343) 433, E-Mail: reyvio@web.de. Schriftleiterin: Brunhilde Schulz, Zum Rothenstein 22, 58540 Meinerzhagen, Tel.: (02354) 4408, E-Mail: brschulz@dokom.net. Internet: www.kreisgemeinschaft-heiligenbeil.de

Treffen auf Schloss Burg

Am 8. Juli fand auf Schloß Burg bei Solingen wieder das Treffen statt, das früher als „das kleine Ostpreußentreffen“ der Landsmannschaft Ostpreußen NRW bekannt war.

Wie bereits in den vergangenen Jahren war es auch diesmal ein gemeinsames Treffen mit den Landsleuten aus Schlesien und Pommern. Und ich kann nur sagen: Es war ein wunderbares und lebendiges Treffen. Bei allerbestem Wetter waren viele hundert Besucher gekommen. Es gab Bärenfang und Mohnkuchen, Bratwürste und auch ein kühles Bier.

Aber das Wichtigste war wieder der rege Austausch der Landsleute. Von unserer Kreisgemeinschaft Heiligenbeil war für den Vorstand als Vertretung des Kreisvertreters der 2. Kreisvertreter Christian Perbandt angereist. Er konnte herzliche Grüße an den Vorsitzenden der Landesgruppe NRW, Herrn Wilhelm Kreuer und seine Frau, ausrichten, Kontakte zum Bund Junges Ostpreußen ausbauen und etliche bekannte Ostpreußen treffen und Erfahrungen austauschen.

Die würdige und lebendige Fest- und Kulturveranstaltung rundete das Treffen ab. Mit wenigen Worten: Ein gelungenes Treffen. Es hat sich für alle gelohnt!



Buntes Treiben: Beim Kleinen Ostpreußentreffen auf Schloss Burg Bild: privat



Bild: privat

Da war etwas schiefgelaufen: Das Bild wurde vor dem Gedenktein in Heiligenbeil und nicht in Frauenburg aufgenommen

Alle auf den Seiten »Glückwünsche« und »Heimatarbeit« abgedruckten Glückwünsche, Berichte und Terminankündigungen werden auch ins Internet gestellt.
Der Veröffentlichung können Sie jederzeit bei der Landsmannschaft widersprechen!

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung auf Seite 16

Anzeigen

Wir sind traurig, dass wir dich verloren haben
und dankbar, dass wir dich so lange haben durften.

Hildegard Plambeck
geb. Skok

* 5. Mai 1921 *Adlig Symken* † 26. Juni 2018 *Henstedt-Ulzburg*

In stillem Gedenken

Ilse
Hartmut und Barbara
Burkhard
Beate und Thomas
Wolfgang und Kathleen
Ulla und Hans Dieter

Kondolenzanschrift:
müller bestattungen, Kirchweg 32, 24558 Henstedt-Ulzburg

Die Trauerfeier und Beisetzung erfolgte im engsten Familien- und Freundeskreis.



Das schönste, was ein Mensch hinterlassen kann,
ist ein Lächeln im Gesicht derjenigen, die an ihn denken.

Kurt Krießbach
Architekt

* 25.10.1924 † 3.7.2018
Goßlershausen / Westpreußen Schwalbach am Taunus

In Liebe und Dankbarkeit.
Elvira Krießbach, geb. Kluge
Alexander, Carola, Claudia, Martina und Angehörige
Gabi, Ilah und alle, die ihn so liebten wie wir

Schwalbach am Taunus

Die Beerdigung fand auf dem Waldfriedhof in Schwalbach am Taunus statt.

Der Tod kann auch freundlich kommen zu Menschen,
die alt sind, deren Hand nicht mehr festhalten will,
deren Augen müde wurden, deren Stimme nur noch sagt:
„Es ist genug. Das Leben war schön!“

Gertrud Burzlaff
geb. Scheffler
* 4. 11. 1924 † 6. 7. 2018

In Liebe und Dankbarkeit nehmen wir Abschied.

Margrit und Jochen
Gudrun
Silke
Jürgen und Gilah
im Namen aller Angehörigen

Traueranschrift:
Margrit Gräff, c/o Bestattungen
Scheuvens, Gumbertstraße 141, 40229 Düsseldorf

Die Trauerfeier mit anschließender Beisetzung
hat am Freitag, dem 13. 7. 2018,
in Düsseldorf stattgefunden.

Bestattungen Scheuvens • Düsseldorf • Tel. 0211-211014

In Liebe und Dankbarkeit nehmen wir Abschied
von unserer Mutter, Schwiegermutter, Oma,

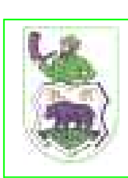
Magdalene Baltruschat
geb. Lichte
geb. am 5. 2. 1924 gest. am 3. 7. 2018

In stiller Trauer
Friedrich und Bärbel
Renate
Marina und Daniel
Arno und Daniela
Deike und Alexander
Gesa
und als Urenkel Kiano

31789 Hameln, OT Gr. Hilligsfeld,
Hasperder Straße 6

Heimatkreisgemeinschaften

Fortsetzung von Seite 15



INSTERBURG – STADT UND LAND

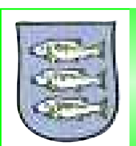
Vorsitzender Stadt & Land: Reiner Buslaps, Am Berg 4, 35510 Butzbach-Kirch-Göns, Tel.: (06033) 66228, Fax (03222) 3721953, E-Mail: R.Buslaps@t-online.de. Kreisgemeinschaft Insterburg Stadt & Land e. V., Geschäftsstelle, Am Marktplatz 10, 47829 Krefeld, Postfach 111 208, 47813 Krefeld, Tel.: (02151) 48991, Fax (02151) 491141, E-Mail: info@insterburger.de, Internet: www.insterburger.de, Bürozeiten: Montag – Freitag von 8 bis 12 Uhr.

Hamburg – Mittwoch, 1. August, 12 Uhr, Veranstaltungsraum Empore, Hotel Zeppelin, Frohmestraße 123–125, 22459 Hamburg: kultureller Vortrag oder Autorenlesung. Informationen: Manfred Samel, Telefon (040) 587585, E-Mail: Manfred-Samel@Hamburg.de.

Köln – Mittwoch, 25. Juli, Gaststätte Zirkel, Braunstraße 20, Köln-Braunsfeld (Haltestelle Aachener Straße/Maarweg): Treffen. Anmeldung und nähere Informationen bei Carola Maschke, Telefon (0221) 796942, E-Mail: C.Maschke@netcologne.de.

Heimatgruppe Thüringen – Sonntag, 5. August, 14 Uhr, Egapark Erfurt, Gothaer Straße: Mitgliedertreffen. Weitere Informationen: Jürgen Böhlke, Dresdener Straße 5, 99817 Eisenach, Telefon (03691) 211105, E-Mail fjboehlke@gmail.com.





LÖTZEN

Dieter Arno Milewski (kommissarischer Kreisvertreter), Am Forstgarten 16, 49214 Bad Rothenfelde, Telefon (05424) 4553, Fax (05424) 399139, E-Mail: dieter.arno.milewski@osnanet.de. Geschäftsstelle: Ute Eichler, Bilenbarg 69, 22397 Hamburg, Telefon (040) 6083003, E-Mail: KGL.Archiv@gmx.de

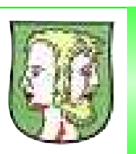
Knauf-Ausstellung

Sonnabend, 21. Juli 2018, Lötzener Heimatmuseum in der Patenstadt Neumünster, Sudetenlandstraße 18 H (Böcklersiedlung), ab 10 Uhr geöffnet. Gelegenheit, noch einmal oder erstmals die Sonderausstellung der Werke von „Carl Knauf – ein unvergessener Maler der Künstlerkolonie Nidden" zu besuchen. Anfang August werden diese aus einer privaten Sammlung stammenden Gemälde wieder an den Leihgeber, Dr. Bernd Schimpke, zurückgehen.

Der besondere Gast dieses Öffnungs- und Veranstaltungstages ist Michael Petersen, Bernsteinfachmann und Schmuckhersteller aus Böel. Er wird ab 14 Uhr anwesend sein und für alle Fragen rund um das Thema Bernstein und Bernsteinschmuck zur Verfügung stehen. Aus seiner von ihm entworfenen und gefertigten Bernsteinschmuck-Kollektion bringt er Beispiele, ein Verkaufsangebot, mit. Er nimmt aber auch Reparaturaufträge entgegen und berät, wenn es um das Aufarbeiten oder Umarbeiten von altem Bernsteinschmuck geht. Um 15.30 Uhr beginnt sein Vortrag über Bernstein, in dem er nicht nur über die Vielfalt dieses besonderen Harzes informiert, sondern auch seinen Weg zum „Bernstein als Lebensaufgabe" beschreibt. Michael Petersen wird eine Bohr- und eine Schleifmaschine dabei haben und interessierten Besuchern eine praktische Anleitung zum Bearbeiten von Bernstein geben. Lassen Sie sich einladen zu diesem besonderen Tag im Lötzener Museum!

Heimattreffen

Sonnabend, 25., bis Sonntag, 26. August, Neumünster: Heimattreffen mit Mitgliederversammlung in der Stadthalle, Kleinflekken 1.



LYCK

Kreisvertreterin: Bärbel Wiesensee, Diesberg 6a, 41372 Niederkrüchten, Telefon (02163) 898313. Stellvertr. Kreisvertreter: Dieter Czudnochowski, Lärchenweg 23, 37079 Göttingen, Telefon (0551) 61665. Karteiwart: Siegmar Czerwinski, Telefon (02225) 5180, Quittenstraße 2, 53340 Meckenheim.

Ergebnis der Kreistagswahl 2018

Die in diesem Jahr turnusmäßig durchgeführte Kreistagswahl hatte folgendes Ergebnis: Gewählt wurden: Bärbel Wiesensee, Mostolten; Dieter-J. Czudnochowski, Morgengrund; Heidi Mader, Stradaunen; Siegmar Czerwinski, Andreken; Reinhard Donder, Kalkofen; Michael Mader, Stradaunen; Marc Mader, Stradaunen; Wilhelm Norra, Sareiken; Klaus Behrendt, Lyck; Eva John, Lyck; Lothar Trinoga, Laschmieden; Eva Laskowski, Kelchendorf; Hans Peter Kalisch, Lyck; Werner Dombrowski, Skomanten; Dr. Helga Walter-Joswig, Königswalde.

Die konstituierende Sitzung des neuen Kreistages findet statt am Sonnabend, 25. August, 13 Uhr, im Sitzungssaal des Rathauses der Stadt Hagen.

Heimattreffen

Sonnabend, 25., bis Sonntag, 26. August, Hotel Mercure, Hagen: Heimattreffen.

Lyck-Reise 2018

Die Route: Anfahrt mit dem Bus Wuppertal – Kiel – DFDS-Fähre – Memel [Klaipeda] – Kurische Nehrung bis Nidden – Memelland nach Süden am Fluss bis Marijampole – Drei-Länder-Eck – Lyck mit Exkursionen im Kreis – Oberlandkanal „rrauf/rrunter" –Danzig – Kaschubische Seenplatte – Stettin – Heimfahrt.

Sie wurde unterhaltsam geführt mit reicher landsmannschaftlichgeschichtlicher Sachkunde durch Herrn G. Scheer, unseren Reiseunternehmer und unter der Leitung von Bärbel Wiesensee, KG Lyck. Das anspruchsvolle wie erlebnisreiche Etappenprogramm forderte den 37 Teilnehmern oft tüchtig Stehvermögen ab, das aber gemeinsam gut zu meistern war.

Ein Höhepunkt sei mit Memel, Simon-Dach-Brunnen am Theaterplatz herausgestellt: „Rendezvous" mit Ännchen von Tharau.

Vier Tage im Kreis Lyck boten dann etwas Erholung, auch beim traditionellen Besuch der Deutschen Minderheit am Wasserturm mit Auszahlung der Bruderhilfe. Auf dem Soldatenfriedhof Bartossen gedachten wir der Toten bei einer Kranzniederlegung.

Auch Musisches war dabei mit kleinen Orgeldarbietungen in einer Kirche unterwegs und bei einer Generalprobe des weitbekannten Lycker Chors „Kontrapunkt", die mit einigen Soloklavierstücken, wiederum vorgetragen von unserem Mitreisenden Günter Saborowski, an einem lauen Spätfrühlingsabend ausklang.

Am 17. Juni nahm unser Bus von Stettin aus die Heimreise über Hamburg und Hannover nach Wuppertal auf, wo die Letzten etwas erschöpft, aber frohen Sinns von Bord gingen. Hier kann die Reise nur skizziert werden. Tipp: nächsten Hagen-Lycker Brief 2019 lesen.

Besuch in Memel: Lycker mit dem Ännchen von Tharau Bild: privat

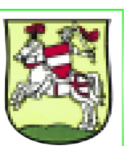


NEIDENBURG

Kreisvertreter: Jürgen Szepanek, Nachtigallenweg 43, 46459 Rees-Haldern, Tel. / Fax (02850) 1017.

Heimattreffen

Unser diesjähriges Treffen findet am Sonntag, 2. September, in Helmstedt statt. Es wird eine Lesung von Marguerite Kollo über ihren Vater Willi Kollo geben. Bekanntlich ist der Großvater von ihr und ihrem Bruder René Kollo der Neidenburger Walter Kollo. Wegen der besonderen Situation der Verpflegung in der Politischen Bildungsstätte Helmstedt wird um Anmeldung beim Kreisvertreter gebeten. Die Kreisgemeinschaft lädt alle ihre Gäste zu einem kleinen Mittagessen ein.



PREUSSISCH HOLLAND

Kreisvertreter: Bernd Hinz. Geschäftsstelle: Gudrun Collmann, Telefon (04823) 8571, Allee 16, 25554 Wilster.

Kreistagssitzung

Sonnabend, 8., bis Sonntag, 9. September, Itzehoe: Jubiläums-Kreistreffen.



RASTENBURG

Kreisvertreter: Hubertus Hilgendorff, Tel. (04381) 4366, Dorfstr. 22, 24327 Flehm. Gst.: Patenschaft Rastenburg: Kaiserring 4, 46483 Wesel, Tel. (0281) 26950.

Hauptkreistreffen

Sonnabend. 18., und Sonntag, 19. August, Niederrheinhalle, Wesel: 62. Hauptkreistreffen.

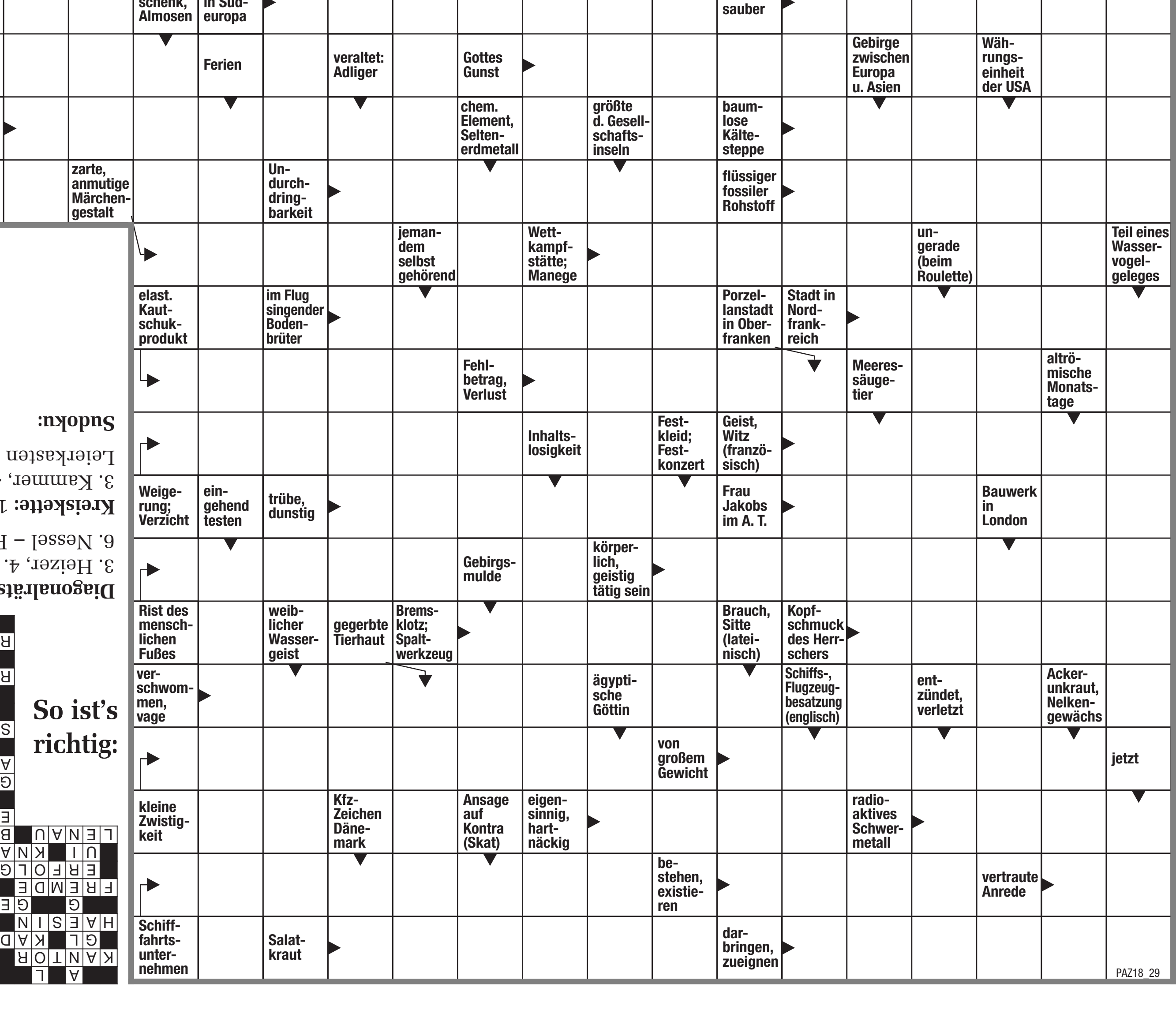
Korschener Treffen

Freitag, 17., bis Sonntag, 19. August, 29683 Bad Fallingbostel: Korschener Treffen.

Heimatreise letzter Teil

Der „gemütliche Abend" gehört zu so einer Reise dazu. Es wurde voll im Hotel Koch. Politiker und Freunde aus Rastenburg, Kaltwangen, Wenden und Langeneck ha-

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung auf Seite 17



Sudoku

			7		4			
1				8				7
4	6			9			8	3
8			5		9			6
	2	9				1	4	
5			2		1			8
3	7			6			2	1
2				1				9
			8		7			

Lösen Sie das japanische Zahlenrätsel: Füllen Sie die Felder so aus, dass jede waagerechte Zeile, jede senkrechte Spalte und jedes Quadrat aus 3 mal 3 Kästchen die Zahlen 1 bis 9 nur je einmal enthält. Es gibt nur eine richtige Lösung!

Diagonalrätsel

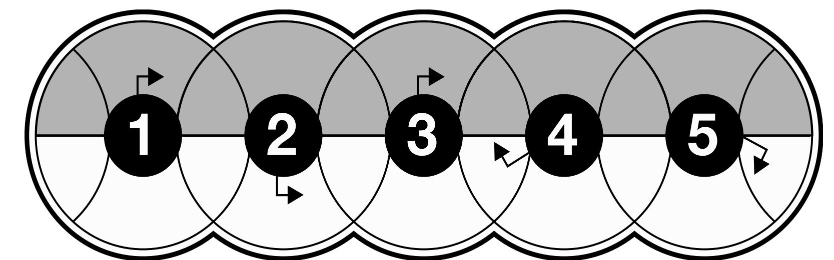
Wenn Sie die Wörter nachstehender Bedeutungen waagerecht in das Diagramm eingetragen haben, ergeben die beiden Diagonalen zwei Gartenblumen.

1 Zeitungswesen
2 Stadt in Südmähren (Tschechien)
3 Bediener einer Feuerungsanlage
4 Verse bilden
5 Gussform für Edelmetalle
6 eine Pflanze mit Brennhaaren

Kreiskette

Die Wörter beginnen im Pfeilfeld und laufen in Pfeilrichtung um das Zahlenfeld herum. Wenn Sie alles richtig gemacht haben, nennen die elf Felder in der oberen Figurenhälfte eine Drehorgel.

1 Tennis: Spiel zwischen zwei Gegnern, **2** Zweckverband, Klub, **3** kleines Zimmer, **4** engl. Anrede: junger Herr, **5** aus einer weichen Masse formen



So ist's richtig:



Diagonalrätsel: 1. Presse, 2. Bruenn, 3. Heizer, 4. reimen, 5. Barren, 6. Nessel – Primel, Enzian

Kreiskette: 1. Einzel, 2. Verein, 3. Kammer, 4. Master, 5. kneten – Leierkasten

Sudoku:

9	3	8	7	5	4	6	1	2
1	5	2	3	8	6	4	9	7
4	6	7	1	9	2	5	8	3
8	1	3	5	4	9	2	7	6
7	2	9	6	3	8	1	4	5
5	4	6	2	7	1	9	3	8
3	7	4	9	6	5	8	2	1
2	8	5	4	1	3	7	6	9
6	9	1	8	2	7	3	5	4

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung von Seite 16

ben uns besucht. Es wurde viel erzählt und gut gegessen. Gegen Mitternacht beendete die kleine, noch verbliebene Runde den Abend mit einem Gläschen Bärenfang. Während der Großteil der Gruppe am Sonntag nach Nikolaiken fuhr, um dort mit einem Schiff der weißen Flotte über die Seen bis Steinort zu fahren, zog es andere Mitreisende in die Heimatorte. In Ruhe die alten Wege gehen. Nach den Veränderungen der letzten Jahre schauen. Zum Abendessen gab es dann viel zu erzählen.

Bei der Fahrt durch den Kreis Rastenburg waren die Mitreisenden am 14. Mai aufgefordert, den anderen etwas über ihren Heimatorten zu erzählen und zu zeigen. In Korschen hatten wir einen Termin in der ehemaligen evangelischen Jubiläumskirche (erbaut 1901 mit Förderung von 20000 Mark aus dem Fonds „200-Krönungsjubiläums König Friedrich I. von Preußen“. Es wurden zehn evangelische Kirchen gefördert). Nachdem sie als Pferde- und Schafstall missbraucht wurde, hat sich eine orthodoxe Gemeinde gefunden, die heute die Kirche nutzt. Bis auf ein Bild an der Empore, welches auf das deutsche Königshaus als Spender bei der Erbauung hinweist, gab es nichts mehr aus deutscher Zeit.

Am Bahnhof stehen noch einige der alten Wassertürme, das Bahnhofsgebäude wurde renoviert. Es fahren regelmäßig Nahverkehrszüge. Ein kurzer Abstecher zur ehemaligen Mittelschule. Die Korschener zeigten uns, wo es zur Molkerei, der Imkerschule und dem Rohrteich ging.

Zum Schluss stand Barten auf dem Programm. Pfarrer Juliusz Czapiewski zeigte uns mit Stolz die vielen schönen Stücke aus der deutschen Zeit, beispielsweise den Altar (1643), das Chorgestühl (17. Jahrhundert), die Kanzel (1664), den Taufengel (um 1750). Einiges war schon restauriert (mit der entsprechenden wissenschaftlichen Dokumentation). Einiges wartet noch darauf, wie die alte Caspari-Orgel (um 1750).

Der Dienstag stand zur freien Verfügung. Unsere Gruppe fuhr zunächst nach Blaustein, um nach dem Friedhof zu sehen, auf dem vor drei Jahren ein Gedenkstein durch den Verein „Blaustein“ aufgestellt wurde. Alles war entsprechend einem Waldfriedhof. Man kümmert sich.

Weiter ging die Fahrt auf einer Chausseen mit Linden (kurz vor der Blüte). Ein Hinweisschild warnte vor Elchen. Ja, die gibt es hier wieder.

In Marienthal haben wir uns die alte Schule und den Glockenturm angesehen, über den wir bereits mehrfach in „Rund um die Rastenburg“ berichtet haben. Hier gehen keine Kinder mehr in die Schule. Die Gemeinde Drengfurt will für die Restaurierung der Glockenturm-Verkleidung sorgen. Einzelne Bretter sind gebrochen oder fehlen. Es regnet rein und dies schadet dem alten Eichengebälk. Durch eine wunderschöne Allee mit alten Eichen – mindestens 100 Jahre alt – ging es nach Jäglack, dem Heimatort von Arno Surmnski.

Wir konnten das Schloss und die Ausstellung über Fischerei besichtigen. Noch mehr als die Ausstellung über zwei Etagen hat uns das Gebäude und die erzielten Renovierungserfolge interessiert.


Imker in Kaltwangen Bild: privat

Letzte Station war Kaltwangen, Hier, im ehemaligen Haus des Bauern Holz, wurden wir mit Getränken, einem kleinen Imbiss und mit frischem Honig bewirtet. Es war leider zu wenig, um ihn zu schleudern und in Gläser zu füllen. Aber genug, um den wunderbaren Geschmack zu genießen.

Wir saßen in der Sonne, erzählten und horchten dem Klappern eines Storchenpaares. Der jetzige Besitzer zeigte uns eine alte Urkunde, die er bei der Renovierung des Hauses gefunden hatte. Hier waren alle Handwerker aufgeführt, die bei Hausbau 1895 beteiligt waren. Um 18 Uhr war ein Gottesdienst in der Johanneskirche in Rastenburg anberaumt den Bischof Paul Hause für uns hielt. Das neue Amt nimmt ihn arg in Anspruch. Aber aus der langen Tradition heraus wollte er diesen Gottesdienst persönlich halten. Wir hatten im Anschluss noch Zeit, um Fragen zur evangelischen Gemeinde zu stellen. Dann zurück ins Hotel. Der letzte Abend. Der letzte Bärenfang. Koffer packen.

Nach der herzlichen Verabschiedung von der Familie Koch ging die Fahrt wieder Richtung Westen. Die Route ging diesmal über Bartenstein, Richtung Frauenburg, Elbing, Danzig nach Kolberg und am Donnerstag über Berlin nach Bielefeld. Es blieben noch einige Mitreisende zum Abendessen, in einer fröhlichen Runde. Dies war aber auch eine sehr schöne Reise. Die ersten Pläne für die Fahrt 2019 (14. bis 23. Mai) wurden schon wieder gemacht. *Edith Kaes*



SCHLOSSBERG (PILLKALLEN)

Kreisvertreter: Michael Gründling, Große Halle/Saale, Brauhausstraße 1, 06108 Halle/Saale. Geschäftsstelle: Renate Wiese, Tel. (04171) 2400, Fax (04171) 24 24, Rote-Kreuz-Straße 6, 21423 Winsen (Luhe).

Jugendbegegnung

Von Donnertag, 26. Juli, bis Sonntag, 5. August, findet die deutsch-russische Jugendbegegnung der Kreisgemeinschaft Schloßberg im Königsberger Gebiet statt. Gemeinsam mit russischen Jugendlichen aus dem Kreis Schloßberg verbringt Ihr eine interessante Zeit zwischen Tilsit und Königsberg, in der Ihr auf vielen Ausflügen (Tilsit, Haselberg, Gumbinnen, Schloßberg, die Samlandküste, Georgenburg und Königsberg) die Geschichte dieser Region erfahrt. Bei Gesprächen mit den russischen Jugendlichen wird natürlich aber auch über die Gegenwart und über das unterschiedliche Leben in Deutschland und Russland, gerade auch bei jungen Leuten, diskutiert. Auf dem Rückweg ist eine Übernachtung in der Hansestadt Danzig geplant. Die Teilnehmer sollten zwischen 15 und 18 Jahre alt sein. Der Eigenbeitrag liegt bei 200 Euro. Die Abfahrt mit dem Linienbus wird in Hamburg und in Berlin sein.



WEHLAU

Kreisvertreter: Gerd Gohlke, Syker Straße 26, 27211 Bassum. Telefon (04241) 5586. 2. Vors. und Schriftleiter: Werner Schimkat, Dresdener Ring 18, 65191 Wiesbaden, Telefon (0611) 505009840. Internetseite: www.kreis-wehlau.de

Kreistagssitzung

Sonnabend, 8., bis Sonntag, 9. September, Wessels Hotel, Hauptstraße 33, Syke: Hauptkreistreffen.

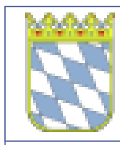
LANDSMANNSCHAFTLICHE ARBEIT LANDESGRUPPEN



BADEN-WÜRTTEMBERG

Vors.: Uta Lüttich, Feuerbacher Weg 108, 70192 Stuttgart, Telefon und Fax (0711) 854093, Geschäftsstelle: Haus der Heimat, Schloßstraße 92, 70176 Stuttgart, Tel. und Fax (0711) 6336980.

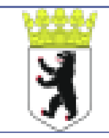
Landesgruppe – Sonntag, 5. August, 11 Uhr, Gedenkplatte auf dem Schloßplatz in Stuttgart: Chartafeier. Begrüßung: Iris Pipsam, Grußwort: Uta Lüttich, Festredner: Egon Primas, MdL. Alle Landsmannschaften und Heimatgruppen sind dazu eingeladen. Bitte kommen Sie recht zahlreich zu dieser Veranstaltung.



BAYERN

Vorsitzender: Friedrich-Wilhelm Böld, Telefon (0821) 517826, Fax (0821) 3451425, Heilig-Grab-Gasse 3, 86150 Augsburg, E-Mail: info@low-bayern.de, Internet: www.low-bayern.de.

Altmühlfranken – Freitag, 28. Juli, 19 Uhr, Gastwirtschaft Röschelskeller, Gunzenhausen: Sommerabend der Landsmannschaften.



BERLIN

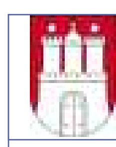
Vorsitzender: Rüdiger Jakesch, Geschäftsstelle: Forckenbeckstraße 1, 14199, Berlin, Telefon (030) 2547345, E-Mail: info@bdv-bln.de, Internet: www.ostpreussen-berlin.de. Geschäftszeit: Donnerstag von 14 Uhr bis 16 Uhr Außerhalb der Geschäftszeit: Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.



Bartenstein – Anfragen für gemeinsame Treffen: Elfi Fortange, Telefon (030) 4944404.



Königsberg – Freitag, 17. August, 14 Uhr, Johann-Georg-Stuben-Straße 10, 10709 Berlin-Halensee: Treffen. Anfragen bei Elfi Fortange, Telefon (030) 4944404.



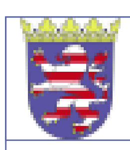
HAMBURG

Erster Vorsitzender: Hartmut Klingbeutel, Haus der Heimat, Teilfeld 8, 20459 Hamburg, Tel.: (040) 444993, Mobiltelefon (0170) 3102815.

Hamburg – Sonnabend, 21. Juli, 14 Uhr (Einlass ab 13 Uhr) bis zirka 17 Uhr, Hotel NewLivingHome, Julius-Vosseler-Straße 40, Hamburg-Lokstedt: Sommerfest der Landesgruppe. Das Residenzhotel liegt etwa 50 Meter entfernt von der Haltestelle Hagenbecks Tierpark (U-Bahn Linie U 2 oder Buslinie 22, 39, 181 und 281) und ist auf ebenem Wege gut zu erreichen. Es erwarten Sie Christel Neumann von der Stadtgemeinschaft Königsberg mit Gedichten, Versen und Erinnerungen aus Ostpreußen und die Musikgruppe „Im Herzen jung“ unter Leitung von Viktor Diehl. Kaffeepause von 14.45 Uhr bis 15.15 Uhr. Ein Stück Torte und ein Stück Butterkuchen, Kaffee satt für 10 Euro pro Person. Gäste sind wie immer herzlich willkommen.



Hamburg-Bergedorf – Freitag, 27. Juli, 15 Uhr, Haus des Begleiters, Harders Kamp 1: Treffen der Frauengruppe zum Thema „Nicolaus Copernicus, Astronom, der Mann der die Welt veränderte“ mit Thorner Katharinchen und Kaffee.



HESSEN

Vorsitzender: Ulrich Bonk, Stellvertretender Vorsitzender: Gerhard Schröder, Engelmühlenweg 3, 64367 Mühltal, Telefon (06151) 148788

Wiesbaden – Sonnabend, 21. Juli, 15 Uhr, Erbenheim „Kleingartenverein am Wasserwerk“: Sommer-Gartenfest für bereits angemeldete Personen. Am Grill werden Steaks und Würstchen zubereitet, dazu gibt es Kartoffelsalat. Zuvor verwöhnen wir Sie mit Kaffee und leckerem Kuchen. Mit Musik und Gesang unterhält Sie wieder Mathias Budau. Das Gartenfest findet bei jeder Witterung statt; überdachte Bereiche stehen zur Verfügung. ESWE-Bus: Linie 15 bis Wi-Erbenheim, Haltestelle „Barbarossastraße“.



NIEDERSACHSEN

Vorsitzende: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 42684. Schriftführer und Schatzmeister: Hilde Pottschien, Volgerstraße 38, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 7684391. Bezirksgruppe Lüneburg: Heinz Kutzinski, Im Wiesengrund 15, 29574 Ebstorf, Telefon (05822) 5465. Bezirksgruppe Braunschweig: Fritz Folger, Sommerlust 26, 38118 Braunschweig, Telefon (0531) 2 509377. Bezirksgruppe Weser-Ems: Otto v. Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenau, Telefon (05901) 2968.

Braunschweig – Mittwoch, 25. Juli, Jasperallee 42: Im Juli findet wegen der Sommerpause keine Versammlung statt. Die nächste Monatsversammlung ist am 22. August um 15 Uhr.



NORDRHEIN-WESTFALEN

Vorsitzender: Wilhelm Kreuer, Geschäftsstelle: Buchenring 21, 59929 Brilon, Tel. (02964) 1037, Fax (02964) 945459, E-Mail: Geschaeft@Ostpreussen-NRW.de, Internet: www.Ostpreussen-NRW.de

Landesgruppe – Dienstag, 31. Juli: Einsendeschluss für die Festschrift zum 70-jährigen Bestehen der Landesgruppe NRW.

Alle Kreisgruppen in NRW werden gebeten, sich in Beiträgen mit ihren Aktivitäten, besonderen Veranstaltungen, herausragende Persönlichkeiten, grenzüberschreitenden Aktivitäten und Dergleichen darzustellen. Abbildungen sind erwünscht, aber nicht Bedingung.

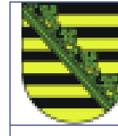
Die eingereichten Beiträge sollten, falls möglich, in elektronischer Form als Text-Dokument an den den Vorsitzenden der Landesgruppe, Wilhelm Kreuer, E-Mail: Kreuer@Ostpreussen-NRW.de, gesandt werden. Maschinenschriftliche Beiträge können ebenfalls eingereicht werden, müssen dann aber OCR-lesbar sein. Handschriftliche Beiträge können leider nicht verarbeitet werden. Postalische Zusendungen werden erbeten an die Geschäftsstelle der Landesgruppe.

Düren – Mittwoch, 1. August, 18 Uhr, Haus des Deutschen Ostens, Holzstraße 7a: Heimatabend „Sommerimpressionen“.

Düsseldorf – Sonnabend, 21. Juli, 11 Uhr, Infostand Hauptbahnhof Düsseldorf: Wandertreff. – Dienstag, 24. Juli, 19 Uhr, GHH: Lesung mit Hans Pleschinski-Wiesenstein.

Köln – Das nächste Treffen der Ostpreußengruppe findet am Mittwoch, dem 8. August um 14 Uhr im „Café zum Königsforst“ an der Endhaltestelle der KVB-Linie 9 Königsforst statt. Im Gegensatz zu den vergangenen Jahren, als wir den August zur Urlaubszeit deklarierten und keine Versammlungen abhielten, wollen wir nun die Treffen mit der Pommerngruppe abstimmen – und die kommt auch im August zusammen. Wer daher Lust hat, darf gern am oben genannten Termin das Café aufsuchen. – Außerdem ist noch bekanntzugeben, dass die Pommerngruppe am Sonnabend, dem 1. September ab 14 Uhr einen fröhlichen Nachmittag im Vereinslokal „Haus Aubele“ in Thielenbruch, Gemarkenstraße 173, veranstaltet. Bei Kaffee und Kuchen spielt das vielen bekannte „Senioren-Blasorchester“ alte und neue Weisen. Wir sind auch eingeladen. Das Lokal ist mit den Straßenbahn-Linien 13 und 18 zu erreichen.

Neuss – Jeden ersten und letzten Donnerstag im Monat, 15 bis 18 Uhr, Ostdeutsche Heimatstube, Oberstraße 17: Tag der offenen Tür. – Donnerstag, 13. September, bis Sonnabend, 22. September: Große Ostpreußenreise über Stettin, Danzig, Marienburg, Masuren, Thorn und Posen. Anmeldung: Peter Pott: Zollstraße 32, 41460 Neuss, Telefon (02131) 3843400. Programm bitte anfordern.



SACHSEN

Vorsitzender: Alexander Schulz, Willy-Reinl-Straße 2, 09116 Chemnitz, E-Mail: alexander.schulz-agentur@gmx.de, Telefon (0371) 301616.

Leipzig – Erinnerung an Ostpreußen in Schloss Döben –

Auf Einladung der aus Ostpreußen stammenden Familie von Below in Schloss Döben bei Grimma führte der BdV Kreisverband Leipzig mit dem Chor „Lied der Heimat“ bereits zum dritten Mal eine Ostpreußenveranstaltung durch. Im schön renovierten Brauereisaal wurde besonders zu Ehren des alten Herrn von Below und der Familie ein Programm mit ostpreußischen Heimatliedern dargeboten; auch Rezitationen in heimatlicher Mundart, vorgetragen von Irmgard Schäfer und Inge Scharrer bereicherten das Chorprogramm.

Ein persönlicher Lichtbildervortrag „Königsberg heute“ von Herrn Bartleid fand sehr aufmerksame Zuhörer.

Dorothea von Below stellte das neu erschienene Buch „Rezepte aus der Schlossküche“ vor, das auch viele Informationen über die Familiengeschichte enthält.

Als Dank wurde dem Vorsitzenden Peter Wolf und einigen Chormitgliedern das Buch als Geschenk überreicht.

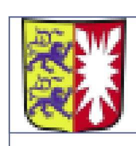
Zum Mittagessen wurden wir mit selbstgekochter Erbsensuppe, Würstchen und kaltem Getränk bewirtet.

Neben den Landsleuten aus Grimma war auch der Landtagsabgeordnete Herr von Breitenbuch als Gast anwesend und äußerte sich erstaunt und erfreut über das vielseitige Programm des Leipziger Chores.

Es gab viel Lob und dankbare Worte für die Freude, die wir besonders dem alten Herrn von Below bereitet haben. Der Sohn, Dr. von Below drückte das mit den Worten aus, dass wir seinem Vater „das schönste Geschenk“ bereitet haben. Hier bewahrheitet sich einmal wieder der Ausspruch von Jean Paul: „Erinnerung ist das einzige Paradies, woraus wir nicht vertrieben werden können“.

Bei dieser Veranstaltung war es die Erinnerung an unsere unvergessene Heimat Ostpreußen. *I. Scharrer*

Limbach-Oberfrohna – Mittwoch, 8. August: Termin mit der Gerhard-Hauptmann-Oberschule: Marienburg und deren Bedeutung für die Entwicklung Ostpreußens.



SCHLESWIG-HOLSTEIN

Vors.: Edmund Ferner, Julius-Wichmann-Weg 19, 23769 Burg auf Fehmarn, Telefon (04371) 8888939, E-Mail: birgit@kreil.info

Bad Oldesloe – Thema der Juli-Runde der Ost- und Westpreußen in Bad Oldesloe war „Heimatmuseen und Heimatstuben.“ Als Beispiele nannte die Vorsitzende das Ostpr. Landesmuseum in Lüneburg, das von einzelnen Mitgliedern und vor einigen Jahren auch von der Gruppe besucht wurde, dann das Westpr. Landesmuseum in Warendorf, das von Münster-Wolbeck in das ehem. Franziskanerkloster in Warendorf umzog. Das Marienwerderer Zimmer in Celle erhielt vor etwa zwei Jahren ein gutes Domizil im Alten Rathaus in Celle. Der Heimatkreis Marienwerder konnte sich vergewissern, dass auch Celle am Fortbestand des Marienwerderer Zimmers interessiert ist. Außer der Patenschaft zum früheren Marienwerder hat Gelle eine 25jährige Partnerschaft zum heutigen Marienwerder/Kwidzyn.

Besonders aktiv ist das Heimatmuseum Lötzen in der Patenstadt Neumünster mit laufenden Sonderausstellungen und Vortragsveranstaltungen.

Im Verlauf der regen Aussprache wurde auch das Kulturzentrum Ostpreußen im Deutschordensschloß Ellingen in Bayern mit seinen Exponaten, Sonderausstellungen und Veranstaltungen erwähnt. Und es wurde auch darüber gesprochen, dass die Exponate aus, dem Marienburger Museum in Hamburg ins polnische Marienburg/Malbork gebracht wurden, da das Hamburger Museum sie nicht aufnehmen konnte. Geburtstagskinder des Monats waren Hildegard Neppessen und Karla Baltrusch. *Gisela Brauer*

Neumünster – Die Gruppe trifft sich am Mittwoch, 8. August, um 15Uhr in der Stadthalle am Kleinflecken. Ein Kreppsche voll ostpreußischer Mundart, so schabberten wir to Hus, ein typischer ostpreußischer heiterer Nachmittag mit kulinarischen Spezialitäten. Gäste sind willkommen. *Brigitte Profé*

Vorfreude auf „Die Reise nach Tilsit“

Zu den bekanntesten Werken des aus Preußisch Litauen stammenden Schriftstellers und Dramatikers Hermann Sudermann (1857– 1928) gehört seine Erzählung „Die Reise nach Tilsit“. Nach dieser Vorlage ist ein Schauspiel in drei Akten entstanden, das unter der Regie von Raimar Neufeldt an der Dittchenbühne Elmshorn am 24. August Premiere haben wird. Alle Aufführungen finden als 16-Uhr-Termin statt, der mit einem Kaffeetrinken (mit einem Bärenfang) kombiniert werden kann.

Auskünfte und Kartenreservierungen über buero@dittchenbuehne.de oder Telefon (04121) 89 710.

Museumsstücke

Ausgewählte Exponate des Ostpreußischen Landesmuseums


Bild: OL

Charakteristischer Fischerkahn: Originalgetreuer Sprietkahn

Das Ostpreußische Landesmuseum ist das einzige Museum in Deutschland, das die reiche Kultur und Geschichte der ehemaligen deutschen Provinz Ostpreußen in Gänze thematisiert.

Aufgabe des Museums ist die Bewahrung und Erforschung der Geschichte und Kultur Ostpreußens sowie die museumsgemäße Darstellung seiner vielgestaltigen Jahrhunderte währenden Realität. Zukünftig werden wir in einer eigenen Abteilung auch die Kulturgeschichte der sogenannten Deutschbalten thematisieren, welche als deutschsprachige Minderheit im heutigen Estland und Lettland lebten. Der genaue Auftrag ergibt sich auf Grundlage des Paragrafen 96 des Bundesvertriebenengesetzes und der Satzung der Ostpreußischen Kulturstiftung.

Die museale Arbeit geschieht in Zusammenarbeit mit polnischen, russischen und litauischen Museen und Kulturinstitutionen, die heute im ehemaligen Ostpreußen tätig sind sowie entsprechenden Partnern in Estland und Lettland für die deutschbaltische Abteilung. Die Dauerausstellung des Museums wird erweitert und ist daher derzeit geschlossen. Die Wiedereröffnung erfolgt am 26. August 2018. Bis dahin werden in der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* besondere Objekte aus dem Bestand des Museums vorgestellt.

Moderne Kastenfalle

Jagd ist nicht nur eine aktive Tätigkeit. Viele Säugetiere, die Schäden anrichten und deren Bestände nicht zu groß werden dürfen, werden passiv in Fallen gefangen. Anders als früher werden sie lebend gefangen und dann ohne Qualen getötet oder an Orte verbracht, an denen sie keinen Schaden anrichten können. Diese Falle, WEKA intensiv, wurde für den Fang von Waschbären, Nutrias, Minks und Bisam(ratten) entwickelt. Bei all diesen Arten handelt es sich um Neubürger aus Amerika, die in Mitteleuropa ideale Bedingungen vorfinden und praktisch keine Feinde haben.

In seiner Ausstellungseinheit „Moderne Jagd" zeigt das Ostpreußische Landesmuseum, wie Jagd heute zu verstehen ist und wie sehr sie sich gegenüber der vor 1945 ausgeübten Jagd in Ostpreußen verändert hat. Die hier vorgestellte Falle wurde uns von Christian Westerkamp geschenkt, der sie entwickelt hat.

Sprietkahn vom Kurischen Haff

Das Modell im Maßstab 1:15 zeigt detailgenau den Aufbau, die Besegelung und die Oberfläche an Bord eines charakteristischen Fischerkahns vom Kurischen Haff. Die Sprietstange, ein langes Holzstück, das das Großsegel spannt, war typisch für die Boote der Nehrungsbewohner, während die vom Ostufer des Haffs eine Gaffel verwendeten. Dieses Boot war ein Keitelkahn, das den Stintkeitel, ein sackartiges Grundnetz, über den Gewässerboden zog.

Das Modell wurde von Klaus Plonus nach sechsjähriger Bauzeit 2006 fertiggestellt und uns 2014 geschenkt. In der Zwischenzeit wurde es auf sieben nationalen und internationalen Wettbewerben vorgestellt und sechsmal mit Gold und einmal mit Silber prämiert. Es ist in der Abteilung Wirtschaft in der Weimarer Zeit zu sehen. *OL*



Moderne Falle: Mit ihr werden aus Amerika eingewanderte Tierarten gefangen Bild: OL



Neue Nachbarn

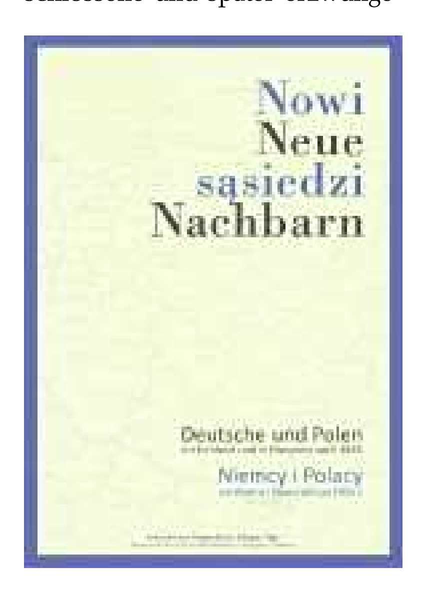
Deutsche im Ermland und in Masuren nach 1945

Die Beschäftigung mit der unmittelbaren Nachkriegszeit rückt immer mehr in den Fokus historischer Untersuchungen. Daher begann das Kulturzentrum Ostpreußen in Ellingen im Frühjahr 2016 sein inzwischen drittes Zeitzeugenprojekt unter dem Titel „Neue Nachbarn – Deutsche und Polen im Ermland und in Masuren nach 1945". Dessen Ziel bestand darin, die Jahre nach Ende des Zweiten Weltkrieges im südlichen Ostpreußen mittels persönlicher Erlebnisberichte näher zu beleuchten. Eine Vielzahl von Publikationen liegt dazu inzwischen vor.

Hier wurde jedoch ein anderer Weg beschritten, auch im Hinblick auf die Vorgabe, später ein zweisprachiges Ergebnis vorlegen zu können. So wurden insgesamt 15 Personen ausführlich befragt, die nach dem Einmarsch der Roten Armee in ihrer Heimat verblieben, entweder bis zum heutigen Tag oder später in die Bundesrepublik Deutschland oder in die DDR ausreisten. Die Grundvoraussetzung war dabei die Beherrschung beider Sprachen. Die interessantesten Passagen der Interviews wurden entsprechenden Fragestellungen zugeordnet und fanden Platz auf zwei CDs. Diese Schilderungen erheben nicht den Anspruch, repräsentativ für die untersuchte Zeit zu sein. Spezielle persönliche Schicksale und unterschiedliche Sichtweisen zeichnen jedoch ein facettenreiches Bild.

Parallel dazu entstand ein komplett zweisprachiges Begleitheft mit 72 mehrfarbigen Seiten, das in mehrere Teile gegliedert ist:

Der einführende wissenschaftliche Artikel von Gerhard Doliesen mit dem Thema „Woher kamen 1945 die polnischen Einwanderer nach Ostpreußen" beschreibt detailliert und mit Belegen, Landkarten und Bildern versehen, wie die durch die polnische Regierung bereits vor Kriegsende beschlossene und später erzwungene Wanderungsbewegung und damit die Inbesitznahme der deutschen Gebiete erfolgte.



Danach werden in der Broschüre die Interviewpartner mit Fotos vorgestellt. Sie schildern ihre ersten Erfahrungen mit den „neuen Nachbarn" bei Behörden und im täglichen Leben, sprechen über deutsch-polnische Heirat, die Erfahrungen beim Erlernen der polnischen Sprache, die Gründe, nach vielen Jahren doch noch in den Westen auszureisen und letztendlich die damit verbundenen Schwierigkeiten.

Es folgt die Präsentation bisher weitgehend unbekannte polnische Dokumente aus dem Staatsarchiv Allenstein. Abschließend geben zeitgenössische Fotografien einen optischen Eindruck dieser bewegten Jahre. Ein solches Vorhaben ist für Ostpreußen bisher noch nicht realisiert worden.

Projektleiter war der Direktor des Kulturzentrums Ostpreußen Wolfgang Freyberg. Seine Mitarbeiter in Ellingen und er erarbeiteten und gestalteten die Publikation. Als Projektmitarbeiterin, zuständig für die Interviews, die inhaltliche und technische Zusammenstellung der CDs, konnte Gabriela Czarkowska-Kusajda gewonnen werden, die bereits erfolgreich die ersten beiden Zeitzeugenprojekte mitgestaltet hat.

Besonderer Dank für die Nutzungserlaubnis von Dokumenten und Fotografien gelten dem Staatsarchiv in Allenstein, Direktor Norbert Kasparek, dem Museum für Ermland und Masuren, Direktor Piotr Zuchowski sowie dem Freistaat Bayern, der dieses Projekt über zwei Jahre lang finanziell gefördert hat. *M. E. Fritsche*

Der Broschüre liegen die beiden CDs (wahlweise auf Deutsch oder Polnisch) mit den Interviews bei. Die Bestellung kann zum Preis von 11 Euro zuzüglich Versand über das Kulturzentrum Ostpreußen, Postfach 17, 91791 Ellingen, Telefon (09141) 86440 oder E-Mail: info@kulturzentrum-ostpreussen.de erfolgen.

Sonderausstellung Wolfskinder

Ellingen – 1941 war Ostpreußen ein Aufmarschgebiet für den Angriff auf die Sowjetunion. Ende 1944 stand die Rote Armee ihrerseits an der ostpreußischen Grenze. Hunderttausende flohen, um befürchteter Rache und Vergeltung zu entgehen. Immer wieder gingen Kinder auf der Flucht verloren oder erlebten den Tod der eigenen Familie. Das Kulturzentrum Ostpreußen zeigt noch bis Sonntag, 2. September, die Sonderausstellung „Wolfskinder – Verlassen zwischen Ostpreußen und Litauen".

Diese Wanderausstellung dokumentiert in nie zuvor gezeigten Bildern und Textzeugnissen den Weg der Wolfskinder bis heute. Sie basiert auf einem Zeitzeugenprojekt der Fotografin Claudia Heinermann und der Journalistin Sonya Winterberg.

Das Kulturzentrum Ostpreußen ist Dienstag bis Sonntag, 10 bis 12 Uhr und 13 bis 17 Uhr geöffnet. Schloßstraße 9, 91792 Ellingen/Bayern, Telefon (09141) 86440, Internet: www.kulturzentrum-ostpreussen.de.

40 Erinnerungsstücke der Hansestadt anvertraut

Danzigertreffen würdigt mehrere Deutsche der lokalen Geschichte – Gedenktafel am Kindertransport-Denkmal eingeweiht

Mehr als 180 Veranstaltungen wurden am vergangenen Wochenende ehemaligen und heutigen Danzigern sowie Besuchern in der alten Hansestadt geboten. Alle vier Jahre findet das Fest statt. Drei Tage lang wurde gefeiert. Das eigens für dieses Treffen eingerichtete Informationszentrum auf der Grünen Brücke, die zum Grünen Tor führt, zählte fast 4000 Besucher. Viele der Gäste kamen nicht mit leeren Händen in ihre Heimatstadt.

So wurden dem „mobilen Museum" des Danziger Stadtmuseums an seinem kurzzeitigen Standort auf der Grünen Brücke etwa 40 Erinnerungsstücke von Besuchern als Schenkung anvertraut. Das wertvollste ist wohl die zehn Bände umfassende Chronik der Bankbrüderschaften des Artushof zu Danzig in Lübeck, die Gerd-Dietrich Ewert übergab. Ewert blickt über Generationen auf Danziger Vorfahren zurück und engagiert sich bereits seit über 30 Jahren in den Bankbrüderschaften des Artushofs.

Vor über 600 Jahren bildeten Kaufleute und Schiffer in der Hansestadt Danzig eine Vereinigung – „die gemeine Gilde". Sie trafen sich im Artushof, um Informationen über ihre Handelsreisen auszutauschen und Geselligkeit zu pflegen. Ende des 15. Jahrhunderts wurden daraus mehrere selbstständige Brüderschaften. „Sitzgruppen aus langen Tischen und Bänken förderten das Zusammenwachsen der Brüderschaften. Aus den Tischrunden wurden Bankbrüderschaften oder kurz Banken", so Ewert in einem Vortrag zur Geschichte der Bankbrüderschaften.

Barbara von Hoene überreichte der Stadt ein Testament von Emilie von Hoene aus dem Jahre 1917. Dieses Testament regelt die Zukunft des Hoeneparks. Vor dem Krieg war dieser im nahegelegenen Ohra (Orunia) ein Sommersitz der Danziger Kaufmannsfamilie Hoene. 1918 vermachte ihn Emilie Hoene der Gemeinde Ohra. Durch die Eingemeindung 1933 ging der Park in den Besitz der Stadt Danzig über. „Das Danziger Museum sammelt auch über das Danzigertreffen hinaus Erinnerungsstücke und Artefakte. Digitale Kopien solcher Schätze werden ins Internet auf www.dziedzictwo-gdansk.pl gestellt", versichert Andrzej Gierszewski, Pressesprecher des Museums.

Im Uphagenhaus in der ul. Dluga 12, einem der wichtigsten Baudenkmäler der Stadt, wird an den am längsten amtierenden Oberbürgermeister Leopold von Winter (1863 bis 1890) erinnert. Von Winter gehörte als Mitglied der Nationalliberalen Partei von 1871 bis 1878 dem Reichstag an. Ab 1872 war er Mitglied des Preußischen Herrenhauses. Er war auch Mitglied des Provinziallandtages für Westpreußen und gehörte von 1878 bis 1890 dem Provinzialausschuss an. Zudem war er im „Deutschen Verein für öffentliche Gesundheitspflege" tätig. Desweiteren engagierte er sich in der „Danziger Naturforschenden Gesellschaft". In dieser setzte er 1862 eine Satzungsänderung durch, nach der nunmehr jedem interessierten Danziger der Zugang offenstand. 1890 wurde er zum Ehrenbürger der Stadt ernannt. Das Uphagenhaus, dessen erster Besitzer der Danziger Kaufmann und Ratsherr Johann Uphagen war, wurde ab 1910 in ein Museum umgewandelt. 1944 wurde die Innenausstattung des Hauses ausgelagert und überdauerte so unversehrt den Krieg. Das Gebäude selbst wurde hingegen fast vollständig zerstört. In den 50er Jahren wurde es nach alten Plänen und Fotografien wiederaufgebaut und 1998 als Museum bürgerlicher Wohnkultur seiner Bestimmung übergeben.



Bild: Avishai Teicher/CF

Am Danziger Hauptbahnhof: Kindertransport-Denkmal

Im Rahmen des diesjährigen Danzigertreffens wurde auch eine Gedenktafel in Memoriam Frank Meisler eingeweiht. Der im März dieses Jahres verstorbene Bildhauer ist Schöpfer des „Kindertransport"-Denkmals am Danziger Hauptbahnhof. Meisler wuchs in Danzig auf, sein Vater betrieb ein kleines Transportgewerbe, das er unter antisemitischem Druck der Nationalsozialisten auf die andere Seite der Grenze, nach Polen, verlegen musste. Ende August 1939 konnten ihm seine Eltern zusammen mit 14 anderen jüdischen Kindern die Flucht mit dem letzten der drei Kindertransporte aus Danzig ermöglichen. Bei der Tafelenthüllung waren Meislers Lebensgefährtin und seine zwei Töchter mit Familien anwesend.

Eine weitere Erinnerungstafel wurde am 8. Juli auf dem Schönfelder Friedhof eingeweiht. Sie wurde ehemaligen Danzigern und den 2012 dort entdeckten Überresten napoleonischer Soldaten gewidmet. „Ich hoffe, dass die nächsten Generationen auch uns gedenken werden", sagte Stadtpräsident Pawel Adamowicz, der Initiator des Treffens, das 2018 zum fünften Male stattfand. *Chris W. Wagner*

„Pommern lebt solange, wie wir es wollen!“

Drei befreundete Landsmannschaften beteiligten sich an der NRW-Kulturveranstaltung auf Schloss Burg bei Solingen

Mit diesen Worten nahm Detlef Lindemann, Vertreter der Pommerschen Landsmannschaft Landesgruppe NRW sowie Vertreter der Bundeslandsmannschaft der Pommern, beim Heimattreffen auf Schloss Burg Bezug auf die Herausforderungen der Gegenwart und der Zukunft: „Es ist nun unsere Aufgabe, unsere ostdeutsche-pommersche Kultur in das ganze gegenwärtige Deutschland einzubringen und hier zu bezeugen.“

Und er betonte: „Wenn wir auch unsere materielle Heimat verlassen mussten, die geistige und kulturelle Heimat ist uns geblieben, ja, wir haben sie mitgenommen und in unseren Herzen bewahrt. Sie ist ein wesentlicher Teil auch unserer deutschen und damit europäischen Kultur. Das immer wieder zu bezeugen und daran zu erinnern, war und bleibt unser Auftrag“.

An der diesjährigen Kulturveranstaltung der Landsmannschaften Ostpreußen, Pommern und Schlesien – Landesgruppen Nordrhein-Westfalen – auf Schloss Burg an der Wupper haben bei schönstem Sommerwetter Persönlichkeiten des politischen und sozialen Lebens sowie zahlreiche Landsleute und Freunde teilgenommen. Die vor wenigen Jahren noch als „Kleines Ostpreußen-Treffen“ bekannte traditionelle Begegnung unter dem Zeichen der Elchschaufel hat inzwischen Verstärkung bekommen. Diesmal verbrachten Ostpreußen, Schlesier und Pommern gemeinsam einen erlebnisreichen und informativen Heimattag.

Die Veranstaltung auf dem Plateau vor der Gedenkstätte des Deutschen Ostens auf Schloss Burg bot den Besuchern zum einen Gelegenheit zum gemütlichen „Plachandern“ und zum Genießen von typischen „heimatlichen“ Spezialitäten, zum anderen die Möglichkeit zum Austausch von Erinnerungen und zu Gesprächen mit Gleichgesinnten. Bei einem Rundgang konnten die Besucher an den Ständen der drei Landsmannschaften viel Wissenswertes zu den jeweiligen Heimatregionen aus erster Hand erfahren.

Grußworte und Botschaften

Das Kulturprogramm auf Schloss Burg bei Solingen startete mit einem stimmungsvollen Platzkonzert, das auch diesmal das Oberschlesische Blasorchester aus Ratingen bestritt.

Die Teilnehmer des Heimattreffens lauschten ehrfurchtsvoll dem Läuten der Königsberger und der Breslauer Glocken sowie den anschließenden Grußworten und Botschaften. Ein geistliches Wort bot Pfarrer Michael Mohr, Stadtdechant von Solingen. Er verwies darauf, dass es gut sei, an die Heimat zu denken sowie Erfahrungen und Erinnerungen aus früheren Zeiten mit anderen Menschen zu teilen.

Zum Gedenken an die Opfer von Gewalt, Krieg und Vertreibung sprach Klaus-Arno Lemke, stellvertretender Vorsitzender und Schatzmeister der Landsmannschaft Ostpreußen NRW. Es wurde ein Kranz niedergelegt.

(Siehe Bild unten rechts: Die Vorsitzenden der drei Landsmannschaften bei der Totenehrung in der Gedenkstätte. V.l.n.r.: Detlef Lindemann, Pommern; Rudi Pawelka, Schlesien und Wilhelm Kreuer, Ostpreußen.)

Die Grußworte der Landesvorsitzenden der drei Landsmannschaften hatten einen gemeinsamen Tenor: Man war froh, dass aufgrund der guten Kooperation auch diesmal ein abwechslungsreiches Programm an der Gedenkstätte des Deutschen Ostens bestritten werden konnte.

Rudi Pawelka, Vorsitzender der Landsmannschaft Schlesien in NRW und BdV-Landesvorsitzender NRW, betonte, dass das reiche ostdeutsche Erbe bewahrt und gepflegt werden müsse, um nicht in Vergessenheit zu geraten. Die Kulturveranstaltung auf Schloss Burg, bei der jede der drei teilnehmenden Landsmannschaften ihre kulturellen Eigenarten aufzeigt, sei – so Pawelka – eine Bereicherung für alle.

Wilhelm Kreuer, der Vorsitzende der Landsmannschaft Ostpreußen - Landesgruppe NRW, sprach über die ostpreußische Identität, die sich als Teil der gesamtdeutschen Kulturlandschaft wiederfindet. Er übermittelte Grüße von Stephan Grigat, dem Sprecher der Landsmannschaft Ostpreußen, der der Veranstaltung auf Schloss Burg einen guten Verlauf wünschte.

Pommern-Vertreter Detlef Lindemann definierte den Begriff „Heimat“ und betonte, dass es sich dabei nicht nur um etwas Vergangenes handle, sondern dass Heimat die Menschen von innen und von außen her geprägt habe. Es sei ein wichtiges Anliegen der Landsmannschaft, die junge Generation für die Geschichte und Kultur Pommerns zu interessieren.

Lindemann schussfolgerte: „Ein Mensch kann seine Zukunft nur gewinnen, wenn er weiß, wo seine Wurzeln sind und wo er herkommt. Pommern lebt solange, wie wir es wollen!“

Verlesen wurden Grußworte von Rüdiger Scholz MdL und vom Staatssekretär Klaus Kaiser. Die Festansprache bot Hans Eifler, der einen Vortrag zum Thema „Unrecht der Vertreibung“ hielt.

Im Namen der jungen Generation sprach Tobias Link, BJO-Regionalvorsitzender West, der Aktivitäten und Ziele des Bundes im Hinblick auf die Bewahrung des kulturellen und geschichtlichen Erbes Ostpreußens hervorhob. Er wandte sich an die Anwesenden mit der Bitte, im Familien– und Freundeskreis das Interesse für die Vergangenheit und Gegenwart Ostpreußens zu wecken.

Bernstein, Salzkuchen und bunter Reigen

In der Gedenkstätte des deutschen Ostens waren Auszüge aus der Dokumentation „Vertrieben – und vergessen? Pommern in der deutschen und europäischen Geschichte“ zu sehen. Die Wanderausstellung wurde vom heimatpolitischen Arbeitskreis der Pommerschen Landsmannschaft e.V. - Landesgruppe NRW erstellt. Mit detaillierten Informationen brachte Helfried Glawe den Besuchern die Schwerpunkte der Schau näher. Die pommersche Landsmannschaft war übrigens u.a. mit Vertretern aus Dortmund – Erika Glasener, Edeltraud und Helfried Glawe – sowie aus Wuppertal – Horst Brüger – beim Heimattreffen dabei.

An den Ständen auf dem Vorplatz der Gedenkstätte boten die drei Landsmannschaften neben Büchern und Landkarten auch Bildbände sowie Literatur zu Trachten und Volkstänzen an. Schmuckstücke aus Bernstein, dem Gold der Ostsee, waren ebenso zu sehen und zu erwerben, wie auch schlesische Brot- und Backwaren, die nach alten Rezepturen hergestellt wurden. Letztere konnten am Stand der Bäckerei Artur Müller aus Schwelm probiert, vor Ort genossen oder gekauft werden.

In der Gunst der Besucher standen die pommerschen Salzkuchen und der schlesische Mohnkuchen ganz oben auf der Liste. Leckere, selbstgebackene Kuchen und reichlich Information gab es auch am Ostpreußen-Stand „Cafe Lorbaß“, der vom 17jährigen Erik und seinem Vater Michael Kobus betreut wurde. Begehrt waren nicht zuletzt auch edle Tropfen – wie etwa die bekannten Kräuterliköre Stonsdorfer und Schit-Lot-Em.

Der kulturelle Teil des Heimattreffens wurde von Dr. Bärbel Beutner eingeleitet. Bei dieser Gelegenheit stellte die Kultur- und Frauenbeauftragte der Landsmannschaft Ostpreußen neue Publikationen vor, darunter die historische Entdeckungsreise von Peter Börner „Die Deutschen und ihr Nationalgefühl“ sowie aktuelle Literatur von Martin Schröder.

Für gute Stimmung sorgten die jungen und jung gebliebenen Mitglieder der Danzdeel Salzkotten. Zum Repertoire der Gruppe zählen traditionelle pommersche und niederdeutsche Tänze, welche sie durch internationale Tanzweisen ergänzen. Sie begeisterten das Publikum auf Schloss Burg mit einem bunten Programm bestehend aus Chor, Musik und Volkstänzen.

Mit dem „Bergischen Heimatlied“ wurde der erlebnisreiche Begegnungstag auf Schloss Burg bei Solingen abgerundet. Viele der Anwesenden hoffen, im nächsten Jahr wieder gesund dabei zu sein.

Text + Fotos: Dieter Göllner





Heimattag – Stimmungsbilder von der diesjährigen Kulturveranstaltung der Landsmannschaften Ostpreußen, Pommern und Schlesien auf Schloss Burg

Die pommersche Gruppe Danzdeel Salzkotten – Pommern-Stände mit Literatur aus der Heimat und Salzkuchen







Einladung zum Stettiner Treffen

Herzlich willkommen, liebe Stettiner, zum „65. Tag der Stettiner“ am Sonnabend, 4. August 2018

in der Patenstadt Hansestadt Lübeck (65 Jahre Patenschaft – Urkunde von 1953)
im „Haus Stettin“, Hüxterdamm 18a (Begegnungsstätte seit 33 Jahren)



Wir freuen uns über Ihre Teilnahme an diesem besonderen Treffen, denn wir feiern auch das
Stadtjubiläum unserer Heimatstadt!

775 Jahre
1243 —— 2018
Stettin gegründet nach Magdeburger Stadtrecht



Programm: (Änderungen vorbehalten)

10.00 Uhr	Eröffnung des 65. Tag der Stettiner im „Haus Stettin“ durch die Vors. des Heimatkreises Stettin, Frau U. Zander und durch den Vors. des Fördervereins Haus Stettin, Herrn D. Rhodgeß
10.15 Uhr	Morgenandacht im „ Haus Stettin“ gehalten vom Theologen Dr. Dr. h. c. Karl-Heinz Kuhlmann, Pastor im Ruhestand; gegenwärtig predigt er noch in der Nordkirche, in Vor- und Hinterpommern und Stettin. 1945 musste er mit der Mutter aus Stettin flüchten! Anschließend Totenehrung: Herr E. Gaese spricht Worte des Gedenkens an der Kirchenglocke mit Kranzniederlegung. Dieser wird am Sonntag nach Travemünde zum Gedenkstein an der Versöhnungskirche verbracht.
11.00 Uhr	Grußworte
11.30 Uhr	Festansprache gehalten von dem ehemaligen „Stettiner Jung“ aus Kreckow, Dipl.-Ing. Karl-Heinz Engelmann Pommernlied und Nationalhymne
13.00 Uhr	Mittagspause – Gelegenheit, das „Haus Stettin“ mit seinen Ausstellungsstücken näher zu betrachten oder sich in den Restaurants im Nahbereich zu versorgen.
14.30 Uhr	gibt es im Galeriezimmer ständige Filmvorführungen: „Geheimnisvolle Orte“ und „Kindheit in Stettin“ sowie historische Fotos aus der digitalen Sammlung „Mein Stettin“ Gemütliches Beisammensein im Gartenzelt hinter dem Haus bei Kaffee und Kuchen sowie Erfrischungsgetränken bis zum Ausklang.
18.00 Uhr	Offizielle Beendigung – „Auf ein Wiedersehen!“

Foto: D. Suda

Haus Stettin in Lübeck, Hüxterdamm 18 a

Am Freitag, 3. August 2018 treffen sich dort um 14.00 Uhr die Mitglieder des **„Fördervereins Haus Stettin“** zur Jahreshauptversammlung. Mitarbeiter des Heimatkreises Stettin haben eine digitale Sammlung von historischem Bild- und Textmaterial „Mein Stettin“ auf einer Festplatte zusammengestellt, die dort zum Selbstkostenpreis bestellt werden kann. Des Weiteren wird u.a. das Stettiner Heft Nr. 21 „Veduten – Stettin auf weißem Gold“ vorrätig sein. – Auch der „Stettiner Bürgerbrief 2018“ wird zu diesem Termin druckfrisch erscheinen. Die extra für diesen Feiertag geprägte Teilnahmeplakette kostet 5,00 €. Falls Sie spenden möchten für die Arbeit des Heimatkreises: Konto: IBAN: DE14 2001 0020 0691 1852 03 BIC: PBNKDEFF

Wir danken Ihnen schon im Voraus für Ihr Kommen und wünschen eine gute Anreise und ein frohes Wiedersehen mit heimattreuen Landsleuten!

Veranstalter: Heimatkreis Stettin in der Pommerschen Landsmannschaft.

Politisch korrekt oder christlich?

Das Jubiläumstreffens sollte mit einer Andacht in der St. Marien-Kirche zu Lübeck beginnen, Predigt Pastor i.R. Prof. Dr. Karl-Heinz Kuhlmann, anschließend Kranzniederlegung und Totenehrung in der Erinnerungskapelle.

Dieses wurde nach anfänglicher Zusage vom Kirchenbüro St. Marien vom Hauptpastor wieder rückgängig gemacht mit der Begründung, er hätte nach Prof. Dr. Kuhlmann gegoogelt und er möchte ihm kein Kanzelrecht erteilen. Ungläubiges Staunen bei den Stettinern. Kuhlmann war 34 Jahre Pfarrer in der Gemeinde Arenshorst, hat über 20 Jahre hinweg einen Jugendaustausch mit Israel organisiert, hat die ganze Welt bereist und als Gastdozent unter anderem in den USA und in der Südsee gearbeitet. Hält Gottesdienste in Polen, hat dort viele Freunde. In Bezug auf die Vertreibung der Deutschen sagt er auch das, was hierzulande kaum jemand hören möchte – und schon ist er unerwünscht. Bitter für die Menschen, die 1945 Schlimmstes erlebt haben und die als Zeitzeugen alles präsent haben, als wäre es gestern geschehen.

B. Stramm

Deutsches Kennzeichen für Sosnowitz

Zu: Voraus gedacht (Nr. 26)

„Voraus gedacht“, aber leider nicht in die Tat umgesetzt. Zwar ist dem einen oder anderen bekannt – wenn auch nur sehr wenigen –, dass in den Anfangsjahren der Bundesrepublik Deutschland bei der Vergabe der Kfz-Kennzeichen (und ich meine auch bei den Zahlen beim Vorgänger des heutigen Postleitzahlensystems) auch das fremdverwaltete Ostdeutschland berücksichtigt wurde, so wie es in dem Artikel anschaulich beschrieben wurde.

Erfreulich, erfreulich, aber doch sehr gewagt war es, dass für die mit dem Versailler Diktat abgetrennten Gebiete ebenfalls Kennzeichen vorgesehen waren, so ebenfalls für Ostoberschlesien. Auch Sosnowitz wird erwähnt, das in dem 1921 abgetrennten Teil Oberschlesiens gelegen haben soll. Von der sogenannten dritten polnischen Teilung 1795 (mit Neuschlesien, bis 1807), dem kriegsbedingten Anschluss an Schlesien im Zweiten Weltkrieg und der heutigen Verwaltungseinteilung abgesehen, war Sosnowitz niemals Schlesien zugehörig.

Sosnowitz mit heute zirka 200000 Einwohnern ist eine kleinpolnische Großstadt im Dreiländereck Galizien/Kleinpolen/Schlesien an der Grenze zu Oberschlesien. Der Wiener Kongress gab Sosnowitz 1815 an das neugegründete autonome Königreich Polen im Russischen Reich, das aber ab 1831 nur noch eine russische Provinz war. Von 1941 bis 1945 gehörte Sosnowitz nach der Teilung der Provinz Schlesien mit Gebietsteilen Galiziens und Kleinpolens dem Regierungsbezirk Kattowitz der neugeschaffenen Provinz Oberschlesien an.

Heute ist Sosnowitz [Sosnowiec] der polnischen „Woiwodschaft Schlesien“ mit der Hauptstadt Kattowitz zugehörig, zu der ebenfalls kleinpolnische und galizische Gebietsteile gehören. So ist es schon sehr verwunderlich, dass Sosnowitz bei der vorgesehenen Kennzeichenvergabe ebenfalls aufgeführt war.

Manfred Weinhold, Hamburg

Ein Wecksignal

Zu: Zum Schaden (Nr.25)

Der Leitartikel spricht mir aus der Seele. Der Fall der Bundeskanzlerin Merkel ist mir zum tiefsten Anliegen geworden. Diese Karriere, die vielen Undurchsichtigkeiten ihres Handfallens und ihre angebliche „Humanität“ wie auch ihr übersteigertes EU-Gewissen sind unerträglich. Mir ist es immer noch schleierhaft, wie ein doch kluges Volk – wie die Deutschen – auf diese Dame und ihre verkappten Interessen hereinfallen konnte. Auffallend ist auch, mit welch sturen Führungsstil sie ihre Meinung durchsetzte. Ganz nach sozialistischer Manier.

Die Zeit der Agonie ist angebrochen, und Merkel selbst hat es auch gespürt, dass sie langsam durchschaut wird und der dumme Michel sich nicht mehr einlullen lässt – egal wie viele Medien im Regierungsorchester dabei mitspielen. Die Disharmonie ist schon zu hören.

Es wird Zeit, dass diese gefährlichen und teuren Possen aufhören und die Deutschen sich wieder auf ihre Stärken und eine wirkliche Demokratie besinnen statt auf gelenkte linke Traumtänzerpolitik einer deutschen Selbstverleugnung.

Der Artikel in seiner Klarheit und Offenheit gibt mir Hoffnung. Die *PAZ* hat es geschafft, ein Wecksignal zu setzen. Danke, danke!

Rostislaw Batalow. Waldsassen

Zu Unrecht gebüßt

Zu: „Prägend für das moderne Deutschland“ (Nr. 26)

Wenn von der Vertreibung der Deutschen nach dem Zweiten Weltkrieg die Rede ist, dann wird das in aller Regel – so selbst von Bundeskanzlerin Angela Merkel bei der Gedenkstunde für die Opfer von Flucht und Vertreibung am 20. Juni in Berlin – als Folge des von Deutschland begonnenen Krieges und der nationalsozialistischen Verbrechen eingestuft.

Zumindest im Falle der Vertreibung der Sudetendeutschen durch die Tschechen trifft die Ursachenzuweisung nicht zu. Denn diese Vertreibung wurde bereits knapp 100 Jahre vor Ende des Zweiten Weltkrieges auf dem ersten Slawenkongress 1848 in Prag gefordert. Der erste Staatspräsident der 1918 gegründeten Tschechoslowakei, Tomas Masaryk, schwadronierte dann am 10. Januar 1919 in einem Interview mit der Pariser Zeitung „Le Matin“ von einer „sehr raschen Entgermanisierung“ der sudetendeutschen Gebiete.

Die Katze vollends aus dem Sack ließ sein Nachfolger im Amt, Edvard Benesch. In einer Rede am 3. Juni 1945 in Tabor hetzte er: „Werft die Deutschen aus ihren Wohnungen und macht den Unsrigen Platz! Alle Deutschen müssen verschwinden! Was wir im Jahre 1918 schon durchführen wollten, erledigen wir jetzt! Damals schon wollten wir die Deutschen abschieben. Deutschland war aber noch nicht vernichtet und England hielt uns die Hände, jetzt aber muss alles erledigt werden.“ Nun, bekanntlich wurde auch „alles erledigt“.

Die Bundeskanzlerin und die vielen anderen Zeitgenossen, die den deutschen Vertriebenen eine Mitschuld an ihrem Schicksal zuweisen, seien daran erinnert, dass vor allem die Menschen in den östlichen Teilen des ehemaligen Deutschen Reiches für die Untaten der Nationalsozialisten mit Entrechtung, Enteignung, Zwangsarbeit, Vertreibung und zwei Millionen Vertreibungstoten büßen mussten. Dabei hatten die Vertreibungsopfer am wenigsten den Aufstieg und das Tun der Nationalsozialisten zu verantworten.

Schließlich war Bayern, und nicht Ostpreußen, deren Keimzelle, war München, wo auch Adolf Hitler zur politischen Größe avancierte, die „Hauptstadt der Bewegung“, und nicht Königsberg, war Nürnberg die „Stadt der Reichsparteitage“, und nicht Eger. Darüber hinaus stammten fast alle führenden Protagonisten des NS-Regimes wie Göring, Goebbels, Himmler, Bormann, Heß, Speer, Heydrich, Kaltenbrunner, Ley – die Aufzählung könnte fortgesetzt werden – nicht aus den Vertreibungsgebieten.

Dr. Walter Kreul, Germering

Der Verräter Kohl

Zu: Verscharrt am 1. Juli (Nr. 24)

Wie kommt eine solche Beweihräucherung von Helmut Kohl in das ehemalige *Ostpreußenblatt*? Eines Volksverräters, der das russische Angebot nach der „Wende“, Ostpreußen zurückzugeben, nicht nur ausgeschlagen sondern regelrecht verhindert hat?

Helmut Kohl war kein Deut besser als die jetzige Kanzlerdarstellerin, beide erfüll(t)en die Pläne und Interessen anderer und sind/waren alles andere als dem Wohle des deutschen Volkes verpflichtet. Stattdessen sind/waren beide nur Erfüllungsgehilfen von Hintergrundmächtigen und leiste(te)n ihre Beiträge zum Gelingen einer vorausgeplanten Langzeitstrategie, deren wichtigstes Ziel die Auflösung der Nationalstaaten zugunsten einer beabsichtigten Eine-Welt-Diktatur ist.

Falls der deutsche Michel noch einmal aufwacht, kann Merkel der Prozess gemacht werden, Kohl leider nicht mehr.

K. Weiß, Berlin

Umstrittene Figur: Obgleich er die Tötung islamischer Konvertiten propagiert, wird der ägyptische Großimam Ahmad Mohammad al-Tayyeb (r.) von westlichen Politikern, wie hier Österreichs Bundeskanzler Sebastian Kurz, hofiert

Bild: Dragan Tatic

Charakterstärke

Zu: Zwei, die im Abseits stehen (Nr. 27)

Den im Artikel dargestellten Realitäten (über die Bundeskanzlerin und den Bundestrainer, d. Red.) kann ich zustimmen. Es ist tatsächlich so, dass die unsäglich verantwortungslose Politik von Merkel zwischenzeitlich auch die deutsche Fußballnationalmannschaft erreicht hat.

Dass aber solch verdiente Spieler dieser Mannschaft wie vor allem Müller, aber auch Khedira und Özil oder auch Gündogan als „Nieten“ bezeichnet werden, ist aber schlichtweg eine Frechheit. Trainer Jogi Löw hat hier Charakterstärke gezeigt, wie in der Vergangenheit bei Klose und Podolski auch.

Werner Meier, Hauingen

Islamtheologie erinnert an den Schießbefehl an der Mauer

Zu: Islam kontra Grundgesetz (Nr. 26)

Völlig zu Recht weist der Autor darauf hin, dass der Islam „keine Abkehr von der eigenen Religion“ zulässt. Mit Strafen bis hin zur Todesstrafe müsse ein Moslem rechnen, wenn er den Islam verlasse. Ich möchte ausdrücklich betonen und belegen, dass dies bis heute gilt und nicht nur zu Zeiten Mohammeds üblich war.

Ganz aktuell sei Ahmad Mohammad al-Tayyeb als Beispiel genannt. Er ist der Großimam der Al-Azar-Universität in Kairo und vertritt die sunnitische Version des Islam, zu welcher sich 85 Prozent der Muslime bekennen.

Man könnte al-Tayyeb und seine Reden und Fatwas mit offiziellen katholisch-theologischen Aussagen aus dem Vatikan vergleichen. Beim Ramadan hielt er im Juni in der Sendung „Der gute Imam“ eine Rede, welche im ägyptischen Staatsfernsehen sowie in die gesamte arabische Welt ausgestrahlt wurde. Vielleicht erreichte sie auch mit deutschen Untertiteln Muslime in Deutschland. In dieser Rede forderte er ausdrücklich die Tötung von Muslimen, welche zu einer anderen Religion wechseln: „Ein vom islamischen Glauben Abgefallener muss unter Druck gesetzt werden, sodass er innerhalb einer variablen Zeitspanne Buße tut. Andernfalls muss er getötet werden.“

Al-Tayyeb fügte hinzu: „Apostasie rührt aus einem Hass gegen den Islam und ist ein vorsätzliches Arbeiten gegen den Islam. Damit begeht er aus meiner Sicht Hochverrat an der muslimischen Gemeinschaft und allem, was ihr heilig ist.“

Der ägyptische Religionsminister Mahmoud Zakzouk hatte bereits vor einigen Jahren in seinem Buch „Fragen zum Islam“ geschrieben, dass jeder, der den islamischen Glauben verlasse, des Hochverrats anzuklagen sei, weil er durch seine Gedanken Verwirrung im Staat anrichte und gegen die Ordnung verstoße.

Auch die deutsche Islamtheologie ist von diesen furchtbaren Gedanken infiziert. Der ehemalige deutsche Botschafter in Marokko und Konvertit zum Islam, Murad Hofmann, verteidigte in seinem 2000 erschienenen Buch „Der Islam im 3. Jahrtausend. Eine Religion im Aufbruch“ die Bestrafung eines Konvertiten in eine andere Religion wegen Hochverrat mit dem Tod.

Darf ich an den Eisernen Vorhang und die Mauer in Berlin erinnern? Auch hier lag Hochverrat und Störung der Gemeinschaft vor, wenn das kommunistische Regime zur Waffe griff, um jene zu töten, welche Verwirrung im Staat anrichteten und gegen die Ordnung verstießen. Wie sich Walter Ulbricht, Erich Honecker, Ahmad Mohammad al-Tayyeb und andere doch gleichen, wenn man Angst hat, den Bürgern die Freiheit der Religion und die Freiheit der Meinungsäußerung zu geben! Der Schießbefehl an der deutsch-deutschen Grenze von damals erinnert sehr an die Rede des Großimams der Al-Azar-Universität in Kairo.

Wilfried Puhl-Schmidt, Kehl

Über tote Politiker darf man schlecht sprechen – erst recht, wenn sie wie Kohl waren

Zu: Verscharrt am 1. Juli (Nr. 24)

Wenn der Verfasser nach dem Motto „De mortuis nihil nisi bene“ (Von den Toten soll man nur gut reden) vorgeht, mag das bei einer Privatperson angemessen sein, nicht aber bei einem Politiker, und als ein solcher ist Kohl in erster Linie bekannt.

Der Autor schreibt eingangs: „Historisch zählt er zweifelsfrei zu den großen Staatsmännern. Die deutsche Vereinigung ist sein Verdienst.“ Eine solche Behauptung kann jedoch nur Empörung und Widerspruch auslösen. Es ist bekannt, dass Kohl schon immer von krankhaftem Ehrgeiz getrieben war. So verstand er es, auf den „Wiedervereinigungszug“ aufzuspringen und sich alsdann als Wiedervereinigungskanzler bejubeln zu lassen. In Wahrheit hatte er mit einer Vereinigung der beiden Teilstaaten Bundesrepublik und DDR nie etwas im Sinn.

Noch im Sommer 1989 äußerte Kohl: „Eine Wiedervereinigung steht nicht auf der Tagesordnung der Geschichte“, und etwas später der bezeichnende Ausspruch: „Nur Phantasten glauben an eine Wiedervereinigung.“

Wenn im Artikel weiter behauptet wird, Kohl habe sich „Einheit und Nation wie kein anderer Kanzler auf die Fahne geschrieben“, so ist das nur in negativem Sinne zutreffend. Er, Kohl, werde sich dafür einsetzen, dass die deutsche Nation nicht wieder zu groß werde. Man stelle sich eine solche Äußerung eines Staatsoberhauptes in Frankreich oder Polen vor!

Diesen Bundeskanzler als einen „wirklich prägenden deutschen Ausnahmepolitiker“ zu bezeichnen, ist zutreffend, allerdings nur prägend im negativen Sinne.

Geltungsdrang einerseits und Unterwürfigkeit gegenüber den Alliierten andererseits kennzeichnen diesen Politiker, der es als Staatsoberhaupt nie fertigbrachte, einmal die volle Souveränität Deutschlands anzumahnen. Vielleicht wollte er es gar nicht. Es blieb einem anderen deutschen Politiker vorbehalten, darauf hinzuweisen, dass unsere Regierung endlich einmal auf Streichung der Feindstaatenklauseln mit all ihren Vorbehalten hinwirken solle: „Wir haben schließlich nicht mehr das Jahr 1945.“ Das waren deutliche Worte von – Gregor Gysi!

Die Falschheit des Helmut Kohl zeigte sich immer wieder. Wie hatte er doch argumentiert, als es um die vor 1949 in der DDR beschlagnahmten Güter ging? Da sei eine Rückgabe an die früheren Eigentümer ausgeschlossen. Das sei mit Russland so vereinbart worden, sonst hätte es die Wiedervereinigung nicht gegeben. Das war eine reine Erfindung des Kanzlers. Dazu Gorbatschow wörtlich: „Es gab von unserer Seite keinerlei Vorbedingungen; hier lügt Herr Kohl.“

Einige Jahre später erfuhr man, dass Michail Gorbatschow eine Rückgabe der besetzten Ostgebiete geplant hatte und eine Kommission an der Moskauer Universität den Ablauf erarbeitete. Dann kam die große und unerwartete Ernüchterung: Kohl lehnte ab. Die Worte sind bekannt: „Wir haben keine weiteren Gebietswünsche.“ Die resignierte Äußerung Gorbatschows soll sinngemäß so gelautet haben: „Man kann eben nur über deutsche Angelegenheiten mit Leuten sprechen, die auch deutsch denken.“

Es bleibt die Frage, ob dieser Kohl überhaupt das Recht hatte, über deutsche Gebiete so selbstherrlich zu bestimmen. Der *PAZ*-Autor beklagt außerdem, dass ein Jahr nach dem Tode Kohls in den Medien so wenig Würdigendes zu finden sei. Wen wundert es? Diese Minusgröße in der deutschen Politik hat es nicht anders verdient. Es geht hier – wohlgemerkt – allein um den „herausragenden“ Politiker Kohl.

Das „De mortuis nihil nisi bene“ bleibt auf den Privatmann Kohl bezogen. In welcher Beziehung er etwa zu seiner Ehefrau stand, ist hier seine reine Privatsache. Nur die im Artikel erwähnte, „Freund und Feind unterstellte Sehnsucht nach dem politischen Format des Dicken“, die möge uns in ihrer Erfüllung erspart bleiben. Noch einen weiteren vom politischen Format des Oggersheimer haben wir wirklich nicht verdient, am wenigsten die Mittel- und die Ostdeutschen.

Gero Junge, Mönkeberg

Leserbriefe an: *PAZ*-Leserforum, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Fax (040) 41400850 oder per E-Mail an redaktion@preussische-allgemeine.de

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

Straf-Rucksack für Zappelphilipp

Sand soll es richten – Umstrittene Therapiemethoden für Kinder mit ADHS-Syndrom sorgen an Schulen für Aufregung

Derzeit werden an 200 deutschen Schulen Sandwesten zum Einsatz gebracht, die Kindern mit dem sogenannten ADHS zu einem weniger auffälligen Verhalten verhelfen sollen. An dieser Maßnahme, die viele Fragen aufwirft, scheiden sich die Geister. Die einen sehen in den Westen eine Stigmatisierung und eine physische Belastung, die körperliche Schäden hervorbringen kann. Die anderen feiern die Weste als segenbringende Lösung.



Soll Beweglichkeit einschränken, um Aufmerksamkeit zu erhöhen: Sandweste für eine unruhige Schülerin im Unterricht Bild: pa

Wenn Nina K. (9) ihre 2,5 Kilogramm schwere Sandweste trägt, kann sie dem Unterricht ruhiger folgen und Zusammenhänge leichter verstehen, weil sie sich besser konzentrieren kann. Ninas Eltern haben die Sandweste gekauft, nachdem sie von Bekannten positive Berichte über den Einsatz der Sandwesten bei der Aufmerksamkeits-Defizit-Hyperaktivitäts-Störung (ADHS) gehört hatten. Die Weste, für die das Paar rund 170 Euro ausgeben musste, hat ihrer Einschätzung nach vorteilhaft bei Nina gewirkt.

Längst nicht alle Eltern sehen den Einsatz der Westen positiv. Ruhigstellung durch Gewicht? Kommt nicht in Frage! Das ist immer wieder zu hören und greift den Punkt auf, dass die Sandwesten je nach Ausführung zwei bis sechs Kilogramm wiegen. Studien, die belegen, dass das Tragen der Westen den Körper der Kinder schädigt, gibt es dabei genauso wenig wie Studien, die die Verwendung der Westen als erfolgreiche Verbesserung bestimmter Symptome und Probleme auszeichnet. Lehrer, die den Einsatz der Weste befürworten, argumentieren, dass die Westen lediglich 20 Minuten getragen werden. Schulranzen seien deutlich schwerer.

Studien und wissenschaftliche Untersuchungen würden helfen, Licht in das Wirrwarr von meinungsbasierten Einschätzungen zu bringen. Denn auch Lehrer und Ärzte sind gespalten, wenn es um die Sandwesten geht. Von der Seite der Lehrervertretung gab es sogar die Forderung nach einem Verbot für die Sandwesten. Der Verband der Kinder- und Jugendärzte soll sich ablehnend gegen die Weste geäußert haben – es gebe keine medizinische Indikation für eine Weste dieser Art.

Das Objekt, um das es dabei geht, ist keineswegs eine brandneue Erfindung. Die ersten Prototypen der Sandwesten wurden in Deutschland bereits vor 15 Jahren von der Firma Beluga Healthcare hergestellt. Entstanden auf Nachfrage eines Ergotherapeuten aus Braunschweig, der eine mit Sand beschwerte Weste für Therapiezwecke einsetzen wollte, wurde eine Weste entwickelt, die eng anliegen und dabei einen gleichmäßigen, gut spürbaren aber nicht zu starken Druck ausüben sollte. Ideengeber waren Inhalte der sensorischen Integration, die von der US-amerikanischen Entwicklungspsychologin Jean Ayres bereits in den 1960er Jahren entwickelt worden war. Hier wird angenommen, dass Unruhe und Zappeligkeit bei Kindern entstehen, wenn die verschiedenen Informationen der Sinnesorgane nicht korrekt verarbeitet und zugeordnet werden können.

Durch die schwere, enganliegende Weste wird Druck auf die Rezeptoren in der Haut ausgelöst. Dieser Impuls hilft Körper und Gehirn. Die Wirkung: Konzentration, Aufmerksamkeit und Feinmotorik werden schnell verbessert. In den USA, wo die Sandwesten schon länger eingesetzt werden, finden sie vor allem bei Autismus und Wahrnehmungsstörungen Verwendung.

Während die Diskussion sich zunehmend aufheizt, der Ruf nach wissenschaftlicher Unterstützung laut wird und ein mangelndes Interesse der Industrie beklagt wird, greifen sich Fachleute aus verschiedenen Bereichen mit Vorwürfen an. Der Blick auf die Wurzeln ist dabei aufschlussreich: Angeblich war die erste, die die Wirkung von gleichmäßigem Druck feststellte, die US-Amerikanerin Temple Grandin. Sie war Autistin und beobachtete mit Begeisterung Rinder auf einer Farm, die sich offensichtlich in einem „Squeeze chute“ genannten Gerät entspannten, in dem sie für medizinische Eingriffe fixiert wurden, wobei fester Druck auf verschiedene Körperteile eingesetzt wurde. Die Autistin baute sich daraufhin selbst eine solche Vorrichtung, die sie „Hug Machine“ – zu Deutsch: „Umarmungsmaschine“ – nannte. Sie stellte fest, dass der kontinuierliche Druck sehr wohltuend wirkte. Stark genug musste er sein, um sich gehalten zu fühlen, aber nicht so stark, dass es weh tut.

Die logische Schlussfolgerung aus dieser Geschichte sollte die Frage sein, warum sich Menschen heute darauf konzentrieren, ein Produkt zu entwickeln, dass mit seinem Verkauf Geld bringt, anstatt daran zu forschen, was Ursache für die modernen Probleme Autismus, Wahrnehmungsstörungen und ADHS sein kann. Hier liefert die Entdeckung von Temple Grandin einen wertvollen Hinweis. Der sanfte aber konstante Druck, der das Gefühl des Gehaltenwerdens vermittelt, ist der entscheidende Faktor.

Doch muss das Gefühl wirklich von einer Maschine oder einer Weste kommen? Kann die elterliche Hand auf Brust oder Rücken des Kindes nicht die gleiche Wirkung haben? Kinder werden heute nicht mehr auf dem Arm getragen, sondern permanent in Kunststoff-Schalen abgelegt und dann am Arm baumelnd geschleppt oder gefahren.

Es wäre interessant zu wissen, wie viele Minuten ein Kind täglich auf dem Arm getragen und gehalten werden muss, damit die unliebsamen modernen Verhaltens-Auffälligkeiten nicht auftreten. Sollte eine Studie herausfinden, dass es deshalb so viele ADHS-Patienten gibt, weil durch die modernen Lebensumstände und Lebensgewohnheiten etwas Entscheidendes verloren gegangen ist – nämlich die feste regelmäßige Umarmung, das Gehaltenwerden durch die Hände der Eltern –, dann könnte das fatale wirtschaftliche Folgen haben.

Sollte sich herausstellen, dass die Verwendung von teuren Kindersitzen, in denen Babys durch die Gegend getragen werden, oder Schalensitzen im Auto, in die Kinder festgeschnallt werden, dazu führen, dass die Rezeptoren der Haut irritiert sind, könnte der lukrative Markt für diese Produkte einbrechen.

Nina kann es egal sein. Sie fühlt sich in ihrer Sandweste sichtlich wohl. *Stephanie Sieckmann*

Qualitätssiegel ohne große Aussagekraft

UNESCO setzt Haithabu und Naumburger Dom auf Weltkulturerbeliste – Jetzt müssen nur noch Touristen überzeugt werden zu kommen

Der Grenzwall Danewerk und der Handelsplatz Haithabu im nördlichen Schleswig-Holstein gehören zu den bedeutendsten archäologischen Zeugnissen Nordeuropas. Hier verbanden sich menschengemachte Strukturen und zeitgenössische Naturlandschaft untrennbar mit der einzigartigen geografischen Lage. Seit Kurzem zählt diese Landschaft neben dem Naumburger Dom zum neuen Weltkulturerbe der UNESCO.

Ein Antrag zusammen mit Island, Dänemark, Lettland und Norwegen unter dem Thema „Wikinger – zeitliche Stätten in Nordeuropa“ war 2015 vom Welterbekomitee noch zur weiteren Überarbeitung an die Antragsteller zurückverwiesen worden. Danach formulierte das Archäologische Landesamt einen neuen Antrag, der nur auf Haithabu und das Danewerk als einzigartigen wikingerzeitlichen Handelsknotenpunkt und Grenzbauwerk fokussierte.

Die Wikinger, auch Nordmänner genannt, fuhren im 8. Jahrhundert n. Chr. mit ihren schnellen, seetüchtigen Langschiffen bis nach Russland, England, Frankreich und sogar über den Atlantik in die Neue Welt. Sie trieben Handel, waren aber auch als Krieger und Eroberer gefürchtet. Viele ließen sich in den eroberten Gebieten nieder und lebten dort friedlich als Bauern und Handwerker.

Ihre wichtigste Siedlung entstand in Haithabu an der Schlei – einem strategisch gut gewählten Ort. Der Fjord verband Haithabu mit der Ostsee, die Befestigungsanlage Danewerk und der Fluss Treene führten nach Westen zur Nordsee. Außerdem trafen sich dort wichtige Fernhandelswege. In der Blütezeit im 10. Jahrhundert war der Ort das größte Handelszentrum Nordeuropas. Ein halbkreisförmiger Wall sicherte Haithabu nach außen ab. Bis zu 2000 Menschen lebten dort.



Bild: Wikinger Museum Haithabu

„Wikinger“ in Haithabu

Im Laufe der Zeit wurde Haithabu immer wieder von Feinden angegriffen und verlor als Handelsplatz an Bedeutung. Im Jahr 1066 eroberten die Slawen Haithabu und brannten die Stadt nieder, welche anschließend aufgegeben wurde. Heute erinnert das bekannte Wikinger-Museum an diese Zeit. Nach umfangreichen Sanierungsarbeiten ist es gerade erst wieder für das Publikum eröffnet worden (siehe *PAZ* vom 23. März). In fußläufiger Entfernung vom Museum lässt ein rekonstruierter Ausschnitt der Handelsmetropole mit sieben originalgetreuen Häusern die Wikingerzeit wieder lebendig werden.

Mit der Altstadt von Lübeck und mit dem Weltnaturerbe Wattenmeer hat das Land Schleswig-Holstein jetzt mit dem Grenzbauwerk Danewerk und dem wikingerzeitlichen Handelsplatz Haithabu drei von der UNESCO ausgezeichnete Stätten. Damit das Qualitätssiegel hält, was es verspricht, müssen die Länder selbst sorgen. Geld zur Erhaltung der Stätten gibt es von der UN-Kulturorganisation nicht. Dieses erhofft man sich aus den Einnahmen von Touristen – sofern sie denn überhaupt kommen. *A. Guballa/tws*

Das Wikinger-Museum und die Wikinger-Häuser Haithabu sind am Haddebyer Noor 5, 24866 Busdorf, bis Ende Oktober täglich von 9 bis 17 Uhr zu besichtigen, www.schloss-gottorf.de/haithabu. Das Danevirke Museum, Ochsenweg 5, 24867 Dannewerk, ist Montag bis Freitag von 9 bis 17 Uhr und Sonnabend bis Sonntag von 10 bis 16 Uhr geöffnet, www.danevirkemuseum.de.

Ob es Utas makelloses Antlitz, ihre Anmut und Grazie und ihr sanftes Lächeln waren, die das Welterbekomitee auf seiner diesjährigen Tagung dazu bewog, den Naumburger Dom in die Welterbeliste aufzunehmen? Nachdem der Welterbeantrag des Doms im Verbund mit der hochmittelalterlichen Herrschaftslandschaft an Saale und Unstrut in den Jahren 2015 und 2017 abgelehnt worden war, glückte jetzt der dritte Anlauf. Nunmehr liegt Deutschland mit 44 Welterbestätten gleichauf mit Frankreich, allerdings hinter Spanien mit 47 und Italien mit 54 derart ausgezeichneten Orten in Europa.

Nach dem Motto „weniger ist mehr“ wurde das Nominierungsdossier gestutzt, nachdem das Komitee im Sommer 2017 den „außergewöhnlichen universellen Wert des Naumburger Doms“ anerkannt hatte und bestätigte, dass er ein „Meisterwerk menschlicher Schöpferkraft“ darstellt. Die machtvolle Neuenburg, die Schwesterburg der Wartburg, und die Altstadt von Freyburg, das ehemalige Zisterzienserkloster Pforte und das Romanische Haus in Bad Kösen, die Burgruinen Rudelsburg und Saaleck, Schloss Goseck, Burg Schönburg und eine Reihe romanischer Kloster- und Dorfkirchen müssen nun ohne Gütesiegel im Fahrwasser des Naumburger Doms mitsegeln.

Mit seiner Doppelstruktur, je einem Chor und Turmpaar im Osten und Westen samt jeweils eigenem Lettner im Inneren, dem Kreuzgang, dem Domgarten und den umliegenden Kuriengebäuden ist der Naumburger Dom ein herausragendes Architekturensemble der Spätromanik und Frühgotik. Der etwa zwischen 1210 und 1260 errichtete Bau konnte sich weitgehend unverändert erhalten. Weltberühmt gemacht hat ihn jedoch nicht seine Architektur, sondern seine Plastik. Allen voran die Skulptur der Markgräfin Uta (1000?–1046), welche zur Ikone der edlen Frau avancierte, im Nationalsozialismus dazu noch zur deutschen.



Bild: Mar del Sur

Domhüter: Uta mit Ekkehard

Obwohl oft allein betrachtet, gehört die „schönste Frau des Mittelalters“ zu insgesamt zwölf lebensgroßen Stifterfiguren im Westchor, die zusammen mit dem Westlettner das Hauptwerk von einem der genialsten Bildhauer des 13. Jahrhunderts bilden. Der mangels genauer Identität Naumburger Meister genannte Künstler arbeitete immer hart an der Wirklichkeit. So dienten ihm als Vorlage für seine Kapitelle und Friese heimische Pflanzen, die zum direkten Vergleich seit 2011 im Domgarten zu sehen sind.

Realität anno 2007 sind die Glasfenster der Elisabethkapelle des Künstlers Neo Rauch, dem bekanntesten Vertreter der „Neuen Leipziger Schule“. Um den großartigen Schatz an Glaskunst aus dem 13. bis 15. Jahrhundert zu erhalten, wird dieser derzeit in einer Kooperation aus Forschung und Förderung sukzessive restauriert. In der Ägidienkurie auf der Nordseite des Doms versteckt sich ein weiteres Kleinod: Als eine der ursprünglich zahlreich vorhandenen Privatkapellen der Domherren ist die spätromanische Ägidienkapelle im Rahmen von angemeldeten Führungen zu besichtigen. *Helga Schnehagen*

Geöffnet von März bis Oktober: Montag bis Sonnabend von 9 bis 18 Uhr, sonntags von 11 bis 18 Uhr. November bis Februar: Montag bis Sonnabend von 10 bis 16 Uhr, sonntags 12 bis 16 Uhr, www.naumburger-dom.de.

Überzeugende Biografie einer beeindruckenden Frau

Vor Kurzem wurde in Bayreuth das Markgräfliche Opernhaus wieder eröffnet, ein Juwel barocker Baukunst, das später sogar Richard Wagner für einen Moment als Ort seiner Festspiele ins Auge gefasst hatte. Da trifft es sich gut, dass jetzt über dessen Erbauerin, der Markgräfin Wilhelmine von Bayreuth (1709–1758), eine umfassende Biografie folgt. Autor ist der an der Universität Bayreuth lehrende Literaturwissenschaftler Günter Berger. Er hat offenbar ein Faible für große Frauen des 18. Jahrhunderts, hat er doch schon der hochgebildeten Herzogin Luise Dorothea von Sachsen-Gotha ein schönes Buch gewidmet.

Begabt, ungewöhnlich intelligent und mit allen Finessen der Diplomatie ihrer Zeit vertraut, gehörte Wilhelmine von Bayreuth zu den geistreichsten Herrscherinnen im Deutschland des Absolutismus. Sie war die um drei Jahre ältere Schwester von Friedrich dem Großen und – nach eigenen Worten – dessen „Lieblingsschwester“. In ihrem Interesse für Musik und Literatur fanden beide früh zueinander und hatten entsprechend harte Kinder- und Jugendjahre unter ihrem amusischen Vater, dem Soldatenkönig Friedrich Wilhelm I. auszustehen. Die Erinnerungen Wilhelmines enthalten geradezu haarsträubende Geschichten über dessen Jähzorn.

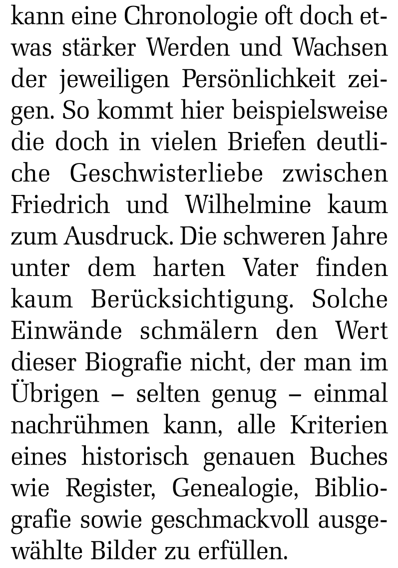
Der Vater hatte die Tochter, immerhin eine mit „Königliche Hoheit“ anzuredende Prinzessin, unter Rang und aus dynastischen Erwägungen nach Bayreuth verheiratet. Nach dem ersten Schock über das dreckige und spießige Städtchen krempelte sie es buchstäblich um. Die fränkische Residenzstadt wurde unter ihr zu einem Schmuckstück barocker Architektur. Sie begann den Bau des neuen Schlosses, plante und beaufsichtigte die Eremitage und den Landschaftspark Sanspareil und vor allem das Opernhaus, für das sie selbstkomponierte Opern beisteuerte. Musik und Literatur erreichten unter ihr fast europäischen Rang, entsprechend ihrem Ehrgeiz, mit Dresden, Wien und vor allem Berlin konkurrieren zu können.

Bayreuth wurde ein Schmuckstück

Berger erzählt dies anhand vieler Quellen und genauer Ortskenntnis, um danach den vielleicht noch interessanteren Aspekt von Wilhelmines Leben zu behandeln, nämlich ihre ungewöhnlichen Kenntnis in Literatur und Philosophie, die sie zur ebenbürtigen Briefpartnerin mit dem Bruder in Berlin (dem „Philosophenkönig“) und Geistesgrößen wie Voltaire machte. Neue Quellenfunde haben es dem Autor auch erlaubt, genauer als bisher die mitunter waghalsige Diplomatie der Herzogin zwischen Preußen, Frankreich und Österreich zu beleuchten – ein spannendes Kapitel, das freilich auch zeigt, dass sich hier die ehrgeizige Frau doch überschätzte.

Der Autor wollte nach eigenen Worten keine chronologische Darstellung geben, sondern das Leben seiner Heldin anhand von „Handlungsfeldern und Handlungsräumen, auf und in denen sich die Markgräfin bewegte“, aufzeigen. An vielen Stellen wirkt das überzeugend, wenn konzentriert ein bestimmter Sachverhalt gezeigt wird. Andererseits kann eine Chronologie oft doch etwas stärker Werden und Wachsen der jeweiligen Persönlichkeit zeigen. So kommt hier beispielsweise die doch in vielen Briefen deutliche Geschwisterliebe zwischen Friedrich und Wilhelmine kaum zum Ausdruck. Die schweren Jahre unter dem harten Vater finden kaum Berücksichtigung. Solche Einwände schmälern den Wert dieser Biografie nicht, der man im Übrigen – selten genug – einmal nachrühmen kann, alle Kriterien eines historisch genauen Buches wie Register, Genealogie, Bibliografie sowie geschmackvoll ausgewählte Bilder zu erfüllen.

Dirk Klose



***Günter Berger: „Wilhelmine von Bayreuth. Leben heißt eine Rolle spielen“,** Verlag Friedrich Pustet, Regensburg 2018, gebunden, 240 Seiten, 24,95 Euro*

Gespräche mit Russen

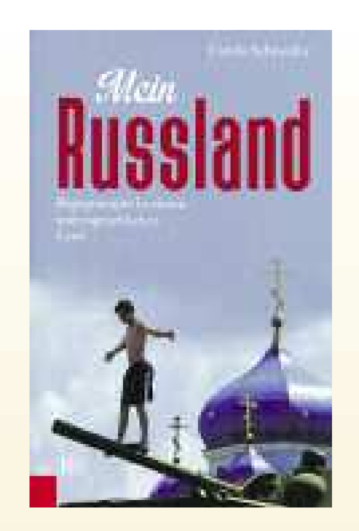
Russland ist ein Land voller Widersprüche. Das wird einmal mehr bei der Lektüre von Carola Schneiders Buch „Mein Russland“ deutlich.

Die Leiterin des ORF-Büros in Moskau arbeitet seit 2011 in Russland. In diesen Jahren hatte sie immer wieder Gelegenheit, über Land zu fahren und die unterschiedlichsten Menschen kennenzulernen. Sie sprach sowohl mit Menschenrechtsaktivisten, erklärten Putin-Gegnern als auch mit glühenden Putin-Verehrern.

Schneider geht der Frage nach, warum Russland zwar keine Diktatur, aber auch keine Demokratie sei, Putins „gelenkte Demokratie“ sich als autoritäres Regime entpuppe, dessen staatliche Institutionen schlecht bis gar nicht funktionieren und das die Bürgergesellschaft knebele.

Die Autorin hat mit Prominenten wie der mittlerweile 90-jährigen Menschenrechtsaktivistin Ljudmila Alexejewa, aber auch mit einfachen Menschen wie Bauern in Sibirien, einem jungen Unternehmerpaar in Moskau, mit Putin-Befürwortern und Gegnern auf der Krim, einem Putinpropagandisten und mit einem ehemaligen GuLag-Häftling gesprochen.

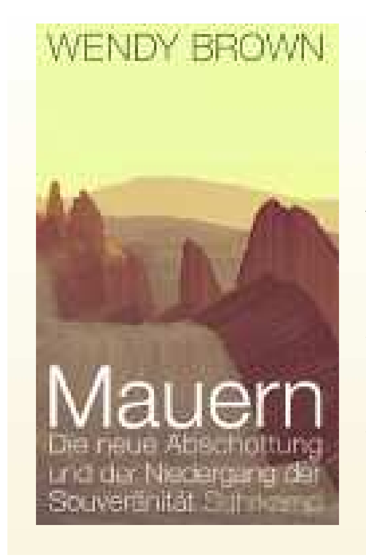
Sie alle üben in der ein oder anderen Weise Kritik an der Führung, fühlen sich aber in Putins Russland freier als in der Sowjetunion. Prowestliche Gesprächspartner haben die Hoffnung nicht aufgegeben, dass Russland eines Tages ein demokratisches Land werde. Im Stil erinnert das Buch an damalige ARD- oder ZDF-Korrespondentenberichte aus der Sowjetunion. *MRK*



***Carola Schneider: „Mein Russland. Begegnungen in einem widersprüchlichen Land“,** Kremayr und Scheriau Verlag, Wien 2017, gebunden, 158 Seiten, 22 Euro*

Kalter Kaffee

Grenzen, die diese Bezeichnung tatsächlich verdienen und nicht gleich für jedermann überwindbar sind, gelten gemeinhin als Ausdruck staatlicher Souveränität. Anders sieht das freilich die Politikwissenschaftlerin Wendy Brown von der University of California in Berkeley. Wie sie in ihrem Buch „Mauern“ behauptet, künden konsequent gesicherte Grenzen heute von Schwäche: Hierbei handele es sich um „dramatische Inszenierungen“ von Nationalstaaten, welche aufgrund der Globalisierung nicht mehr über die gewohnten Hoheitsrechte verfügen und deshalb auf Symbolpolitik ausweichen. Das gelte auch und gerade für Europa, wo man jetzt zunehmend auf Abschottung gegenüber Einwanderungswilligen setze. Dabei gebe es doch „Beweise dafür ..., dass die Gruppe der Neuankömmlinge eine im Vergleich niedrige Kriminalitätsrate und einen höheren Bildungsstand und Beschäftigungsgrad aufweist“ als demografisch vergleichbare Gruppen innerhalb der EU-Länder. Derlei Aussagen erlauben nur ein Fazit: Kalter Kaffee aus der Küche der Asyl- und Zuwanderungslobby. *W.K.*



***Wendy Brown: „Mauern. Die neue Abschottung und der Niedergang der Souveränität“,** Suhrkamp Verlag, Berlin 2018, gebunden, 260 Seiten, 28 Euro*

Rückkehr der grauen Wölfe

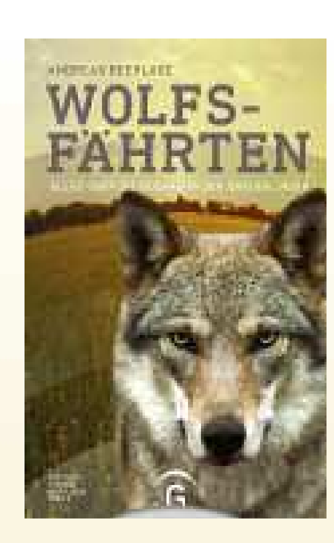
Eines muss man Andreas Beerlage lassen. Er schreibt mitreißend. Wer das im Gütersloher Verlagshaus erschienene Buch „Wolfsfährten. Alles über die Rückkehr der grauen Jäger“ nur mal kurz durchblättern möchte, wird es nicht mehr so schnell aus der Hand legen. Es ist einfach zu spannend, denn ausnahmslos bei jedem Leser kann man eine Meinung zum Thema Wolf annehmen. Und dieser gilt es im Werk nachzuspüren.

Die Einen haben eine mystische Verklärung im Blick, die Anderen die drohende Gefahr, wenn es um diese Tiere geht. Gespeist mit Sicherheit auch durch die Schilderungen in den Grimmschen Erzählungen. Und mit ihnen beginnt der Autor auch seine sachliche Auseinandersetzung mit diesem Spätheimkehrer, der jetzt so vielen Jägern und vor allem Schäfern Unmut macht.

Während einer Zugfahrt im Winter, von Kassel kommend, der Stadt, wo die „Kinder- und Hausmärchen der Gebrüder Grimm“ Anfang des 19. Jahrhunderts entstanden, glaubt der Autor und Journalist auf freiem Feld einen Wolf gesehen zu haben. Einsam in der Landschaft stehend und sich in seiner ehemaligen Heimat umschauend. Das war aber nicht der Anfang, sich auf die Spuren der Wölfe zu begeben. Seit mehr als 15 Jahren folgt Beerlage beruflich und privat den Fährten der neuen, alten Waldbewohner. Und er wünscht sich, nicht zuletzt durch die Lektüre seines Buches, nichts mehr für den Wolf als eine gewisse Normalität. Eine solche, die man auch Wildschwein, Fuchs und Hase gegenüber an den Tag legt. Denn egal, wen man fragt, auf zwei Aussagen zum Thema Wolf trifft man immer: „Finde ich großartig, das ist das Gleichgewicht der Natur.“, oder „In unserer heutigen Kulturlandschaft ist kein Raum für dieses Raubtier.“

Beerlage recherchiert zunächst ergebnisoffen, möchte die Bewertung der Situation erst ganz am Schluss offenbaren. Er hat mit Wolfsforschern, Wolfscenterbesitzern, Wolfsbeauftragten bei Jägerschaften, Naturschutzverbänden, der Polizei und Tierhaltern gesprochen. Und sich knietief bis in die Losung des Wildtieres herabgelassen. Denn genau in der findet man reichlich Aufschluss über den Wolf und natürlich die Zusammensetzung seiner Nahrung. Rehe, Rothirsche, Wildschweine, Hasen und mit 0,8 Prozent sind auch Haustiere, wie Hühner, Schafe und Katzen vertreten. Das ergab eine Untersuchung der Exkremente von Lausitzwölfen. Beerlages Anliegen ist es, sowohl der Verklärung als auch der Verteufelung des Wolfes entgegenzuwirken. Eine nüchterne Haltung soll der Mystifikation weichen, wenn nur irgend möglich. Wer seiner umfangreichen Darstellung folgt, die auch einen historischen Abriss über Wölfe in Märchen und Mythen beleuchtet, wird sich seinem Fazit sicher anschließen.

Der humorige Stil mag manchem nicht gefallen. Doch hat gerade der Kontrast von Witz und Ernst eine emotionsverstärkende Wirkung. Einfacher ausgedrückt: Die Lektüre ist spannend, sehr aufschlussreich und macht einfach Spaß. *S.F.*



***Andreas Beerlage: „Wolfsfährten. Alles über die Rückkehr der grauen Jäger“,** Gütersloher Verlagshaus, Gütersloh 2017, gebunden, 240 Seiten, 19,99 Euro*

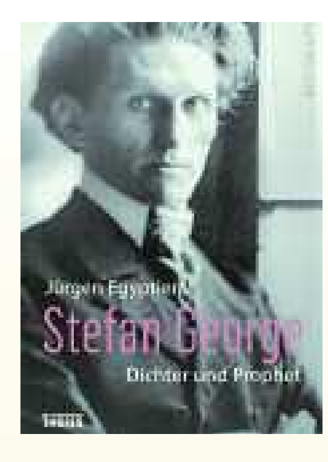
Es lebe das »Geheime Deutschland«

Gerät Stefan George in Vergessenheit? Der 150. Geburtstag des Dichters am 12. Juli hätte den Verlagen genügend Anlass gegeben, sich mit dessen Leben und Werk auseinanderzusetzen. Viel herausgekommen ist dabei nicht gerade.

Immerhin ist im Theiss-Verlag von Jürgen Egyptien, einem früheren Vorstandsmitglied der Stefan-George-Gesellschaft, mit „Stefan George. Dichter und Prophet“ eine neue Biografie über den Lyriker erschienen – die doch nur wieder bekannte Tatsachen auflistet: Hang zur Esoterik, Nitzscheaner, Ästhetizismus, Homoerotik, Zentrum eines elitären Männerbunds, Sektenheiliger im Priestergewand sowie anderen Klatsch und Tratsch (man lese darüber in der *PAZ* vom 30. November 2013).

Der Mensch George, der über seine Jünger wie den Hitler-Attentäter Graf Stauffenberg sowie die aus seiner Reformbewegung hervorgegangene Odenwaldschule noch lange Zeit nachwirkte, scheint interessanter zu sein als der Dichter George. Abgesehen von einer bei Klett-Cotta erschienenen 18-bändigen Ausgabe sämtlicher Werke für 329 Euro ist von einer neuen handlichen wie auch preisgünstigen Werkausgabe weit und breit nichts zu sehen.

Das mag natürlich an der Lyrikverdrossenheit heutiger Leser liegen oder auch daran, dass die literaturwissenschaftliche Rezeption lieber den zwei dichtenden George-Zeitgenossen Rilke und Hofmannsthal den Vorzug gibt. Die beiden stehen schließlich nicht im Verdacht, Wegbreiter des Nationalsozialismus gewesen zu sein, mit dem George wegen seines dunklen konservativen Tons und des um ihn gepflegten Führerkults immer wieder in Verbindung gebracht wird. Dabei starb er selbst im Jahr der „Machtergreifung“ 1933 und distanzierte sich früh von jeglicher politischen Instrumentalisierung.



***Jürgen Egyptien: „Stefan George. Dichter und Prophet“,** Theiss Verlag, Darmstadt 2018, gebunden, 504 Seiten, 29,95 Euro*

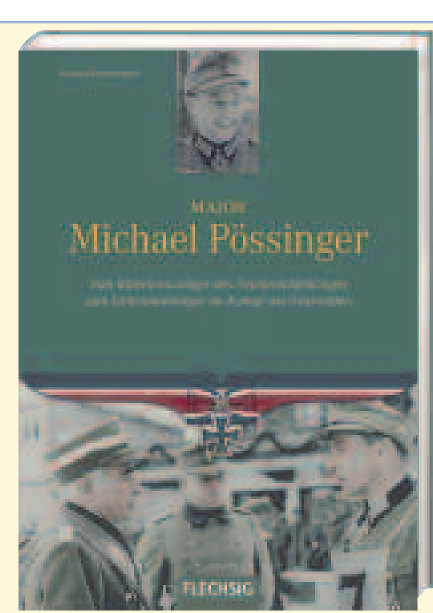


***Stefan George: „Geheimes Deutschland. Gedichte“,** Auswahl, Kommentar und Nachwort von Helmuth Kiesel, C.H. Beck Verlag, München 2018, broschiert, 161 Seiten, 18 Euro*

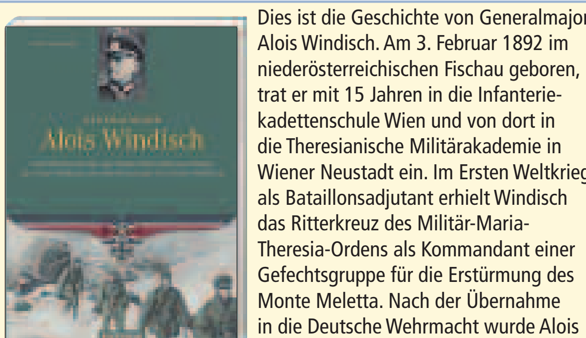
Der C.H.-Beck-Verlag gibt den Lesern nun Gelegenheit, sich selbst anhand einer preiswerten Ausgabe ein Bild vom Dichter George zu machen. Der Auswahlband „Geheimes Deutschland“ wählt dabei nicht nur eines der bekanntesten George-Gedichte als Titel, sondern setzt damit geradezu provokativ ein schon 1910 entstandenes Postulat des George-Kreises in den Mittelpunkt, das die Herankunft eines „neues Reiches“ aus alten, mythischen Werten beschwört. Doch erst 1928 veröffentlichte George sein gleichnamiges Gedicht, das – in George-typischer Kleinschreibung – die prophetische Strophe enthält: „Dann aus der friedfertigen ordnung bezirk / Brach aus den fosfor-wolken der nacht / Wie rauchende erden im untergang / Volltoniges brausen des schlachtengetobs / Es stürmten durch dust und bröcklig geröll / Die silberhufigen rosse.“

Dass es sich dabei weniger um die Ahnung des kommenden als um eine Reminiszenz des früheren Krieges handelt, ist den umfangreichen Erläuterungen zu den etwa 100 Gedichten zu entnehmen. Der Germanist Helmuth Kiesel, von dem im Beck-Verlag erst vor einem Jahr eine monumentale „Geschichte der deutschsprachigen Literatur 1918 bis 1933“ erschienen ist (*PAZ* vom 11. August 2017), hat Gedichte aus allen Schaffensperioden Georges ausgewählt, die sich in erster Linie – von „Aachen“ bis „Worms“ – mit deutschen Städten und deutschen Landschaften („Rhein I bis VI“) befassen. Nicht immer sind die mystisch verschlüsselten Gedichte mit der archaischen auf Kommata verzichtenden George-Orthografie auf Anhieb zu verstehen, zumal den früheren dichterischen Ergüssen auch noch ein alliterierender Wagner-Ton anhaftet („Es schmachtet leib und leib sich zu umfahen / Der Dichter auch der töne lockung lauscht“).

In seinem glänzenden Nachwort bricht Kiesel eine Lanze für den ungelesenen Dichter George und erinnert daran, dass der Legende nach der George-Adept Graf Stauffenberg kurz vor seiner Hinrichtung vor genau 74 Jahren am 20. Juli 1944 seinen Meister zitierend ausgerufen haben soll: „Es lebe das Geheime Deutschland.“ *Harald Tews*



Roland Kaltenegger
Major Michael Pössinger
Vom Ritterkreuzträger des Frankreichfeldzuges zum Eichenlaubträger im Kampf um Ostpreußen
Dies ist die Geschichte von Major Michael Pössinger. Am 18. Januar 1919 im oberbayerischen Ettal geboren, trat er 1937 in das Gebirgsjägerregiment 98 des späteren Generalfeldmarschalls Ferdinand Schörner ein. Dort wurde er in der 16. Kompanie als Zugführer zu einem der beliebtesten und tapfersten Offiziere in den Reihen der deutschen Gebirgstruppe und nahm am Anschluss Österreichs und dem Einmarsch im Sudetenland teil. Nach seiner Feuertaufe im Polenfeldzug erhielt Pössinger für seine außergewöhnlichen militärischen Waffentaten im Westfeldzug bereits am 19. Juli 1940 das Ritterkreuz des Eisernen Kreuzes. Nach dem Balkanfeldzug kämpfte er im Rahmen der 1. Gebirgsdivision an der Ostfront, wo er bis zum Hoch- und Waldkaukasus vorstieß, um anschließend mit seiner Division den schweren Rückzug über den Kubanbrückenkopf und die Halbinsel Krim anzutreten, dem sich Kämpfe auf dem Balkan anschlossen. In den harten Kämpfen um Ostpreußen wurde er am 28. Februar 1945 als Major in der 558. Volksgrenadierdivision mit dem Eichenlaub zum Ritterkreuz des Eisernen Kreuzes ausgezeichnet. 160 S.
Nr. P 540088 Gebunden **9,95 €**



Roland Kaltenegger
Generalmajor
Alois Windisch
Vom Ritterkreuzträger des Militär-Maria-Theresien-Ordens zum Ritterkreuzträger im Zweiten Weltkrieg 160 Seiten
Nr. P 540089 **9,95 €**

Dies ist die Geschichte von Generalmajor Alois Windisch. Am 3. Februar 1892 im niederösterreichischen Fischau geboren, trat er mit 15 Jahren in die Infanteriekadettenschule Wien und von dort in die Theresianische Militärakademie in Wiener Neustadt ein. Im Ersten Weltkrieg als Bataillonsadjutant erhielt Windisch das Ritterkreuz des Militär-Maria-Theresia-Ordens als Kommandant einer Gefechtsgruppe für die Erstürmung des Monte Meletta. Nach der Übernahme in die Deutsche Wehrmacht wurde Alois Windisch bei der Neuaufstellung der 3. Gebirgsdivision des Generals Eduard Dietl Kommandeur des Gebirgsjägerregiments 139. Für seinen persönlichen Einsatz im Norwegenfeldzug wurde er am 20. Juni 1940 mit dem Ritterkreuz des Eisernen Kreuzes ausgezeichnet und führte gegen Kriegsende die 264. Infanteriedivision im kroatisch-bosnischen Raum.

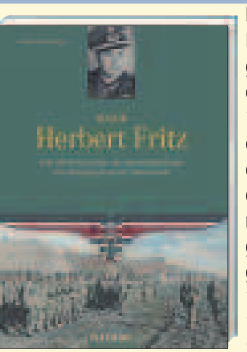
Roland Kaltenegger 160 S.
Oberfeldwebel
Helmuth Valtiner
Vom Ritterkreuzträger des Griechenlandfeldzuges zum Landesobmann der ehemaligen Gebirgstruppe Südtirols
Nr. P 540090 **9,95 €**

Dies ist die Geschichte von Oberfeldwebel Helmuth Valtiner. Am 7. Oktober 1919 im Südtiroler Ort Lana bei Meran geboren, wurde er im Dezember 1939 zum Gebirgsjägerersatzregiment 2 in Innsbruck einberufen. Nach mehreren Versetzungen landete er bei der 1. Kompanie des Gebirgsjägerregiments 143, mit der er im Verband der 6. Gebirgsdivision des späteren Generalfeldmarschalls Ferdinand Schörner am Frankreich- und Balkanfeldzug teilnahm und als Spähtruppführer eingesetzt war. Während der Kämpfe auf dem griechischen Festland erzwang er im Juni 1941 auf eigene Faust für sein Bataillon den Übergang über den durch die Tempischlucht zum Meer strömenden Fluss Pinios, wofür er als Gefreiter mit dem Ritterkreuz ausgezeichnet wurde. Kämpfe an der Eismeerfront und im hohen Norden schlossen sich an. Er überlebte den Krieg und kehrte nach Südtirol heim.



Roland Kaltenegger
SS-Hauptsturmführer
der Reserve
Franz Josef Krombholz
Von der SS-Verfügungstruppe zur 7. SS-Freiwilligen-Gebirgsdivision „Prinz Eugen" 160 S.
Nr. P 540087 **9,95 €**

Dies ist die Geschichte von SS-Hauptsturmführer der Reserve Franz Josef Krombholz. Am 13. August 1920 als Sudetendeutscher geboren, trat er am 3. Mai 1940 als Kriegsfreiwilliger in die 3. Kompanie der SS-Kraftfahrersatzabteilung der SS-Verfügungstruppe ein. Nach verschiedenen Verwendungen wurde Krombholz in die 7. SS-Freiwilligen-Gebirgsdivision „Prinz Eugen" versetzt, mit der er die aufreibenden und verlustreichen Kämpfe gegen die Partisanen auf dem Balkan, insbesondere in Nordserbien bestritt. Am 28. März 1945 wurde ihm als Kommandeur des III. Bataillons des SS-Freiwilligen-Gebirgsjägerregiments 14 „Skanderbeg" der 7. SS-Freiwilligen-Gebirgsdivison „Prinz Eugen" das Ritterkreuz des Eisernen Kreuzes verliehen. Nach abenteuerlicher Flucht kehrte er am Ende des Krieges nach Deutschland zurück.

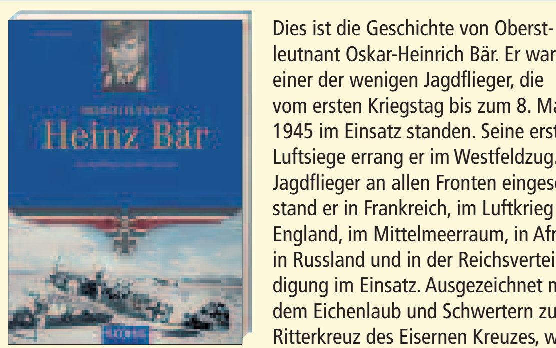


Roland Kaltenegger
Major
Herbert Fritz
Vom Ritterkreuzträger des Russlandfeldzuges zum Brigadegeneral der Bundeswehr
160 Seiten.
Nr. P 540086 **9,95 €**

Dies ist die Geschichte von Major Herbert Fritz. Am 27. Oktober 1916 in Düsseldorf geboren, trat er am 4. November 1937 in die 5. Kompanie des Infanterieregiments 13 im württembergischen Ludwigsburg ein. Zuerst als Zugführer, später als Chef der 16. Kompanie und dann als Kommandeur des I. Bataillons des Gebirgsjägerregiments 13 nahm er an den Feldzügen gegen Frankreich, auf dem Balkan und gegen die Sowjetunion teil. Am 17. März 1944 wurde Hauptmann Fritz als Chef der 16. Kompanie des Gebirgsjägerregiments 13 mit dem Ritterkreuz des Eisernen Kreuzes ausgezeichnet. Kurz nach seiner Ernennung zum Bataillonskommandeur wurde er schwer verwundet und musste in die Heimat verlegt werden. 1958 trat er in die Bundeswehr ein, wo er unter anderem als Kommandeur des Gebirgsjägerbataillons 231 sowie als Kommandeur der Gebirgsjägerbrigade 22 Verwendung fand.



Heinz Gräf / Peter Hulansky
Luftfahrt in Würzburg
Vom Galgenberg zum Schenkenturm – Ein Rückblick auf Würzburgs Fluggeschichte 1905–2018
Im vorliegenden Bild- und Textband werden die wichtigsten Ereignisse zur Luftfahrtgeschichte in Würzburg vorgestellt. Angefangen mit den ersten Ballonflügen im Jahr 1894 über den Beginn der Motorfliegerei auf dem Galgenberg mit Leo Lendner und dem Aufbau einer bayerischen Militärfliegerei. Ab August 1914 nahmen viele Würzburger in den fliegenden Verbänden am Ersten Weltkrieg teil. Der Krieg 1914–1918 unterbrach die zivile Fliegerei auf dem Galgenberg. Erst als sich erste Segelflieger wieder in die Lüfte schwangen, begann auch der Motorflug mit einer 1924 erbauten Fliegerschule zu erneut aufzublühen. Mit Robert Ritter von Greim begann 1927 die Blütezeit der Fliegerschule in Würzburg, in der auch berühmte Fliegerlegenden wie Ernst Udet und Elly Beinhorn weilten. Erst die ab 1935 durch die Nationalsozialisten vollzogene Erweiterung der Fliegerschule zum Fliegerhorst der Luftwaffe unterbrach die zivile Luftfahrt auf dem Galgenberg und die hier aufgestellte Fernaufklärungsgruppe musste in den Zweiten Weltkrieg ziehen. 523 Abb. 272 S.
Nr. P 540105 Gebunden mit Schutzumschlag **24,95 €**



Franz Kurowski
Oberstleutnant
Heinz Bär
Als Jagdflieger an allen Fronten
105 S/W-Abbildungen
160 Seiten/Gebunden
Nr. P 575730 **9,95 €**

Dies ist die Geschichte von Oberstleutnant Oskar-Heinrich Bär. Er war einer der wenigen Jagdflieger, die vom ersten Kriegstag bis zum 8. Mai 1945 im Einsatz standen. Seine ersten Luftsiege errang er im Westfeldzug. Als Jagdflieger an allen Fronten eingesetzt stand er in Frankreich, im Luftkrieg über England, im Mittelmeerraum, in Afrika, in Russland und in der Reichsverteidigung im Einsatz. Ausgezeichnet mit dem Eichenlaub und Schwertern zum Ritterkreuz des Eisernen Kreuzes, wurde er von Hermann Göring wegen seiner Unbeugsamkeit vom Gruppenkommandeur zum Staffelkapitän degradiert. Am Ende des Krieges flog er die legendäre Me 262 und erzielte mit ihr weitere 16 Abschüsse. Mit 221 anerkannten Luftsiegen zählt er zu den erfolgreichsten Jagdfliegern aller Zeiten.



Franz Kurowski
Major
Heinz-Wolfgang Schnaufer
Der erfolgreichste Nachtjäger aller Zeiten
135 S/W-Abbildungen
160 Seiten/Gebunden
Nr. P 575736 **9,95 €**

Dies ist die Geschichte von Major Heinz-Wolfgang Schnaufer. Geboren am 16. Februar 1922 in Calw/Württemberg, trat er im Frühjahr 1941 als Offiziersanwärter in die Luftwaffe ein und gelangte zur Nachtjägerwaffe. Am 1. April 1941 zum Leutnant befördert, gelang ihm mit der 2. Gruppe des Nachtjagdgeschwaders 1 am 2. Juni 1942 sein erster Nachtsieg. Weitere Nachtsiege folgten. Im August 1943 übernahm er die 12. Staffel als Staffelkapitän. Zum Oberleutnant befördert, wurde ihm am 31. Dezember 1943 nach 42 Nachtjagdsiegen das Ritterkreuz verliehen, dem das Eichenlaub, die Schwerter und am 16. Oktober 1944 die Brillanten folgten. Mit 121 Abschüssen ging er am Ende des Krieges als erfolgreichster Nachtjäger aller Zeiten in die Annalen ein.

Roland Kaltenegger
Blutende Fronten
Truppenärzte, Sanitäter und Rotkreuzschwestern im Zweiten Weltkrieg
Dieses Buch ist alles andere als ein Heldenepos, wie man es tausendfach über den Krieg kennt. Denn das Leben im Graben- und Stellungskrieg mit seinem Schlamm, dem Wasser und den Ratten sowie den menschenverachtenden Tages- und Nachtmärschen während der „Blitzkriege" ohne die entsprechenden Ruhepausen ist nichts Heroisches, sondern es macht das Leben der geschundenen Frontsoldaten zur Hölle. Aus diesem Grund geht es hier auch nicht um die großen Schlachterfolge und Siege der Generalität, sondern um die stumme Pflichterfüllung von Menschen, die der Krieg schicksalhaft zusammengewürfelt hat und die vielfach vor Angriffsbeginn im Morgengrauen verspürten, dass sie bereits am Abend tot sein werden, noch ehe die Sonne blutrot am Horizont des Schlachtfelds versinkt. In diesem Werk geht es in erster Linie um die Darstellung der leidenden Frontsoldaten und der permanent überforderten Truppenärzte und Sanitäter sowie um das Leben der Rotkreuzschwestern im Inferno des Schlachtgetümmels, um ihr persönliches Schicksal, ihre Ängste, Sorgen und Nöte; aber auch um die Gewissensqualen und Sehnsüchte am Rande der menschlichen Existenz; um den Tod auf dem Schlachtfeld, wenn sich Mann gegen Mann unausweichlich gegenüberstehen. - 384 S.
Nr. P 540075 Gebunden **16,95 €**



Hans-Joachim Röll/Thomas Wende
In der Hölle der Atlantikschlacht – **Die Feindfahrten des Wachoffiziers Rudi Walther auf U 87, U 256 und U 92 1942–1945**
Dies ist die Geschichte von Oberleutnant zur See Rudolf Walther. Am 30. Juni 1922 in Dohna, Sachsen, geboren, trat er am 1. Oktober 1940 als Seeoffiziersanwärter in die Kriegsmarine ein. Nach seiner Grundausbildung, gefolgt von der praktischen Bordausbildung auf dem Zerstörer Z 24 wurde er auf U 87 kommandiert, mit dem er an zwei Feindfahrten unter Kapitänleutnant Joachim Berger teilnahm, die ihn vom Nordatlantik bis zur Neufundlandbank und Nova Scotia führten. Als I. Wachoffizier auf U 256, eines der wenigen U-Boote, die zu einem Flak-U-Boot umgebaut worden waren und das unter dem Kommando von Werner Brauel stand, erlebte er die Hölle der Atlantikschlacht der Jahre 1943 und 1944. Schon längst waren die deutschen Unterseeboote vom Jäger zum Gejagten geworden. Mit Beginn der Invasion am 6. Juni 1944 stand auch U 256 am Gegner, wurde allerdings durch Bombentreffer derart beschädigt, dass es zurück zum Stützpunkt musste. Die Besatzung von U 256 übernahm U 92 in Brest und Rudolf Walther war wiederum als I. Wachoffizier mit an Bord. Im Januar 1945 folgte ein Kommandantenlehrgang in Danzig und die Kommandierung auf U 3011, einem Boot von Typ XXI, des zu dieser Zeit wohl modernsten U-Bootes der Welt. 368 S.
Nr. P 540093 Gebunden **19,95 €**



Günter K. Koschorrek
Vergiss die Zeit
der Dornen nicht
Ein Soldat der 24. Panzerdivision erlebt die sowjetische Front und den Kampf um Stalingrad
341 Seiten/Gebunden
Nr. P 540016 **14,95 €**

Günter K. Koschorrek war nicht Heerführer, nicht Wissenschaftler oder Historiker, er hat in seinem Buch zusammengefasst, was er als einfacher Soldat im Grauen des Krieges täglich aufgeschrieben hat. Sein Erleben des Krieges war ein anderes als das in den Stäben oder Befehlsständen. Der Verfasser war 19 Jahre alt, als ihn der Krieg in seiner schlimmsten Phase einholte und ihn in seine unerbittliche Gewalt nahm. Er hatte zu gehorchen und nicht nach dem Warum zu fragen. Das NS-Regime, das seine Ziele gnadenlos verfolgte, hatte eine ganze Generation unter Eid und in die Pflicht genommen, ihre Ideale schändlich missbraucht. Der Autor berichtet über seine Erlebnisse tagebuchartig, ohne Umschweife und auf objektive Art und Weise und erreicht dadurch eine große Authentizität, die unter die Haut geht.



Roland Kaltenegger
Hakenkreuz
über Griechenland
Der Deutsche Balkanfeldzug 1941 in Dokumenten und Zeitzeugenberichten
239 S/W-Abb., 376 Seiten.
Nr. P 540067 **16,95 €**

Der Balkan, das Pulverfass des Alten Kontinents, stand seit jeher im Spannungsfeld von inneren und äußeren Interessen. Auch die beiden Achsenmächte waren sich bezüglich ihrer Balkanpolitik alles andere als einig. Mussolini, dessen Ziel eine Art Mittelmeerimperium war, griff im Herbst 1940 Griechenland an. Etwa gleichzeitig kam es in Jugoslawien zum Putsch gegen die deutschfreundliche Regierung. Als sich die italienische Armee in Griechenland nicht durchsetzen konnte, sah sich Hitler gezwungen, zur Wahrung seiner Ziele, Jugoslawien und Griechenland gleichzeitig anzugreifen. Nach der Eroberung von Jugoslawien schloss sich die Besetzung des gesamten griechischen Festlands an. Der Erfolgsautor Roland Kaltenegger, schildert im vorliegenden Werk die Geschichte des deutschen Balkanfeldzuges von 1941.

Hans-Joachim Röll
Generalleutnant d. Res. Hyacinth Graf Strachwitz
Vom Kavallerieoffizier zum Führer gepanzerter Verbände
Dies ist die Geschichte von Hyacinth Graf Strachwitz. Am 30. Juli 1893 in Groß-Stein in Oberschlesien geboren, gehörte er einem alten schlesischen Adelsgeschlecht an. Nach seiner Kadettenzeit in Lichterfelde ins Regiment „Garde du Corps" aufgenommen und von Kaiser Wilhelm II. persönlich zum Leutnant der Reserve befördert, nahm er am Ersten Weltkrieg als Führer von berittenen Fernspähtrupps im feindlichen französischen Hinterland teil. Im Zweiten Weltkrieg kämpfte er als Führer gepanzerter Verbände im Balkanfeldzug, in Russland, beim Vorstoß auf Stalingrad, der Schlacht um Charkow und bei den Abwehrkämpfen im Frühjahr 1944 im Rahmen der Heeresgruppe Nord. Ausgezeichnet mit den Brillanten zum Ritterkreuz mit Eichenlaub und Schwertern, war er einer der höchst ausgezeichneten Soldaten des Zweiten Weltkriegs. 220 SW-Abb. 193 Seiten.
Nr. P 540015 Gebunden mit Schutzumschlag **24,95 €**

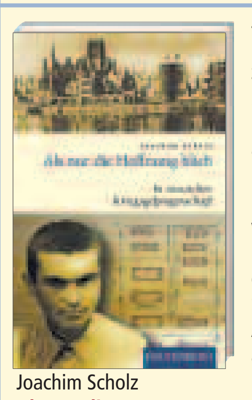


Richard Freiherr von Rosen
Als Panzeroffizier in Ost und West
Im Panzer III, Tiger und Königstiger in Russland, Frankreich und Ungarn
Am 22. Juni 1941 beginnt mit dem Unternehmen „Barbarossa" für Richard Freiherr von Rosen als Richtschütze im Panzer III der Krieg gegen die Sowjetunion. Im Rahmen der 4. Panzerdivision in der Heeresgruppe Mitte eingesetzt, erlebt er seine Feuertaufe beim schweren Kampf seines Regiments um Stary Bychow. Nach seiner Versetzung zur schweren Panzerabteilung 502 kämpft er ab Januar 1943 mit dem Panzer VI „Tiger" zunächst in der Kalmückensteppe. Noch im selben Jahr nimmt Rosen – jetzt als Leutnant und Zugführer bei der 3. Kompanie der Tigerabteilung 503 – an der Operation „Zitadelle", der größten Panzerschlacht des Zweiten Weltkriegs teil. Es folgen Einsätze an der Invasionsfront in der Normandie und die Operation „Horthy" sowie die Rückzugskämpfe der schweren Panzerabteilung 503 in Ungarn mit „Königstigern". Format 24 x 30 cm. 445 Abb. 320 S.
Nr. P 540044 Gebunden mit Schutzumschlag **29,95 €**



Joachim Scholz
Von Danzig nach Danzig ...
ein weiter Weg 1933-1945
Schicksal einer Generation
30 farbige Abbildungen.
256 Seiten/Gebunden
Nr. P 533142 **14,95 €**

War es wirklich so? Wie konnte es so weit kommen? Diese Fragen wurden Joachim Scholz nach entsprechenden Fernseh-, Radio- oder Zeitungsberichten von seinen Kindern immer wieder gestellt. Sein Bericht beginnt am 1. September 1939 in Danzig, als er vom Kanonendonner der Schiffsartillerie geweckt wird und endet am 9. Mai 1945, als er nach den schweren Abwehrkämpfen in Ostpreußen, die er als junger Leutnant erlebt, bei der Kapitulation in Sichtweite seiner Heimatstadt Danzig in russische Kriegsgefangenschaft gerät. Seine Erinnerungen führen aber auch zurück in die schicksalhaften Jahre 1933-1939, die er als Schüler und Angehöriger der Hitlerjugend erlebte und die das Lebensgefühl in dieser Zeit widerspiegeln. Es liegt ihm am Herzen, nachzuzeichnen, wie leicht Idealismus, gerade bei jungen Menschen, fehlgeleitet und von Meistern der Demagogie verwandt werden kann.



Joachim Scholz
Als nur die
Hoffnung blieb
In russischer Kriegsgefangenschaft
66 Abbildungen.
256 Seiten/Gebunden
Nr. P 533151 **14,95 €**

Joachim Scholz, 1924 in Danzig geboren, hat in seinem Buch „Von Danzig nach Danzig ... ein weiter Weg" die Jahre von 1933 bis 1945 geschildert, die Zeit einer sorglosen Jugend im Freistaat Danzig bis zum 8. Mai 1945, dem Tag der Kapitulation. Mit dem Morgen des 9. Mai 1945 beginnt nun dieses Buch und führt damit nahtlos weiter in die vier langen Jahre russischer Kriegsgefangenschaft. Dem Autor gelingt es auch hier, mit bewegenden Worten die Stimmung dieser Jahre einzufangen, die Ängste und Hoffnungen in dem immer aussichtsloser werdenden Kampf um das Überleben, bis schließlich der so lang ersehnte Schritt in die Freiheit erreicht wird. Aber Scholz will mehr als heute fast unvorstellbaren Erlebnisse festhalten: Er will zeigen, dass es sich immer lohnt, in schweren Zeiten durchzuhalten. So wird dieser fesselnde Zeitzeugenbericht ein Buch, das Mut macht.

RAUTENBERG
BUCHHANDLUNG

Bitte Bestellcoupon ausfüllen und absenden, faxen oder Bestellung einfach telefonisch durchgeben:

RAUTENBERG Buchhandlung
in der Verlagshaus Würzburg
GmbH & Co. KG
Beethovenstraße 5 B
97080 Würzburg

Telefon 09 31/ 46 58 89-12
Telefax 09 31/ 46 58 89-29
Email info@rautenberg-buch.de
Internet www.rautenberg-buch.de

Lieferung erfolgt gegen Rechnung. Achtung, die Versandkostenpauschale beträgt nur € 4,00*, ab einem Bestellwert von 80,00 € ist die Lieferung versandkostenfrei* (*nur gültig bei Versand innerhalb Deutschlands). Auslandslieferung gegen Vorkasse. Dabei werden die tatsächlich entstehenden Portogebühren berechnet. DVDs und CDs sind vom Umtausch ausgeschlossen.

Anzahl	Bestell-Nr.	Titel	Preis €

Vorname Name

Straße/Nr. Telefon

PLZ/Ort

Datum Unterschrift

MELDUNGEN

Viele »Hartzer« mit Abschluss

Berlin – Im Dezember 2017 hatten nach Angaben der Bundesregierung von 2,9 Millionen arbeitssuchend gemeldeten erwerbsfähigen Leistungsberechtigten im Sozialgesetzbuch II (Hartz-IV-Empfänger) insgesamt 674 000 Personen keinen Schulabschluss, 991 000 einen Hauptschulabschluss und 546 000 die Mittlere Reife. 119 000 hatten die Fachhochschulreife und 285 000 die Allgemeine Hochschulreife. *J.H.*

Bahn vereinfacht Bewerbungen

Berlin – Die Deutsche Bahn AG will bei angehenden Lehrlingen künftig auf das Bewerbungsschreiben verzichten. Ab Herbst soll es möglich sein, über eine Online-Plattform nur noch Lebenslauf und Zeugnisse einzureichen. Damit will sie es Bewerbern so einfach wie möglich machen. Der Konzern will dieses Jahr rund 19 000 Mitarbeiter einstellen, darunter 3600 Auszubildende. Etwa die Hälfte der Belegschaft wird in den nächsten zehn Jahren altersbedingt ausscheiden. *J.H.*

Herr der Gärten und Schlösser

Seit Hartmut Dorgerloh Anfang Juni sein Amt als Intendant des Humboldt-Forums angetreten hat, stellt sich die Frage, wer sein Nachfolger als Generaldirektor der Stiftung Preußische Schlösser und Gärten (SPSG) wird. Aktuell leitet Heinz Berg die Amtsgeschäfte der Preußenstiftung nur kommissarisch.

An anderer Stelle hat man einen Nachfolger für Dorgerloh schon gefunden. Denn der alte SPSG-Chef führte bislang auch den Vorsitz des Vereins Schlösser und Gärten in Deutschland. Der Dachorganisation aller Schlösser- und Gärtenverwaltungen der Bundesländer steht nun **Michael Hörrmann** vor. Der 61-jährige Historiker ist seit 2009 Geschäftsführer der Staatlichen Schlösser und Gärten Baden-Württembergs, die 2017 in 60 von ihr betreuten historischen Monumenten die stattliche Zahl von 3,8 Millionen Besuchern verzeichnen konnte.

Dass Hörrmann nun Dorgerloh an der Spitze des Vereins Schlösser und Gärten in Deutschland abgelöst hat, muss nicht unbedingt ein Wink dafür sein, dass der frühere Ministerialrat im Staatsministerium von Baden-Württemberg,



der in die Werbekampagne „Wir können alles. Außer Hochdeutsch" eingespannt war, ihn auch als SPSG-Chef beerbt. Ein Qualitätssprung ist der Gang von Bruchsal, wo die Staatlichen Schlösser und Gärten Baden-Württembergs ihren Sitz haben, nach Potsdam nicht gerade.

Seit gegen Hörrmann, der auch Kurator im Haus der Geschichte Baden-Württemberg war, 2012 eine Ermittlung wegen Vorteilsnahme eingeleitet wurde, haftet ihm ein Makel an. Das Verfahren, bei dem es um einen Gratisurlaub ging, wurde von der Staatsanwaltschaft Stuttgart wegen Geringfügigkeit eingestellt.

So kann er sich voll auf sein neues Amt konzentrieren. Der Verein Schlösser und Gärten in Deutschland ist der größte Zusammenschluss seiner Art im Staat. Ihm gehören 53 Betreiber von historischen Kulturmonumenten an, die zusammen mehr als 300 denkmalgeschützte Objekte betreuen. *H. Tews*



Fünf Prozent voraus

Was Trump verbrochen hat, wieso Joe Kaeser so mutig ist, und woher wir wissen, weshalb die SPD bald am Ziel sein wird / Der satirische Wochenrückblick mit HANS HECKEL

Was wir absolut nicht leiden können, das ist, wenn jemand aus seiner Rolle fällt. Noch dazu, wenn es sich dabei um eine Rolle handelt, die wir ihm selbst zugewiesen haben. Genau das hat dieser Kerl aus dem Weißen Haus schon wieder getan.

Donald Trump, so hatten wir entschieden, ist der Finsterling, der die Welt an den Rand eines globalen Konflikts treibt mit seinen Provokationen. Entsprechend brachen wir allwöchentlich mit Wonne den Stab über den US-Präsidenten.

Dann jedoch traf er sich mit dem nordkoreanischen Machthaber und entschärfte so einen Streit, der schon verdächtig nach Atompilz gerochen hatte. Viele Kommentatoren kamen da schon nicht mehr mit. Der Trump, den wir uns gemalt hatten, hätte Pjöngjang längst bombardiert. Hat er aber nicht, der Strolch.

Nun versöhnt er sich auch noch mit Putin. Nicht zu fassen. Ein „Verräter" sei er, ja geradzu unterwürfig habe Trump sich dem Russen gegenüber verhalten, schimpfen ausgerechnet jene Kreise, denen es gar nicht kuschelig genug zugehen konnte, wenn westliche Führer einst auf die kommunistischen Kreml-Führer trafen.

Aber das macht nichts. Der Präsident entgeht seiner Verurteilung sowieso nicht, egal, was er tut oder lässt. Denn was sie wohl geschrieben hätten, wenn Trump und Putin sich über die Krim, die Ukraine, den Syrien-Konflikt oder den Iran so richtig in die Wolle gekriegt hätten in Helsinki? Ist doch klar: Trump habe durch sein „undiplomatisches Auftreten die Welt näher an den Rand eines globalen Konflikts gebracht und die Chance zum Dialog mit dem Kreml-Herrn vertan". Zack!

Die US-Berichterstattung deutscher Medien bleibt also trotz dieser Wirrnisse verlässlich. Noch bevor Trump überhaupt den Mund aufgemacht hat, steht das Urteil über alles später Gesagte schon fest: entsetzlich, peinlich, gefährlich.

Diese Verlässlichkeit in den Kommentaren hinterlässt indes auch eine gewisse Müdigkeit beim Publikum. Nicht, dass wir Überraschungen lieben. Doch ein wenig Vielfalt, ab und zu mal eine geringfügige Abweichung von der immer gleichen Linie hätte schon etwas Erfrischendes. Aber so etwas muss sich der Journalist erst einmal leisten können. Wer aus dem Rudel ausschert, wäre seinen schicken Korrespondentenposten in Washington vermutlich schneller los, als er „Trump!" sagen könnte.

Kritisch wird es für den Rudelgewöhnten, wenn ihn die Meute plötzlich im Stich lässt. Von solch einem Fiasko kann Siemens-Chef Joe Kaeser ein Lied singen. Im Mai hatte er auf eine islamkritische Rede von AfD-Fraktionschefin Alice Weidel getwittert: „Lieber Kopftuch-Mädel als Bund deutscher Mädel."

> Müsste er Autos verkaufen, wäre er natürlich nicht auf Weidel losgegangen

Kaeser war auf sein Wortspiel mächtig stolz. Ein salopper Nazi-Vergleich mit zweimal „Mädel"! Darauf muss man erst mal kommen in einem Land, in dem Nazi-Vergleiche höchstens alle 15 Sekunden vorkommen.

Berauscht von seiner intellektuellen Glanzleistung ging der brillante Manager von Tür zu Tür, um andere Konzernchefs dazu zu bewegen, die Opposition gegen die Kanzlerin gemeinsam moralisch niederzumetzeln. Dann der Schock: Keiner machte mit. Andere Wirtschaftskapitäne hätten laut Kaeser abgewehrt aus Furcht, weniger Autos oder Schuhe zu verkaufen, wenn sie AfD-Anhänger verärgerten.

Dafür hat der Siemens-Chef sogar Verständnis. „Da habe ich bei Turbinen das Problem nicht so", sprich: Siemens lebt nicht von Privat-, sondern von Großkunden. Ein solcher Großkunde ist die Regierung mit ihren steuerfinanzierten Aufträgen an den Münchener Giganten. Da kann man den Mut, mit welchem sich Kaeser auf die Seite seines Groß-Auftraggebers gestellt hat, nur ehrlich bewundern. Oder auch nicht.

Wir wollen nur hoffen, dass er nicht mit Zitronen gehandelt hat. Was, wenn die Regierungsmacht in andere Hände übergeht? Irgendetwas stimmt nicht mehr so recht mit der Windrichtung im Land, was es den Opportunisten zunehmend schwerer macht, ihren eifernden Rudelmut gefahrlos ins Fenster zu stellen. Der Bremer Politikwissenschaftler Philip Manow menetekelt in der „Zeit", dass die Ära Merkel bereits vorbei sei, egal, wie lange sich die Regierungschefin formal noch im Amt halten könne.

Grundlage des Systems Merkel sei nämlich die immer weitergehende „linksliberale Landnahme" gewesen, so Manow. Soll heißen: die fortschreitende Linksverschiebung des politischen Spektrums. Das gehe seit dem Einzug der blauen Andersdenker in den Bundestag vergangenen September aber nicht mehr. Deshalb bleibe jetzt nur noch „Stillstand mit erhöhten Staatsausgaben" vom System Merkel übrig. Das hört sich nach Ende auf Abruf an.

Doch der kann noch dauern, der Abruf. Manche tuscheln, mit den Oktober-Wahlen in Bayern und Hessen könnte es vorbei sein für Merkel im Kanzleramt. Nach einer saftigen Klatsche am 14. jenes Monats werde die CSU verrücktspielen. Und wenn es zwei Wochen später für die CDU in Hessen ebenfalls in die Grütze geht, würde sogar Merkels Busenfreund Volker Bouffier rebellisch.

Ja – könnte, dürfte! Stimmt ja alles, wenn Zurücktreten nicht so furchtbar unmodern geworden wäre in unserem Land. Selbst Bundestrainer Joachim Löw klebt an seinem Amt – nach der kläglichsten Niederlage, die eine deutsche Nationalmannschaft jemals bei einer Fußball-WM hat einstecken müssen. Gruppenletzter in der Vorrunde, darunter gibt es nichts mehr. Doch „Jogi" bleibt trotzdem.

Also lassen wir uns im Falle Merkels nicht täuschen von Wahrsagern, deren Weisheiten in Epochen gewachsen sind, als Versagen und Rücktritt noch zusammengehörten wie A und B. Und das selbst im Falle der sogenannten „politischen Verantwortung", wenn der Betreffende für den Schlamassel persönlich gar nichts konnte, sondern nur zu seinem Pech vorne stand.

Zurücktreten wird Merkel kaum, es müsste sie jemand stürzen, eine Palastrevolution. Wer aber soll die anführen? Jens Spahn? Nicht albern werden!

Die SPD? Der Koalitions-Zombie hat genug damit zu tun, das eigene Klappergestell auf den dürren Beinen zu halten. Gelegentliches Auskeilen gegen die Union soll dabei bloß eine „Stärke" und „Handlungsfähigkeit" vortäuschen, die den Sozen sowieso keiner mehr abkauft.

Die hier neulich schon zitierte (weil an sich kluge) „Welt"-Journalistin Susanne Gaschke hat diesen Montag einen tiefen Einblick in die Wurzel der roten Misere eröffnet – tragischerweise vollkommen unfreiwillig. SPD-Mitglied Gaschke schwärmt in ihrem Kommentar davon, wie viele wunderbare, kluge, gebildete und gut situierte Menschen immer noch Sozialdemokraten seien oder sich sogar gerade jetzt ganz bewusst der SPD zuwendeten.

Kürzlich habe sie auf einem Seminar mit Bürgermeistern, Regionalplanern, Wirtschaftsvertretern und Wissenschaftlern zusammengesessen, von denen fast jeder zweite Sozi gewesen sei. Schon vor Jahren habe sie an einer Hotelbar Politik- und Wirtschaftsvertreter, Journalisten und Historiker getroffen, die sogar allesamt das SPD-Parteibuch besessen hätten. Das volljährige Kind des Chefs eines Präsidenten einer bekannten Bundesbehörde sei überdies gerade erst Juso geworden und ein Psychiater-Freund und Professor kürzlich der SPD beigetreten.

Journalisten, Wissenschaftler, Bestverdienersöhne oder leitende Angehörige des staatlichen Planungsapparats – genau so sieht die soziale Mischung einer Partei aus, in der sich der „kleine Mann" aus der vergessenen Arbeiterschaft unbegreiflicherweise nicht mehr zu Hause fühlt. Wie kommt das bloß?

Was Gaschke in aufrichtiger Begeisterung beschreibt, ist das gesellschaftliche Fundament einer noblen Fünf-Prozent-Partei. Dank der Kollegin wissen wir nicht nur, wohin die Reise mit der SPD gehen wird, sondern auch, warum.

MEINUNGEN

Der britische ***Philosoph David Miller*** *antwortet im „Spiegel" (7. Juli) auf die Frage, ob es 2015 ein* ***politischer oder auch ein moralischer Fehler*** *war, ohne Zustimmung der Bürger die Immigranten ins Land zu lassen:*

„Ich denke, beides. Politisch, weil die negativen Folgen für Frau Merkel inzwischen offenkundig geworden sind. Aber es war außerdem ein moralischer Fehler, weil sie nicht nur die Haltung der deutschen Staatsbürger außer Acht ließ, sondern auch die absehbaren Auswirkungen ihrer Entscheidung auf andere EU-Staaten überging. Unter Rückgriff auf Max Webers grundlegende Unterscheidung zwischen Gesinnungs- und Verantwortungsethik muss ich sagen, dass Merkel in diesem Fall nicht einer Ethik der Verantwortung folgte."

Der Leiter der Münchner Sicherheitskonferenz, ***Wolfgang Ischinger****, am 11. Juli im Deutschlandfunk auf die Frage, ob Trump so weit gehen könnte, möglicherweise mit Rückzug oder Verlegung eines Teils der in Deutschland stationierten US-Soldaten zu drohen:*

„Das ist in der Tat ein Thema, das hier und da diskutiert wird. Ich denke, man muss die Fakten sich anschauen. Die 30 000 amerikanischen Soldaten, die übrig geblieben sind nach dem Rückzug der amerikanischen Armee aus Deutschland – wir hatten ja früher über 300 000 –, diese 30 000 dienen doch nicht mehr, sagen wir es mal ehrlich, dem Schutz Deutschlands. Die sind dazu da, amerikanische Missionen in Afrika, im Nahen Osten, die amerikanischen Verwundeten aus anderen Konfliktregionen in dem großen Krankenhaus in Ramstein, in Landstuhl in der Pfalz zu verpflegen, Manöverplätze wie Grafenwöhr zu unterhalten und so weiter. Wenn Amerika entscheiden möchte, hier Einheiten aus Deutschland wegzuverlegen, dann würde ich sagen: ‚Bitte schön! Dann findet mal für eure Soldaten einen komfortableren, angenehmeren und sichereren Platz als bei uns.' Für Deutschland wäre das sicherheitspolitisch sicherlich nicht schädlich. Da würde sich Amerika zunächst einmal Mehrkosten und mehr Ärger einhandeln."

Angesichts des Auftretens von US-Präsident ***Donald Trump*** *auf dem letzten* ***Nato-Gipfeltreffen*** *meinte Ex-Bundesaußenminister* ***Sigmar Gabriel****:*

„Wir dürfen uns keine Illusionen mehr machen. Donald Trump kennt nur Stärke. Dann müssen wir ihm zeigen, dass wir stark sind. Wenn er von uns Milliarden zurückfordert für die Militärausgaben der USA, dann müssen wir von ihm Milliarden zurückfordern, die wir für die Flüchtlinge ausgeben müssen, die gescheiterte US-Militärinterventionen zum Beispiel im Irak produziert haben."

„Fluchtursachen bekämpfen"*? Afrika-Kenner* ***Hans Christoph Buch*** *glaubt nicht daran, und sagt in der „Welt am Sonntag" (15. Juli) auch, warum:*

„Im Laufe der Jahre habe ich ... fast alle Länder Afrikas bereist ..., und bin vom Afrika-Optimisten zum -Pessimisten geworden, weil ich fast nirgendwo glaubhafte Ansätze zu guter Regierungsführung und, was schwerer wiegt, Rechtssicherheit und Gewaltenteilung gesehen habe."